



Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients
Center for Middle Eastern & North African Politics
مركز دراسات الشرق الأوسط للعلوم السياسية



Leon Hemkemeyer

Tunesiens UGTT - Gegen »Islamismus«, für »Säkularismus«?

Eine wissenssoziologische Analyse des gewerkschaftlichen Diskurses im polarisierten Transformationsprozess zwischen 2011 und 2014

Working Paper No. 14 | Oktober 2016

Freie Universität  Berlin

Working Papers for Middle Eastern and North African Politics

This Working Paper Series is edited by the Center for Middle Eastern and North African Politics at the Freie Universität Berlin. It presents original research about the social, political, cultural and economic transformations in the region and beyond. It features contributions in area studies, comparative politics, gender studies and peace and conflict studies, thus representing a broad variety of critical and empirically founded fresh insights on current issues in these fields.

Downloads

The Working Papers are available online at www.polsoz.fu-berlin.de/vorderer-orient/wp.
You can order your print copy at polvoro@zedat.fu-berlin.de.

© 2016 by the author: Leon Hemkemeyer

Hemkemeyer, Leon (2016) Tunesiens UGTT - Gegen »Islamismus«, für »Säkularismus«?, Eine wissenssoziologische Analyse des gewerkschaftlichen Diskurses im polarisierten Transformationsprozess zwischen 2011 und 2014, Working Paper Nr. 14 | Oktober 2016, Center for North African and Middle Eastern Politics, Freie Universität Berlin, Berlin, Oktober 2016.

ISSN (Print): 2192-7499

ISSN (Internet): 2193-0775

Center for Middle Eastern and North African Politics

Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Otto-Suhr-Institute for Political Science

Freie Universität Berlin

lnnestr. 22

14195 Berlin

Germany

Phone: +49(0) 30 838 56640

Fax: +49(0) 30 838 56637

E-Mail: polvoro@zedat.fu-berlin.de

Tunesiens UGTT - Gegen »Islamismus«, für »Säkularismus«?

Eine wissenssoziologische Analyse des gewerkschaftlichen Diskurses im polarisierten Transformationsprozess zwischen 2011 und 2014

Leon Hemkemeyer

Abstract

Die konfrontativen politischen Auseinandersetzungen im tunesischen Umbruchprozess nach dem Sturz Bin 'Alis wurden häufig als Manifestationen einer umfassenden Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus« verstanden. Am Beispiel der tunesischen Gewerkschaftsorganisation UGTT – Friedensnobelpreisträgerin von 2015 – und ihrer öffentlichen Stellungnahmen während der tunesischen Umbruchsituation zwischen 2011 und 2014 untersucht diese Arbeit, wie Diskurse in Polarisierungsprozesse eingebunden sind und warum sie sich auf ihre besondere Art und Weise gestalten. Zur Beantwortung dieser Fragestellung wird im Anschluss an Begriffe Pierre Bourdieus eine Forschungsperspektive entwickelt, die zwar Diskurse in den Mittelpunkt der Analyse stellt, dabei aber weiterhin die objektiven, strukturellen sozialen Verhältnisse und die Interaktionen im politischen Kontext berücksichtigt. Die Arbeit zeigt auf, dass AkteurInnen von den Spezifika ihrer sozialen Position bestimmte Interpretationsrepertoires nahegelegt werden, innerhalb derer sie sich, mitunter polarisierend, auf ihre politischen KontrahentInnen beziehen. Polarisierte Umbruchsituationen sind dementsprechend selten eindeutig binär strukturiert – für den Fall der UGTT stellt sich z.B. heraus, dass sie in ihrem Diskurs vielmehr auf organisationstypische Charakteristika rekurriert als auf einen »Säkularismus« per se, und so eher eine positionsspezifische Form eines anti-»islamistischen« Diskurses vertritt.

Über den Autor

Leon Hemkemeyer hat am Birmingham-Southern College in den USA, an der American University in Cairo in Ägypten und an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft studiert. In seinem Studium fokussierte er sich auf Ansätze zur Erforschung der Transformation von Gesellschaft und Staat, auf normative Demokratietheorien und in jüngerer Zeit auch auf die Arbeiten Pierre Bourdieus. Derzeit arbeitet er in Brüssel im Bereich der zivilgesellschaftlich organisierten externen Demokratieförderung. Er kann unter lhemkeme@riseup.net erreicht werden.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
1.1	Entwicklung der Fragestellung	9
1.2	Forschungsstand	11
1.2.1	Polarisierungsprozesse	11
1.2.2	»Islamismus« und »Säkularismus«	13
1.2.3	Gewerkschaften in Transformationsprozessen	15
1.3	Weitere Vorgehensweise	17
2	Theoretischer Rahmen	18
2.1	Orientierung an Bourdieus Theorie der Praxis	18
2.1.1	Klassifikationskämpfe um legitime soziale Ordnungen	19
2.1.2	AkteurInnen zwischen Stellung und Stellungnahmen	21
2.1.3	Organisationen als Akteurinnen – Organisationen als Felder	22
2.2	Diskurs und Polarisierung	24
2.3	Habitus, Rahmen, Deutungsmuster	26
2.4	Zwischenfazit I: Forschungsperspektive und Einschränkungen	29
3	Methodisches Vorgehen	31
3.1	Zusammenstellung, Gliederung und Kritik des Quellenkorpus	31
3.2	Kodierungsvorgang und Feinanalyse	33
3.3	Selbstreflexion	34
4	Stellung der UGTT zwischen Opposition und Kooperation	35
4.1	Einbindung in die Herrschaftsstruktur unter Burqiba und Bin ‘Ali	35
4.2	Positionierung gegenüber »islamistischen« AkteurInnen	39
4.3	Dynamiken zwischen gewerkschaftlicher Basis und Führung	41
4.4	Zwischenfazit II: Hinweise auf Spezifika des gewerkschaftlichen Felds	42
5	Deutungsmuster der UGTT zwischen 2011 und 2014	44
5.1	Phase 1: Zwischen Bin ‘Ali und Troika (08.01.2011 – 22.10.2011)	45
5.1.1	»Gefahr der Konterrevolution«	47
5.1.2	»Demokratisierung«	49
5.1.3	»Sozioökonomische Misstände«	50
5.1.4	Einbindung in Polarisierung I	51

5.2	Phase 2: Konflikte mit al-Nahda (23.10.2011 – 24.07.2013)	52
5.2.1	»Bedrohung der UGTT«	54
5.2.2	»Schutz des Übergangsprozesses«	57
5.2.3	»Sozioökonomische Missstände«	58
5.2.4	Einbindung in Polarisierung II	59
5.3	Phase 3: Krise und Vermittlung (25.07.2013 – 27.01.2014)	61
5.3.1	»Schutz des Übergangsprozesses«	63
5.3.2	»Sozioökonomische Missstände«	65
5.3.3	Einbindung in Polarisierung III	66
6	Fazit	68
	Abkürzungsverzeichnis	71
	Quellenverzeichnis	72
	Literaturverzeichnis	75
	Tabellenverzeichnis	
	<i>Tabelle 1: Operationalisierung von Deutungsmustern</i>	28
	<i>Tabelle 2: Zentrale Aspekte der Forschungsperspektive</i>	29
	<i>Tabelle 3: Problemdefinitionen und -ursachen der zentralsten Deutungsmuster</i>	44

Abstract English

The confrontational political disputes over the course of the Tunisian transformation process following the ouster of Bin 'Ali have frequently been understood as manifestations of a sweeping polarization between »Islamismus« und »Secularismus«. Taking the example of the Tunisian labor union UGTT – Nobel Peace Prize Laureate in 2015 – and its public position-takings during the Tunisian transition between 2011 and 2014, this paper examines how agents' discourses are integrated in polarization processes and why they take their particular form. Following concepts of Pierre Bourdieu, this paper develops a research perspective that focuses on discourses, but continues to incorporate in its analysis objective, structural social conditions as well as interactions in concrete political contexts. The paper demonstrates that, when taking part in a polarized political context, agents resort to particular repertoires of interpretation influenced by the specifics of their social position. To that effect, polarized transition periods rarely take a clear binary form – as in the case of the UGTT, the labor union's discourse draws back much more to organizational characteristics than to »Secularismus« per se and thus represents a position-specific form of what could be described as anti-»Islamist« discourse, but certainly not »secular«.

1 Einleitung¹

Die Vergabe des Friedensnobelpreises 2015 an das tunesische »Quartett für nationalen Dialog« würdigt vier Organisationen – darunter auch die Gewerkschaftsorganisation *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT) – für ihren Beitrag zur friedlichen Beendigung des politischen Übergangsprozesses in Tunesien, der nach dem Sturz Zain al-Abidin bin ‘Alis im Februar 2011 begann. Insbesondere im krisenhaften Sommer 2013 trat das Quartett durch dezidierte Vermittlungsinitiativen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien in Erscheinung, die im Verlauf von sechs Monaten den Abschluss des festgefahrenen Verfassungsprozesses ermöglichten und die Voraussetzungen für die nachfolgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende 2014 schufen.

Die Entscheidung des norwegischen Nobelpreiskomitees lässt sich als ein politischer, stärkender Impuls an das junge politische System deuten, besonders vor dem Hintergrund der empfindlichen Sicherheitslage in Tunesien und wiederholter terroristischer Angriffe in den Jahren 2015 und 2016. Gleichzeitig entspricht sie jedoch auch der geläufigen westlichen Tendenz, den politischen Umbruch in Tunesien nach 2011 zu idealisieren und seine Deutung den geltenden Vorstellungen von Demokratisierungsabläufen anzupassen. Tatsächlich sind die gesellschaftlichen Kämpfe um die soziale Ordnung mit der Verabschiedung der Verfassung und Vereidigung eines neuen Präsidenten keineswegs abgeschlossen; in 2015 gab es erneut eine Zunahme von Streiks, Demonstrationen und besetzten Arbeitsplätzen, v.a. in den marginalisierten, küstenfernen Regionen. Ehemalige Mitglieder der Partei Bin ‘Alis kehrten in offizielle Ämter zurück und die Brutalität von Polizeikräften setzte sich fort. Währenddessen ist die politische Öffentlichkeit in Tunesien vor allem von Diskursen über Sicherheit dominiert, und weniger von solchen über Demokratisierung im Sinne von zunehmender gesellschaftlicher Teilhabe aller Bevölkerungsschichten und sozialen Fortschritt. Eine Idealisierung des Prozesses in Tunesien blendet diese Verhältnisse aus.

Darüber hinaus verdeckt die Begründung für die Vergabe des Friedensnobelpreises von 2015, so gerechtfertigt sie sein mag, nicht nur die anhaltenden sozialen Auseinandersetzungen, sie versäumt es gleichermaßen zu thematisieren, dass die AkteurInnen des »Quartetts für nationalen Dialog« aus bestimmten sozialen und politischen Positionen agierten und in der tunesischen Konfliktkonstellation keineswegs nur neutrale VermittlerInnen waren. Um diese Dynamiken wird es in dieser Arbeit gehen. Für den Fall der UGTT gilt beispielsweise, dass die Gewerkschaft in dem politischen Umbruch als eine zentrale, machtvolle Akteurin handelte und

¹ Ich danke Bilgin Ayata und Cilja Harders für ihre konstruktiven Kommentare. Vielen Dank für Literatur- und Materialhinweise sowie für hilfreiche Ratschläge an Ahmed Sorour, Carmen Hamm, Christine Rollin, Daniel Jacob, Domenica Preysing, Lionel Nicolas, Rainer Fattmann und Regine Schwab. Hilfsbereit waren außerdem die MitarbeiterInnen der *Bibliothèque de l'Alcazar* in Marseille. Besonders möchte ich mich bei Marcel Twele, meinem Bruder und meinen Eltern für ihre Unterstützung und Begleitung bedanken.

zunehmend das oppositionelle Gegengewicht zu al-Nahda² darstellte. Der al-Nahda-Partei kam ab Oktober 2011 eine durch ihren Wahlsieg legitimierte Führungsrolle in der verfassunggebenden Versammlung (ANC) und der Regierungskoalition zu.

Die UGTT mobilisierte wiederholt gegen die Regierung und machte al-Nahda mitverantwortlich für Angriffe auf RegierungskritikerInnen:

»Sie wollen unsere Stimme unterdrücken [...] und unser Schicksal alleine entscheiden. Sie wollen uns terrorisieren und Furcht in unseren Herzen verbreiten, um uns daran zu hindern, unsere Anliegen und unsere Rechte zu verteidigen, aber wir werden nicht zurückweichen und wir werden uns nicht unterwerfen.«³

Mit diesen kämpferischen, emotionalen Worten richtet sich Husin al-‘Abasi im Februar 2012, etwa zwei Monate nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär der UGTT, an die TeilnehmerInnen einer Demonstration gegen zuvor von RegierungsanhängerInnen verübte Angriffe auf Gewerkschaftsbüros.⁴ Die Äußerung steht paradigmatisch für die tiefgreifende Polarisierung innerhalb der tunesischen Öffentlichkeit, die sich nach dem Sturz Bin ‘Alis besonders in den Auseinandersetzungen zwischen al-Nahda und oppositionellen AkteurInnen manifestierte. Nach Aufnahme der Regierungsgeschäfte und im weiteren Verlauf der Verfassungsentstehung gab es wiederholt Demonstrationen und Protestwellen seitens der GegnerInnen al-Nahdas sowie ihrer UnterstützerInnen. Der Konflikt zwischen beiden Lagern intensivierte sich im Verlauf der Umbruchphase noch – der gewaltsame Angriff auf einen gewerkschaftlichen Gedächtnismarsch im Dezember 2012 sowie die politisch motivierten Ermordungen zweier Oppositionspolitiker im Februar und Juli 2013 führten zu schweren politischen Krisen.

2 Die vollständige Bezeichnung ist Harakat al-Nahda (Bewegung der Renaissance), benannt nach der weltanschaulichen Strömung des 19. Jahrhunderts.

3 »Ils veulent étouffer notre voix [...] et décider seuls de notre sort. Ils veulent nous terroriser et semer la peur dans nos cœurs pour nous empêcher de défendre nos causes et nos droits, mais nous ne céderons pas et nous ne nous soumettrons pas« (HUMA_2012_02_27_1). Zitate, bei denen ich, wie in diesem Fall, eine anderssprachige Originalversion mit angebe, sind von mir übersetzt worden. Für die Einleitung von Zitaten und Beschreibungen diskursiver Handlungen nutze ich aus stilistischen Gründen das historische Präsens.

4 Für Transliterationen aus der arabischen Sprache orientiere ich mich an den Vorgaben des *International Journal of Middle East Studies*. Bei Namen von tunesischen Organisationen nutze ich der Übersichtlichkeit halber das Akronym der französischen Bezeichnung (sofern vorhanden). Die Transliterationen der ursprünglichen Namen finden sich im Abkürzungsverzeichnis.

1.1 Entwicklung der Fragestellung

Diese konfrontativen politischen Auseinandersetzungen im Umbruchsprozess nach Bin 'Ali werden, wie auch Entwicklungen in Ägypten und Libyen, vermehrt als Manifestationen einer umfassenden Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus«⁵ verstanden:

»In all those countries, after removing the authoritarian regimes (or fighting against them), the political arena saw a division into two main camps: Islamic parties and secularists« (De Poli 2014, S. 95).

Dabei ist zu beachten, dass die Anwendung dieses auch für andere zeitgeschichtliche Kontexte gängige Erklärungsmuster (Ruedy 1994) die Komplexität der politischen Situationen häufig verschleiert (Wolf 2014, S. 3–6; Young 2015, o.S.; Haddad 2013, o.S.) und mitunter orientalistisch anmutende Inhalte transportiert.⁶ Dennoch ist eine Differenzierung zwischen »islamistischen« und »säkularen« AkteurInnen wohlbegründet. Denn sie markiert zumindest *eine* wesentliche Konfliktdimension in den Gesellschaften, in denen »islamistische« Kräfte ab 2011 politische Machtzuwächse verzeichnen konnten (Cross und Sorens 2014, S. 6; Lust et al. 2012, S. 362–364; Zeghal 2013, S. 254–255). Besonders deutlich wird dies an der entsprechenden Ausdifferenzierung in den durch die politischen Öffnungen dynamisierten Parteilandschaften: Den Koalitionsbildungen unter »säkularen« Kräften folgte eine zunehmende Bipolarität parteipolitischer Konflikte – mit »islamistischen« Kräften auf der Gegenseite (Wolf 2014, S. 10). Polarisierung, ein recht diffuser Begriff, bezeichnet in diesem Zusammenhang keine materielle Ungleichheit, sondern die Herausbildung immaterieller, inhaltlicher Gegensätzlichkeit, die sich beispielsweise in öffentlich geführten Diskussionen ausdrückt. Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit betrifft eben diese Polarisierungsprozesse. Genauer gesagt, betrachte ich die Modalitäten nach denen entsprechende Konfliktlinien von den beteiligten AkteurInnen durch ihre sprachlichen Äußerungen in der Öffentlichkeit etabliert, reproduziert oder transformiert werden. Ich untersuche, *wie* AkteurInnen so Polarisierung entstehen lassen und warum sie es auf diese Art und Weise tun.

Ein zentraler Ausgangspunkt der Untersuchung ist das Verständnis von politischen Umbruchsituationen als außergewöhnliche Momente, die sich vor allem durch kommunikative Vorgänge auszeichnen, in denen die zukünftige soziale Ordnung verhandelt und um Interpretationen von Staat und Gesellschaft gestritten wird.

5 Die Problematik dieser beiden Begriffe bzw. der Begriffspaarung – durch die Verwendung von Anführungszeichen bereits angedeutet – wird in der Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand aufgegriffen und diskutiert.

6 Zahlreiche westliche KommentatorInnen skizzieren die Umbruchphasen in Tunesien oder Ägypten nach verwandten binären Mustern, die jedoch vor allem auf der Darstellung von »IslamistInnen« als bedrohliche AkteurInnen beruhen. Beispielsweise beschreibt Bradley (2012) »how Islamists hijacked the Middle East revolts«; Schenker wägt (2012) zwischen einem »Arab Spring or Islamist Winter« ab.

Für die Zulässigkeit dieser Perspektive spricht u.a. die für politische Umbrüche häufig zentrale Bedeutung von Verfassungsentstehungen, die gesellschaftliche AkteurInnen in konfliktrichtige Auseinandersetzungen über Normen und Interessen treten lassen (Merkel 2010, S. 106; Landau 2013, S. 934–938). Auch in den Verfassungsprozessen Tunesiens und Ägyptens wurden inhaltliche Differenzen zwischen politischen Gruppen wiederholt zu Anlässen intensiver, medial geführter Debatten, die den Dualismus von »Islamismus« und »Säkularismus« reproduzierten (Taher 2013, S. 32–36; Lang 2013, S. 360–361). In den Diskussionen über das nationale Selbstverständnis, über die Modelle der eigenen Gesellschaft, knüpften die AkteurInnen dabei auch an nie gelöste, langfristig beeinflusste Identitätsfragen an (Zemni 2015, S. 11–13). Aber nicht nur Normen- oder Identitätskonflikte beeinflussen Polarisierung in Phasen gesellschaftlicher Konfrontation. Interaktionen zwischen AkteurInnen selbst (McAdam et al. 2001, S. 322) sowie spezifische konfliktfördernde Akteurskonstellationen (Esteban und Schneider 2008, S. 137–138) können Polarisierungsprozesse verändern. Diese Zusammenhänge wurden auch in Ägypten oder Tunesien deutlich: Medienlandschaften, in denen sich JournalistInnen entlang der binären Konfliktlinie positionierten und teils eng mit den politischen AkteurInnen verknüpft waren (finanziell und organisatorisch), trugen zu Akteurskonfigurationen bei, die besonders anfällig für eine Intensivierung der Polarisierung waren (Wolf 2014, S. 13; El-Issawi 2015, S. 33–37; Haddad 2013, o.S.). Der Zwiespalt dramatisierte sich so weit, dass es in den Auseinandersetzungen nicht mehr nur um die eigentlichen Verfassungsinhalte, sondern zunehmend um die Diffamierung des politischen Gegenübers ging (Schwab 2014, S. 180).

Im Kontext dieser Perspektiven argumentiere ich, dass Polarisierung in Umbruchsituationen grundsätzlich von den Bemühungen unterschiedlicher AkteurInnen, ihre Sichtweisen im öffentlichen Raum durchzusetzen, beeinflusst wird. Die *Spezifika ihrer sozialen Position* legen den AkteurInnen in diesen Prozessen bestimmte Interpretationsrepertoires nahe, innerhalb derer sie sich den jeweiligen politischen Konstellationen anpassen, und – mitunter polarisierend – auf ihre politischen KontrahentInnen beziehen.

Zur Klärung des Erkenntnisinteresses dient das Beispiel der tunesischen Gewerkschaftsorganisation UGTT. Dieser Fall ist aus verschiedenen Gründen vielversprechend: Die UGTT war als zentrale Akteurin *mehrdimensional* in die Umbruchsituation Tunesiens eingebunden – einerseits stand sie in zahlreichen konfliktiven Auseinandersetzungen mit »islamistischen« AkteurInnen, andererseits war sie die führende Kraft in den letztlich konfliktlösenden Vermittlungsinitiativen. Darüber hinaus, und das unterscheidet sie von den meisten anderen AkteurInnen, blickt die Gewerkschaftsorganisation auf eine Entwicklung zurück, die mit der gesamten politischen Geschichte des postkolonialen Tunesiens verknüpft ist. So können vergangene Einflüsse auf die Dispositionen der UGTT in die Analyse integriert werden.

Unter Berücksichtigung des bereits erwähnten Stellenwerts von Kommunikationsprozessen in politischen Umbruchphasen wird in Bezug auf den Fall der UGTT auf die folgende forschungsleitende Fragestellung eine Antwort gegeben:

Inwiefern sind öffentliche Stellungnahmen der Gewerkschaftsorganisation UGTT im Verlauf der tunesischen Umbruchsituation zwischen 2011 und 2014 in die gesellschaftliche Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus« eingebunden?

Gemäß dem Erkenntnisinteresse untersuche ich dabei weder die Wirkung der gewerkschaftlichen Deutungen auf die breite Öffentlichkeit, noch den Grad, mit dem die Stellungnahmen der UGTT Resonanz fanden und ursprünglich für letztendlich polarisierte Zustände waren. Vielmehr wird der gewerkschaftliche Diskurs als ein strukturiertes System von Aussageereignissen auf polarisierungsfördernde Merkmale untersucht. Zu diesem Zweck entwickle ich eine Forschungsperspektive auf Polarisierungsprozesse in Umbruchsituationen, die zwar Diskurse in den Mittelpunkt der Analyse stellt, dabei jedoch nicht die Auswirkungen der objektiven, strukturellen Verhältnisse sowie der Interaktionen innerhalb des politischen Kontexts auf diese Diskurse vernachlässigt.

1.2 Forschungsstand

Im Folgenden diskutiere ich den an der Fragestellung ausgerichteten Forschungsstand – einerseits zur Kontextualisierung des Forschungsfelds, andererseits um später einen Bezug zu meiner Forschungsperspektive herstellen zu können. Zunächst skizziere ich dafür forschungsrelevante Perspektiven auf Polarisierungsprozesse. Um mich der spezifischen Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus« zu nähern, stelle ich dann einige kritische Perspektiven auf diese Begriffe vor. Im gleichen Zug gebe ich einen Überblick über Arbeiten, die sich den Auseinandersetzungen zwischen »islamistischen« AkteurInnen und als »säkular« verstandenen Regimen widmen. Abschließend diskutiere ich, in Bezug auf den Fall der UGTT, einige Forschungsbeiträge zu der Einbindung von Gewerkschaften in politische Umbrüche.

1.2.1 Polarisierungsprozesse

Ein beachtlicher Teil der sich mit Polarisierung beschäftigenden Forschung fokussiert sich auf polarisierte Zustände (nicht auf die darauf hinführenden Prozesse) und setzt sich dementsprechend mit weit auseinanderfallenden politischen Meinungen in der Bevölkerung (DiMaggio et al. 1996), in den Medien (Prior 2013) oder unter Eliten (Fisher et al. 2012) auseinander.⁷ Arbeiten, die statt der letztendlichen Dispersion von politischen Einstellungen den *Prozess* der Polarisierung untersu-

⁷ Der US-amerikanische Kontext mit seinem Zweiparteiensystem (Layman et al. 2006) und der ausgeprägten »partisan media« (Levendusky 2013) dient der anglophonen Forschung dabei als bevorzugtes Fallbeispiel.

chen, rücken (zu unterschiedlichem Grad) die konstitutive Beteiligung von AkteurInnen in ihr Blickfeld. Neben der Konflikttheorie (Esteban und Schneider 2008) betrifft dies auch die Bewegungsforschung.

Der sozialen Bewegungsforschung ist aufgrund ihrer Ausrichtung an kollektiven Infragestellungen bestehender Verhältnisse eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Konfrontation und Konkurrenz zwischen gesellschaftlichen AkteurInnen inhärent. Polarisierungsprozesse werden demnach als ein zentrales Element oder als eine mögliche Konsequenz dieser konfliktiven, gesellschaftlichen Interaktionen diskutiert. McAdam, Tarrow und Tilly (2001), die sich innerhalb des Forschungsparadigmas der »contentious politics« mit verschiedenen Formen politischer Konfrontation und gesellschaftlicher Mobilisierung befassen, verstehen Polarisierung als die (oft binäre) Aufspaltung politischer Akteursgruppen, die mittlere Positionen schließlich unbesetzt lässt. Ihre prozessorientierte Perspektive führt Polarisierung auf die Verhaltensweisen der AkteurInnen zurück: Ineinandergreifende interaktive »Mechanismen«, wie das Formulieren von Kategorien oder Koalitionsbildungen bedingen demnach Polarisierungsprozesse, die AkteurInnen entlang bestimmter Konfliktlinien entzweien.⁸ Dabei können Polarisierungsprozesse einerseits gesellschaftliche Konflikte dramatisieren, andererseits aber auch politischen Wandel bewirken, z.B. wenn eine neue Konfliktlinie vormalig fragmentierte oppositionelle AkteurInnen vereint. Tarrow selbst konstatiert jedoch (einige Jahre später), dass der Fokus auf Prozesse und Mechanismen dazu neigt, relevante strukturelle Bedingungen zu vernachlässigen (2012, S. 24–26) und greift damit einen zentralen Kritikpunkt an dem von ihm mitentwickelten Erklärungsmodell gesellschaftlicher Prozesse auf: »What *Dynamics* and cognate work over the last decade *did not do* was to bridge the gaps between structural and process-based approaches« (2012, S. 25, Hervorhebung im Original).

Ähnlich fokussiert auf Handlungen und Prozesse sind die bewegungstheoretischen Beiträge, die seit den 1980er Jahren die Ideengenerierung durch soziale AkteurInnen (meist Bewegungen) in den Vordergrund rücken, um ihre konkurrierenden Erzählungen zu identifizieren und so Bezug auf ihre Erfolgswahrscheinlichkeit und Mobilisierungsfähigkeit zu nehmen (Gamson et al. 1982; Snow et al. 1986). Die aus dieser Perspektive entstandene Frame-Analyse bietet Möglichkeiten die diskursiven Dimensionen konfliktiver Akteurskonstellationen in den Blick zu nehmen – z.B. die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten, die Veränderung von Sichtweisen in der Bevölkerung oder die Überzeugungsarbeit vor eigenen UnterstützerInnen. Ideen werden als strategisch einsetzbare, diskursive »Waffen« konzeptualisiert (Benford und Snow 2000), besonders in Bezug auf politische KontrahentInnen.

8 Tilly nennt an anderer Stelle die vier Mechanismen, die seiner Ansicht nach konstitutiv für Polarisierung sind: »[1. category formation:] creation of a named boundary with organized relations across and on either side of the boundary; [2. coalition formation:] development of coordinated action among two or more actors on each side of the boundary; [3. opportunity/threat spirals:] signaling-reaction sequences that increase distance between the two sides; [4. brokerage:] establishment of interlocutors (brokers) representing each side« (2001, S. 572).

Polarisierungsprozesse entstehen so aus den diskursiven Interaktionen zwischen AkteurInnen: Zald und Useem (1987) erwähnen, dass sich Polarisierung zwischen Bewegungen und Gegenbewegungen grundsätzlich auf Konflikte über Ideen zurückführen lässt. McCaffrey und Keys (2000) betonen die Polarisierungs- und Verunglimpfungsstrategien, auf die Bewegungen in diskursiven Auseinandersetzungen mit oppositionellen AkteurInnen sogar bewusst zurückgreifen, um die Mobilisierung für eigene Positionen zu stärken. Auch in Bezug auf diesen Forschungsstrang wird jedoch kritisiert, dass den strukturellen Bedingungen der Ideengenerierung nur wenig Aufmerksamkeit zukommt (Husu 2013, S. 272–273) und dass angenommen wird, Eliten seien imstande, Deutungen ohne Rückgriff auf ihre soziale Umgebung zu konstruieren und als Instrumente zu nutzen (Ranko 2015, S. 23). Diese Kritik greift meine später erläuterte Forschungsperspektive auf.

1.2.2 »Islamismus« und »Säkularismus«

Die Begrifflichkeiten »Islamismus« und »Säkularismus« sind aufgrund ihrer stetigen Verknüpfung mit kontextspezifischen Diskursen problematisch. Im westlichen Kontext wird besonders bei der Verwendung des Begriffs »Islamismus« auf historisch konstituierte und durch orientalistische Überlegenheitsvorstellungen strukturierte Wissensarchive zurückgegriffen. Postkoloniale Ansätze arbeiten diese Verästelungen von Wissen und Position (für »Islam«-Diskurse) entschieden heraus (Merz 2011) und weisen so auch auf die zahlreichen Bedeutungen hin, die Begriffe in verschiedenen wissenschaftlichen oder alltäglichen Sprachen haben können.⁹ Kulturalistische Forschungsbeiträge, die sich mit »Islamismus« (und seiner Gegensätzlichkeit zu »Säkularismus«) auseinandersetzen, berücksichtigen diese Perspektiven meist nicht. Sie heben vor allem die Unterschiede der jeweiligen normativen Referenzrahmen hervor. Dieses essentialistische Verständnis bezieht sich insbesondere auf »den« Islam, der als monolithisches Normsystem konzeptualisiert wird, das politische Entwicklungen direkt bedingt (Esposito 1998; Gellner 1981). Plakativ wird diese Sichtweise in der politischen Programmatik Huntingtons (1993), die als Ursache für Konflikte zwischen »den Zivilisationen« auch eine inhärente Unvereinbarkeit »des« Islams mit »westlichen« Werten feststellt.

Zahlreiche Arbeiten außerhalb des kulturalistischen Paradigmas haben derweil die verschiedenen Variationen »islamistischer« AkteurInnen herausgestellt (International Crisis Group 2005; Albrecht und Köhler 2008).¹⁰ Dabei lässt sich eine

⁹ De Poli 2014, S. 95–96 und Hashemi 2009, S. 150 konstatieren beispielsweise, dass der Begriff »Säkularismus« (»al-ʿalmaniyya«) in mehrheitlich muslimischen postkolonialen Gesellschaften eine negative Konnotation besitzt und von BefürworterInnen der Trennung von Staat und Religion aufgrund seiner Einbindung in vergangene koloniale Herrschaftsdiskurse sowie seiner Assoziationen mit Atheismus und Islamfeindlichkeit eher vermieden wird. Im tunesischen Kontext gilt dies auch für »laïcisme« (Laizismus).

¹⁰ Erdles Verständnis von »Islamismus« ist jedoch ein Beispiel dafür, dass auch in Anerkennung von Differenz zwischen »islamistischen« AkteurInnen eine gewisse Nähe zum kulturalistischen Argument bestehen bleiben kann: »All Islamists concur that the Koran and the Sunna are the only acceptable and authoritative points of

absolute binäre Trennung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus« meist nicht aufrechterhalten: Bayat (2007; 2013) hebt mit dem Konzept des »Post-Islamismus« hervor, dass verschiedene »islamistische« AkteurInnen durchaus »säkulare« Argumente vertreten und den Fokus ihrer Konzeptionen verschoben haben – »from the duty-centered and exclusive Islamist politics toward a more rights-centered and inclusive outlook that favors a civil/secular state operating within a pious society« (Bayat 2013, S. 29). Adib-Moghaddam spricht von einem »postmodernen Islam«, der von »islamistischen« AkteurInnen nicht mehr als rigides, revolutionäres Programm verstanden wird, sondern als »relatives Denksystem [...], das einer ständigen Neuinterpretation bedarf, um passend für die aktuellen Gegebenheiten zu sein« (2015, S. 401). Bezüglich der politischen Orientierung al-Nahdas weist Zeghal (2013) auf die Einbindung »säkularer« Elemente in das Konzept des »zivilen Staats« (»dawla madaniyya«) hin. Diesen Arbeiten ist gemein, dass sie »Islamismus« als ein politisches Konzept verstehen, das stetig transformiert und an seine soziale Umgebung angepasst wird.

Diese Anpassung wird tiefergehend von Forschungsbeiträgen thematisiert, die sich mit »islamistischen« politischen AkteurInnen und den ihnen gegenüberstehenden »säkularen« Kräften auseinandersetzen. Der Kontext betrifft hier meist diejenigen Gesellschaften Nordafrikas und Westasiens, in denen die Politisierung »islamistischer« AkteurInnen in den 1970er Jahren die gesellschaftlichen Gegebenheiten nachhaltig veränderte. »Islamistische« AkteurInnen gewannen ab diesem Zeitpunkt an Einfluss und stellten zunehmend eine »Herausforderung« für die als »säkular« verstandenen staatlichen Regime der jeweiligen Gesellschaften dar. Trotz immer wiederkehrender Phasen staatlicher Repression gelang es »islamistischen« AkteurInnen in großen Teilen der Gesellschaft einen kulturellen Wandel entlang ihrer Vorstellungen zu erreichen (Abdo 2000; Bayat 2007).¹¹ Um diese Dynamiken zwischen »islamistischen« AkteurInnen, Staaten und der Bevölkerung zu fassen, greifen Forschungsbeiträge seit den 2000er Jahren vermehrt auf bewegungstheoretische Ansätze zurück (Wiktorowicz 2004). Auch Perspektiven der Frame-Analyse werden eingebunden, um die Beteiligung »islamistischer« AkteurInnen an Auseinandersetzungen um kulturelle Deutungen zu verstehen (Wickham 2004). Wie Kandil (2011) für den ägyptischen Fall zeigt, konnten »IslamistInnen« ihre breite Unterstützung in der Bevölkerung, die erfolgreiche Diffusion normativer Positionen und den Zugewinn an »kultureller Hegemonie« dabei jedoch nicht für einen signifikanten politischen Machtzuwachs geltend machen, solange der staatliche Repressionsapparat ihre Strukturen wiederholt angriff und ihnen konsequent die Teilhabe an offenen politischen Prozessen verweigerte. Darüber hinaus wurden und werden »islamistische« AkteurInnen in diesen Deutungskämpfen stets mit staat-

reference. They differ, however, in the extent to which they envisage the use of *ijtihad*, i.e. of a creative (re-)interpretation of these sources« (2010, S. 85, Hervorhebung im Original). Auch die Differenzierung der AkteurInnen vollzieht sich hier mittels eines islamischen Konzepts.

¹¹ Für eine detaillierte und mir hilfreich gewesene Übersicht der Forschungsliteratur zu der geschichtlichen Entwicklung »islamistischer« AkteurInnen siehe Ranko (2015, S. 18–29).

lichen Diskreditierungsversuchen und Gegendiskursen konfrontiert. Einerseits beanspruchen staatliche Akteure dabei die Definitionsmacht über die zulässigen Verständnisse von Religiosität (Zeghal 2013), andererseits betonen staatliche Diskurse vor allem die Notwendigkeit von »Stabilität und Ordnung«, um ihre Herrschaft als Schutz gegen die »islamistische Gefahr« zu legitimieren (Ranko 2015), und sind somit häufig eher von anti-»islamistischer« als von »säkularer« Prägung. Diese Arbeiten verdeutlichen, dass dem Erklärungsmuster »Islamismus«/»Säkularismus« eine Berücksichtigung der sich stets aktualisierenden Konstruktionsleistungen der AkteurInnen zu Grunde liegen muss. Diese werden maßgeblich von den Umgebungsstrukturen und gesellschaftlichen Akteurskonfigurationen beeinflusst.

1.2.3 Gewerkschaften in Transformationsprozessen

Die Politikwissenschaft beschäftigt sich u.a. im Rahmen der Korporatismus-, Pluralismus- und Verbändeforschung mit Gewerkschaften. Entsprechende Beiträge setzen sich weniger mit wirtschaftssoziologischen und arbeitspolitischen Wechselbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit, sondern mit den intermediären Beteiligungsformen gewerkschaftlicher AkteurInnen in politischen Entscheidungsprozessen auseinander. Verbände – zu denen Gewerkschaften wie ArbeitgeberInnenvertretungen und anderen Interessensgruppen zugerechnet werden – werden als Vermittlerinnen zwischen Gesellschaft und Staat konzeptualisiert: Sie artikulieren aggregierte Interessen gegenüber staatlichen AkteurInnen und transportieren politisch getroffene Entscheidungen zurück an ihre sozialen Referenzgruppen (Jarren und Donges 2006; Schmitter und Lehmbruch 1979). Die Forschungsrichtung vertritt somit ein demokratietheoretisches Argument, das die Herausbildung einer funktionalen Zivilgesellschaft mit korporatistischen Strukturen als zentrales Merkmal »moderner« demokratischer Staaten betrachtet (Weßels 2015). Gewerkschaften im Spezifischen gelten so als *politische* Organisationen der ArbeiterInnen, die gleichzeitig einen Beitrag zur Demokratisierung des Staats leisten (Lipset 1983).

Die politikwissenschaftliche Transformationsforschung schließt – in ihrer dominierenden Variante als Demokratie- und Demokratisierungstheorie – ausdrücklich an dieses normative Verständnis intermediärer AkteurInnen an. Aufgrund ihrer Vermittlungsfähigkeiten wird von Gewerkschaften in Transformationsprozessen erwartet, als »Instrumente funktionaler Repräsentation« (Croissant et al. 1999, S. 329) zu agieren, die im Verlauf einer politischen Transformation wesentliche (d.h. transformationsermöglichende) Beiträge leisten. Grundlegend sollen Gewerkschaften im Transformationsverlauf zu der Etablierung einer starken Zivilgesellschaft beitragen und so autonome Handlungsräume gegenüber dem Staat ermöglichen (Merkel 2010). In der empirischen Überprüfung attestiert diese Forschungsrichtung gewerkschaftlichen AkteurInnen (abweichend von den normativen Erwartungen) grundsätzlich eine niedrige Relevanz in Transformationsverläufen – sowohl in der Hinführung auf den Sturz eines Regimes als auch in folgenden Umbruchphasen

(Croissant et al. 1999). Als Ursache wird mitunter die häufig schwache Ausprägung intermediärer Strukturen in den vorhergehenden autoritären Kontexten angeführt (Mehler 1999). Die diesem Forschungszeitung inhärente Ausrichtung an den Prämissen westlicher Demokratietheorie ist problematisch. Sie verhindert eine verstehende Perspektive auf gewerkschaftliche Praktiken (sowohl in westlichen als auch in nicht-westlichen Kontexten) und konzeptualisiert Abweichungen von erwarteten Verlaufsformen notwendigerweise als defizitär. Das ausschließlich funktionalistische Verständnis verschließt zudem den Blick auf die Komplexität, mit der intermediäre AkteurInnen im Raum zwischen Staat und Gesellschaft agieren.

Die »Vernachlässigung« gewerkschaftlicher AkteurInnen wird (auch innerhalb der Transformationsforschung) von Beiträgen kritisiert, die eine signifikante Beteiligung von Gewerkschaften in frühen Demokratisierungs- und Transformationsphasen feststellen (klassisch sind die Fälle in Polen und Südafrika gegen Ende der 1980er Jahre) und dementsprechend eine theoretische Anpassung einfordern (Valenzuela 1989; Adler und Webster 1995). In einer vergleichenden Arbeit leistet Bellin (2000) einen solchen Beitrag zur Theoretisierung von gewerkschaftlichen Verhaltensmustern: Sie argumentiert, dass die gewerkschaftliche Einbindung in Mobilisierungsprozesse von den jeweiligen Interessenlagen abhängt – je höher die Abhängigkeit der Gewerkschaften vom autoritären Staat, desto niedriger ist ihre Unterstützung einer politischen Transformation, die ihre materiellen Interessen gefährden würde. Auch die Bewegungsforschung, die Gewerkschaften in vielen Kontexten als Bewegungsorganisationen konzeptualisiert (Fantasia und Stepan-Norris 2004), hebt die Bedeutung von Gewerkschaften für sozialen Wandel hervor. Erfolgreiche Fälle gewerkschaftlicher Mobilisierung führten darüber hinaus zu der Begründung des programmatischen Paradigmas des »Social Movement Unionism«, das auf marxistischer Basis Empfehlungen für emanzipatorischen gewerkschaftlichen Aktivismus macht (Hirschsohn 1998; Waterman 1993).

Nicht nur bezüglich der Hinführung auf Regimewechsel, auch für Institutionalisierungs- und Konsolidierungsphasen neuer politischer Systeme wird in Fallstudien auf die Relevanz gewerkschaftlicher AkteurInnen hingewiesen. Fishman (1990) stellt heraus, dass spanische Gewerkschaften in der »Transición« eine wichtige Rolle einnahmen, indem sie sich um Einheit unter Oppositionskräften bemühten und ein wichtiges Gegengewicht zu autoritären und militärischen Kräften bildeten. Sandoval (1998) beschreibt eine ähnliche Relevanz gewerkschaftlicher AkteurInnen für die brasilianische Transformation in den 1980er Jahren (spezifisch für die Verfassungsreform von 1988).

Die Gesamtheit dieser Arbeiten verdeutlicht, dass sich gewerkschaftliche AkteurInnen vielfältig an politischen Umbrüchen beteiligen und dabei nicht ausschließlich intermediäre Funktionen einnehmen, sondern vor einem eigenen politischen Selbstverständnis und unter Einbeziehung eigener Interessen und Strategien agieren. Zahlreiche Forschungsbeiträge arbeiten diese Relevanz auch für die UGTT zwischen 2011 und 2014 heraus (Chouikha und Gobe 2011; Hmed 2012; Allal 2012; Zemni 2013; Mizouni 2012; Durac 2015). Hervorgehoben werden müssen hier

die Arbeiten Yousfis (2012; 2013; 2015a; 2015b). Sie betont explizit die internen Prozesse der UGTT und rekurriert so stets auf die »*ambiguity* of [the UGTT's] role as an intermediary between social movements, the government and political parties« (2015b, S. 320, Hervorhebung durch den Verfasser). An dieses Motiv knüpfe ich an, indem ich unter Berücksichtigung meiner Fragestellung die Dispositionen der UGTT in das Blickfeld meiner Untersuchung stelle. Dies ist beispielsweise in Beiträgen, die die Rolle der UGTT einer Analyse längerfristiger ArbeiterInnenkämpfe subsumieren (Allinson 2015; Beinin 2014; Beinin und Vairel 2011) und dementsprechend ihre Spezifika als Akteurin nicht konzeptionell aufgreifen, weniger der Fall.

1.3 Weitere Vorgehensweise

Vor dem Hintergrund der Fragestellung und des relevanten Forschungsstands folgt die Entwicklung und Vorstellung einer diskursanalytischen Forschungsperspektive auf Polarisierungsprozesse in politischen Umbrüchen (Kapitel 2). Dabei greife ich die in der vorhergegangenen Diskussion des Forschungsstands explizierten Kritikpunkte auf. Anschließend erläutere ich mein methodisches Vorgehen (Kapitel 3). Mit dem Ziel der Kontextualisierung und der Identifikation typischer organisatorischer Merkmale untersuche ich die historische Entwicklung der UGTT und ihre Einbindung in die politischen Verhältnisse Tunesiens (Kapitel 4). Der Kern dieser Arbeit besteht aus der Präsentation und Diskussion der in der Diskursanalyse herausgearbeiteten Deutungsmuster. In diesem Rahmen wird auch die Einbindung der UGTT in eine Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus« erläutert (Kapitel 5). Abschließend gebe ich ein Fazit dieser Arbeit (Kapitel 6).

2 Theoretischer Rahmen

Im Anschluss an zentrale Begrifflichkeiten aus Pierre Bourdieus Theorie der Praxis entwickle ich im Folgenden eine Forschungsperspektive auf Polarisierungsprozesse in politischen Umbruchsituationen. Dazu stelle ich zunächst einige zentrale theoretische Positionen Bourdieus vor, die ich in einem nächsten Schritt an das Diskursverständnis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) anbinde. Aus der anschließenden Operationalisierung von Deutungsmustern ergeben sich Anknüpfungspunkte für die Analyse polarisierender Äußerungen. Abschließend resümiere ich die zentralen Annahmen der Forschungsperspektive und nenne gleichzeitig Einschränkungen für die empirische Umsetzung in der vorliegenden Arbeit.

2.1 Orientierung an Bourdieus Theorie der Praxis

Warum überhaupt eine Analyse sozialen Wandels und Transformation mit Bourdieu? Diese Frage ist berechtigt – richtet Bourdieu sein Hauptaugenmerk doch meist nicht auf die Brüche in gesellschaftlichen Beziehungen, sondern auf ihre Beständigkeit (Swartz 2013, S. 150), und sind seine Untersuchungen doch vor allem von der Frage geleitet, wie sich nicht-egalitäre soziale Ordnungen durch die Verkennung der arbiträren Mächte, die sie strukturieren, generationenübergreifend reproduzieren.¹² Dennoch finden sich in seinem Werk Bezüge zu sozialem Wandel und politischer Veränderung (Trinkaus und Völker 2014), die sich zudem auch für Forschungszwecke nutzbar machen lassen, wie einige Arbeiten erfolgreich demonstrieren (Calhoun 2006; Eyal 2005; Goldberg 2003). Florian analysiert in Rückgriff auf Bourdieu ganz bewusst ein sich wandelndes Szenario und argumentiert überzeugend, dass

»[b]ewegte Zeiten, in denen sich neue Herrschaftsmuster erst noch herausbilden und stabilisieren müssen (Institutionalisierungsprozesse) ebenso wie unruhige Phasen oder Krisen, in denen eine etablierte symbolische Ordnung in Bewegung gerät oder sogar zusammenbricht, [...] bevorzugte Anlässe [sind], um die verborgenen Wirkungszusammenhänge symbolischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse soziologisch beobachten zu können« (2012, S. 268).

Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle noch auf Bourdieus Intention hinweisen, den paradigmatischen sozialwissenschaftlichen Konflikt zwischen Struktur und Handeln zu überbrücken. In dieser Ausrichtung des Theoriengerüsts Bourdieus gründet die Chance, das wechselseitige Wirken zwischen strukturellen

¹² Der wohl prominenteste Vorwurf an Bourdieus Werk ist es dementsprechend, eine »Theorie der Reproduktion« entworfen zu haben und Möglichkeiten des sozialen Wandels auszuschließen (Pfeffer 1985). Für eine Diskussion dieser Kritik siehe Barlösius (2011, S. 180–186) und Bongaerts (2011, S. 149–169). Für Bourdieus Replik siehe Bourdieu/Wacquant (1996, S. 110–112).

Rahmenbedingungen und diskursiv geführten Konflikten unter AkteurInnen in Polarisierungsprozessen zu theoretisieren. Bourdieus Begrifflichkeiten haben das Potential, die im Forschungsstand kritisierte Vernachlässigung struktureller Faktoren in frame-analytischen und prozessbasierten Ansätzen zu korrigieren.

2.1.1 Klassifikationskämpfe um legitime soziale Ordnungen

Ich schlage vor, politische Umbruchsituationen als eine intensive, verdichtete und im besonderen Maße öffentliche Episode von Klassifikationskämpfen zu konzeptualisieren. Klassifikationskämpfe besitzen einen zentralen Stellenwert in Bourdieus Theorie gesellschaftlicher Beziehungen. Sie sind, *in stabilen wie in bewegten Zeiten*, die fundamentale Dimension des Klassenkampfes, des Kampfes zwischen sozialen Gruppen:

»Die Kämpfe zwischen den individuellen wie kollektiven Klassifikations- und Ordnungssystemen, die auf eine Veränderung der Wahrnehmungs- und Bewertungskategorien der sozialen Welt selbst abzielen, bilden eine vergessene Dimension der Klassenkämpfe« (Bourdieu 1982, S. 755).

Gekämpft wird um die Legitimität sozialer Ordnungsvorstellungen. Klassifikationen sind dabei die den gesellschaftlichen AkteurInnen »verfügbaren Prinzipien des Sehens und Einteilens« (Bourdieu 1997b, S. 120); sie sind Sicht- und Teilungsprinzipien auf das Soziale. Vereinzelt illustriert Bourdieu diese Klassifikationen als binäre »Prinzipien der Vereinigung und der Trennung, des Verbindens und des Scheidens [in Bezug] auf Geschlecht, Alter, Ethnizität, Region oder Nation« (Bourdieu 1997b, S. 124).¹³ Sprache ist dabei das zentrale Medium im Klassifikationskampf; »es geht wesentlich um die Macht über die Wörter, die zur Benennung der Gruppen oder der sie repräsentierenden Institutionen benutzt werden« (Bourdieu 1997b, S. 124) – Akte der Benennung werden zu Akten des Klassifizierens. Bourdieus Verständnis von Klassifikationskämpfen ist an vielen Stellen jedoch weiter, unbestimmter und betrifft nicht nur soziale Kategorien, sondern bezieht sich auf sprachliche Handlungen im Allgemeinen. Nahezu jeder Sprachgebrauch ist somit, so Bourdieu, als kämpferischer Akt um Deutungsmacht zu beurteilen, der beabsichtigt, eine bestimmte symbolische Ordnung durchzusetzen.

Bourdieu knüpft an die wissenssoziologische Tradition der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit an, paradigmatisch vertreten durch Berger und Luckmann (1972). Sein Sozialkonstruktivismus stellt jedoch, im Gegensatz zu einer Beschränkung auf das Alltägliche, die Herausbildung von gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen in den Vordergrund. Nicht nur ist die soziale Realität direkt

¹³ An diesem Punkt gibt es bereits offensichtliche Anknüpfungsmöglichkeiten mit binären Polarisierungsprozessen, auf die ich jedoch der Übersicht wegen erst weiter unten (2.2) eingehen möchte.

beeinflussbar, indem sich Klassifikationen als Repräsentationen der sozialen Welt in der Wahrnehmung der AkteurInnen – als „Klassifizierende und Klassifizierte“ (Bourdieu 1997b, S. 103) – reproduzieren; die Durchsetzung von Klassifikationen ist auch gleichbedeutend mit der Durchsetzung einer legitimen symbolischen Ordnung, die Herrschaftsverhältnisse entweder stabilisiert oder infrage stellt. Sprachliche Kommunikation wird so zum Ausdruck »symbolische[r] Machtbeziehungen [...], in denen sich die Machtverhältnisse zwischen den Sprechern oder ihren jeweiligen sozialen Gruppen aktualisieren« (Bourdieu 1990, S. 11).

Vor diesem Hintergrund muss politischer Wandel und Transformation der Herrschaftsstrukturen bei Bourdieu als die sprachlichen Auseinandersetzungen über in Konkurrenz stehende Vorstellungen von sozialen Ordnungen konzeptualisiert werden (Diaz-Bone 2010, S. 66). Nur in diesem politischen Kampf ergeben sich Potentiale für sozialen Wandel:

»Denn Erkenntnis von sozialer Welt und, genauer, die sie ermöglichenden Kategorien: darum geht es letztlich im politischen Kampf, einem untrennbar theoretisch und praktisch geführten Kampf um die Macht zum Erhalt oder zur *Veränderung der herrschenden sozialen Welt* durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien zur Wahrnehmung dieser Welt« (Bourdieu 1985, S. 18–19, Hervorhebung durch den Verfasser).

Wirklich transformativ werden Klassifikationskämpfe jedoch erst in einer gesellschaftlichen Krise.¹⁴ In stabilen Zeiten besteht meist eine enge Korrespondenz zwischen Klassifizierungen und der existierenden strukturellen Ordnung.¹⁵ Die Krise hingegen ermöglicht einen Aufbruch dieser Verhältnisse. Mit ihr beginnt die »Aufkündigung [des] unausgesprochenen Vertrags über die Bejahung der bestehenden Ordnung« (Bourdieu 1990, S. 104). Bourdieu hegt hier bestimmte normativen Erwartungen an Krisen¹⁶ – dessen ungeachtet ist für das Verständnis von Klassifikationskämpfen in politischen Umbrüchen zentral, dass die bestehende symbolische Ordnung sich nicht zwingend reproduzieren muss, es also Chancen für alternative Sichtweisen gibt, anerkannt zu werden. Stark vereinfachend pointiert Bourdieu in einer seiner Vorlesungen, dass in Zeiten politischer Krisen alle gegen alle kämpfen, »dass jeder [...] das Monopol der legitimen symbolischen Gewalt, der Benennung, beanspruchen darf« (2014, S. 127). Politische Umbruchsituationen zeichnen sich demnach insbesondere dadurch aus, dass eine Vielzahl von AkteurInnen in den öffentlichen Raum tritt, um ihre Sicht einer legitimen sozialen Ordnung durchzusetzen.

¹⁴ Für eine Auseinandersetzung mit Bourdieus schwach rezipierten Krisenbegriff siehe Gilcher-Holtey 2001.

¹⁵ Auf dieser Dynamik basiert Bourdieus Konzeption der »symbolischen Gewalt«, die sich dadurch auszeichnet, dass die legitimen Sichtweisen über die soziale Welt von Herrschenden auferlegt und von untergeordneten sozialen Gruppen (unbewusst) internalisiert und für selbstverständlich hingenommen werden (Swartz 2013, S. 38).

¹⁶ Bourdieus normatives Verständnis von Veränderung durch Krisen offenbart sich deutlich in dem Konzept der Häresie – der Herausforderung geltender und herrschender Ordnung. Siehe Bourdieu (1990, S. 104–113).

2.1.2 AkteurInnen zwischen Stellung und Stellungnahmen

Die »Pluralität der Sichtweisen« im Klassifikationskampf, d.h. die »Vielzahl der zu jedem Zeitpunkt verfügbaren Prinzipien des Sehens und Einteilens« (Bourdieu 1997b, S. 120), ist bedingt durch die Positionsverschiedenheit der AkteurInnen im sozialen Raum. Bourdieu vollzieht hier eine Differenzierung zwischen Stellung (*position*) und Stellungnahme (*prise de position*). Die *Stellung* der AkteurInnen erfasst er mit seiner Konzeption sozialer Felder, die er als (funktional) differenzierte Sphären gesellschaftlicher Auseinandersetzung versteht.¹⁷ Felder unterliegen einer relationalen Logik; sie strukturieren sich gemäß den objektiven Beziehungen zwischen AkteurInnen. Diese Relationen sind im Wesentlichen von Kapitalverhältnissen bestimmt, mit denen AkteurInnen in den sozialen Kampf zur Verbesserung der eigenen Position treten.¹⁸ Ein Feld ist insofern stets »ein Kräftefeld und ein Kampffeld zur Veränderung der Kräfteverhältnisse« (Bourdieu 2001, S. 49). *Stellungnahmen* wiederum bezeichnen dann die manifesten Äußerungen, mittels derer sich die Klassifikationspraxis der AkteurInnen vollzieht. Dazu zählen »literarische oder künstlerische Werke, aber auch politische Handlungen und Reden, Manifeste oder Polemiken« (Bourdieu 1997a, S. 73). Deren Aussagen lassen sich in ihrer strukturierten Gesamtheit auch als Diskurs verstehen, wie ich später aufzeigen werde.

Die Vermittlung zwischen Stellung und Stellungnahmen macht einen zentralen Ansatzpunkt für die Forschungsperspektive der vorliegenden Arbeit aus. Sie wird im Wesentlichen durch das Habitus-Konzept bewerkstelligt, das bei Bourdieu die Verknüpfung von Struktur und Handlung leistet:

»Als Vermittlungsglied zwischen der Position oder Stellung innerhalb des sozialen Raumes und spezifischen Praktiken, Vorlieben, usw. fungiert das, was ich Habitus nenne, das ist eine allgemeine Grundhaltung, eine Disposition gegenüber der Welt, die zu systematischen Stellungnahmen führt« (Bourdieu 1992, S. 31).

Der Habitus manifestiert sich in den »Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata«, die von den jeweiligen AkteurInnen über einen langen Zeitraum und entsprechend ihrer sozialen Existenzbedingungen, ihrer sozialen Position erworben werden (Bourdieu 1987, S. 101). Er fungiert als »Erzeugungs- und Ordnungsgrundlage für Praktiken und Vorstellungen« (Bourdieu 1987, S. 98) und strukturiert folglich auch die Stellungnahmen von AkteurInnen.¹⁹ Aufgrund dieser Bedingtheit der

17 So spricht Bourdieu beispielweise von dem politischen Feld, dem ökonomischen Feld, dem wissenschaftlichen Feld, etc.

18 Bourdieu (1983b) differenziert zwischen verschiedenen Kapitalarten, darunter die Grundformen des ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals, die sich u.a. als Ressourcen, Kenntnissen oder Fähigkeiten auszeichnen und in unterschiedlichen Feldern unterschiedlich wirksam sind.

19 Aus dieser Verknüpfung von Struktur und Handlung ergibt sich ein Verständnis von AkteurInnen, deren Handlungen weniger von bewusst gewordenen Interessen als von strukturellen Umständen geleitet sind. Bourdieu

sprachlichen Äußerungen durch den lage- und gruppenspezifischen Habitus entsteht eine grundsätzliche Homologie zwischen Stellung und Stellungnahmen:

»Dieses Feld der Positionen ist methodologisch nicht vom Feld der Positionen zu trennen, die man bezieht – also von den ›Stellungnahmen‹ –, verstanden als ein strukturiertes System der Praktiken und Äußerungen der Akteure« (Bourdieu und Wacquant 1996, S. 136).

Dabei ist der »Raum der Stellungnahmen« eher durch den »Raum der Stellungen« bedingt als andersherum:

»Das Netz der objektiven Beziehungen zwischen den Stellungen begründet und leitet die Strategien, die Inhaber unterschiedlicher Stellungen in ihren Kämpfen zu Verteidigung oder Verbesserung ihrer Stellung einsetzen: tatsächlich hängen diese Strategien hinsichtlich ihrer Kraft und Gestalt von der Stellung ab, die jeder Akteur in den Kräftebeziehungen einnimmt« (Bourdieu 1997a, S. 73).

Die habitusbedingten Sichtweisen sind also abhängig von der sozialen Lage und reflektieren sich direkt in den gemachten Äußerungen. Daraus folgt auch, dass sich Eigenschaften der Stellungnahmen auf den positionsbedingten Habitus zurückführen lassen – das ist zentral für das Forschungsvorhaben in dieser Arbeit.

Die *erfolgreiche* Teilhabe an Klassifikationskämpfen ist, wie bereits angedeutet, von den Kapitalverhältnissen der AkteurInnen abhängig – insbesondere vom symbolischen Kapital, das, vereinfacht gesagt, die soziale Anerkennung innerhalb eines Feldes beschreibt. Je höher das symbolische Kapital, desto höher die Fähigkeit, Klassifizierungen erfolgreich durchzusetzen und mittels Stellungnahmen in der Öffentlichkeit zu etablieren (Bourdieu 1997b, S. 128). Ähnlich funktioniert auch das politische Kapital, das sich im politischen Feld herausbildet. Es ist »eine Art Prestige-kapital, ein symbolisches Kapital, das an die Art und Weise gebunden ist, wie eine Person wahrgenommen wird« (Bourdieu 2001, S. 52–53) und befähigt dazu, Unterstützung für eigene Sichtweisen mobilisieren zu können.²⁰

2.1.3 Organisationen als Akteurinnen – Organisationen als Felder

Bourdieu hat sich selbst nur vereinzelt der Analyse von Organisationen gewidmet; eine Ausnahme sind Äußerungen in einer empirischen Untersuchung des franzö-

richtet sich mit diesem Gedanken auch explizit gegen Theorien rationalen Handelns (Bourdieu und Wacquant 1996, S. 156–166).

²⁰ An der Ähnlichkeit zwischen symbolischem und politischem Kapital wird die Verknüpfung zwischen dem politischen Feld und symbolischen Kämpfen (Klassifikationskämpfen) deutlich – für Bourdieu ist der politische Raum zentral für Auseinandersetzungen über symbolische Herrschaftsordnungen.

sischen Immobilienmarkts (2002, S. 185–222), die nahelegen, wie Wirtschaftsunternehmen als soziale Felder begriffen werden können. An diese Überlegungen knüpft die Organisationssoziologie vereinzelt an.²¹ Grundsätzlich wird also die Möglichkeit hervorgehoben, Organisationen mit Bourdieu aus zwei Perspektiven zu analysieren: Einerseits als Akteurinnen, die untereinander ein soziales Kräfte- und Kampffeld bilden, andererseits selbst als Felder, innerhalb derer verschiedene organisationsrelevante AkteurInnen mit unterschiedlichen Kapitalverhältnissen interagieren (Dederichs und Florian 2002, S. 76–77). Emirbayer und Johnson machen, ebenfalls in Rückgriff auf Bourdieu, eine ähnliche Unterscheidung in »organizational fields« und »organizations-as-fields« (2008, S. 22–36).

Beide Verständnisse von Organisationen – als Akteurinnen und als Felder – sind insoweit miteinander verbunden, als sich organisationsinterne Akteurskonfigurationen auf die Stellung und die Stellungnahmen der Organisation im übergeordneten sozialen Feld auswirken. Mit anderen Worten: Sowohl die Position einer Organisation (Stellung) als auch ihre dominanten Äußerungen (Stellungnahmen) sind Ergebnisse intraorganisatorischer Kämpfe und Konstellationen. Denn in diesen Konflikten tragen beteiligte AkteurInnen, in Rückgriff auf ihre Kapitalverhältnisse und entsprechend ihrer Habitus, zu der Herausbildung spezifischer organisatorischer Strukturen und Strategien bei (Dederichs und Florian 2002, S. 77). Diese Dynamik schließt an Bourdieus Konzept selbstreferentieller Felder an: Die Organisation als Feld

»impliziert eine eigene Weltsicht [und] stellt insgesamt ein Milieu dar, das sich mit eigener Kodierung und eigenen Präferenzen gegenüber anderen sozialen Bereichen abgrenzt. Alle, die sich in einem Feld und in dem in ihm stattfindenden Spiel engagieren, gehen – unabhängig ob sie zu den Herrschenden oder den Beherrschten im Feld gehören – einen Konsens ein« (Diaz-Bone 2010, S. 51).

Auf diesen Konsens, auf die organisationspezifischen Merkmale rekurrieren auch die kapitalstärksten AkteurInnen, die innerhalb der Organisation die machtvollsten Positionen innehaben und ihre Organisation als korporative Führung nach außen vertreten. Zwar können sie dabei, vor allem aufgrund ihrer Besetzung der SprecherInnenpositionen, *ihren* Habitus als den *legitimen* Habitus des Organisationsfelds repräsentieren (Geiling 2013, S. 366);²² sofern sich dieser aber innerhalb der Orga-

21 Ansonsten besteht eine eher lückenhafte Rezeption Bourdieus in der Organisationsforschung; die besonders für ihr Versäumnis einer verknüpften Integration von Feld, Kapital und Habitus kritisiert wird (Dederichs und Florian 2002, S. 69–71; Swartz 2008, S. 45–47).

22 Die organisationsinternen Repräsentations- und Delegationsmechanismen werden von Bourdieu 2001, S. 13–16 und der daran anschließenden Organisationsforschung ausführlich diskutiert. Da diese intraorganisatorischen Dynamiken nicht Fokus der vorliegenden Arbeit sind (oder sein können), wie ich in 2.4 weiter erläutere, sei auf folgende ausführlicheren Auseinandersetzungen mit der Thematik hingewiesen: Swartz 2012, S. 178–181 diskutiert Delegationsmechanismen anhand Bourdieus Arbeiten zum politischen Feld. Geiling veranschaulicht diese Dynamiken an Gewerkschaftsorganisationen; sowohl theoretisch 2013, S. 369–371 als auch in einer empirischen Fallstudie über die IG Metall (Geiling et al. 2012).

nisation gebildet hat, wird er weiterhin organisationsspezifische Merkmale in sich tragen und sich entsprechend auf den Diskurs auswirken. Das bedeutet auch, dass sich bei einem Austausch der organisatorischen Führung – einer »Revolution« im Feld (Bourdieu 2001, S. 50) – die Stellungnahmen der neuen SprecherInnen weiterhin durch den fortwährenden feldspezifischen Konsens beeinflusst sein müssen.

2.2 Diskurs und Polarisierung

Bourdieus gesellschaftliche Theorie enthält keinen systematischen Diskursbegriff.²³ Dennoch kann sie konzeptionell zu diskursanalytischen Ansätzen beitragen. Bourdieus »Raum der Stellungnahmen« beispielsweise bietet einen deutlichen Ansatzpunkt für das Verständnis diskursiver Sphären. Das Forschungsparadigma der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) nach Keller (2011b) kann eine solche Verknüpfung begleiten, da es Elemente Bourdieus Theorie der Praxis übernimmt und zum Teil ähnliche methodologisch-theoretische Einflüsse hat.²⁴ Für die Forschungsperspektive der vorliegenden Arbeit ergibt sich so die Gelegenheit, nachvollziehbar zentrale diskursanalytische Begriffe und Methoden der WDA anzunehmen.

Die WDA stellt sich in die Tradition der sozialkonstruktivistischen Wissenstheorie und versucht von dort einen »Brückenschlag« zum Diskursverständnis Foucaults. Insofern geht sie, wie Bourdieu (und Foucault), von der diskursiven Konstruktion der Wirklichkeit aus: Wissen ist rückführbar auf »gesellschaftlich hergestellte symbolische Systeme oder Ordnungen, die in und durch Diskurse produziert werden« (Keller 2011a, S. 59). Ohne im Detail auf die von Keller als »Übersetzung« bezeichnete Integration der Foucaultschen Diskurstheorie in die WDA einzugehen, möchte ich die sich ähnelnden Kritiken Kellers und Bourdieus an Foucault hervorheben: Bourdieu besteht bei der Betrachtung von Stellungnahmen – einer Diskursanalyse – auf die Berücksichtigung der sie produzierenden gesellschaftlichen Strukturen:

»[D]as Feld der Stellungnahmen [lässt sich] nicht an und für sich, d.h. unabhängig vom Feld der Stellungen untersuchen [...]. [Foucault lehnt] es jedoch ab, jenseits des Feldes der Diskurse die Erklärungsgrundlage jedes der Diskurse zu suchen, die sich dort eingeflochten finden [...]. Foucault [...] verweigert sich damit jedem In-Bezug-Setzen der Kunstwerke zu den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Herstellung« (1997a, S. 76–77).²⁵

²³ Vereinzelt spricht Bourdieu von einem »univers de discours« 1982, S. 733, führt diesen Begriff jedoch nicht weiter aus.

²⁴ Auch Schmidt-Wellenburg stellt fest, dass »[d]ie Wissenssoziologische Diskursanalyse im Anschluss an Foucault und die Feldanalyse nach Bourdieu [...] aufgrund geteilter axiomatischer Basisannahmen und vergleichbaren methodologischen Vorgehens produktiv aufeinander bezogen werden [können]« 2013, S. 451.

²⁵ Bourdieu weiter: »[E]s ist unmöglich [...] aus der kulturellen Ordnung [...] ein autonomes und transzendentes System zu machen, versehen mit einem inneren Hang, sich durch eine geheimnisvolle Form der *Selbstbewegung*

Die von Keller vorgenommene Integration von AkteurInnen in den Analyserahmen der WDA entspricht diesem von Bourdieu geforderten Blickwinkel:

»[Die Übersetzung Foucaultscher Konzepte in das Programm einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse] muss die bei Foucault angelegten handlungstheoretischen Elemente stärker betonen, als er selbst dies getan hat. Erst durch den Einbau spezifischer Akteurskategorien lässt sich ein soziologisch plausibles Verständnis des Verhältnisses von Diskursen und diskursiven Ereignissen, von Diskursen als strukturierenden und strukturierten Strukturen gewinnen« (Keller 2011b, S. 150).

Der Diskurs, als »[e]ine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen« (Keller 2011b, S. 234), wird so systematisch auf seine Einbettung in gesellschaftliche Kontextlagen zurückbezogen. Nicht allein die diskursiven Äußerungen stehen im Fokus der WDA, sondern die Umstände der Diskursproduktion, die Regeln und Ressourcen, die AkteurInnen in ihrer Konstruktion und Legitimation von Wissen leiten, sowie die jeweiligen gesellschaftlichen Konstellationen, in denen um Sinn gestritten wird (Keller 2011a, S. 61).

In dieser Verschränkung von Diskurs und Diskursformation ist die Entstehung von Polarisierung zu verorten. Zunächst ist ein räumliches Verständnis von Polarisierungsprozessen, wie das McAdams, Tarrow und Tillys²⁶, treffend übertragbar auf Bourdieus »Raum der Stellungnahmen«, oder, mit Keller gesprochen, auf das diskursive Feld – der »Arena, in der verschiedene Diskurse um die Konstitution bzw. Definition eines Phänomens wetteifern« (2011b, S. 234). Polarisierende Konstellationen in beiden Räumen, dem der objektiven Stellungen und dem der diskursiven Stellungnahmen bedingen sich dann gegenseitig.²⁷ Mit Bourdieu lässt sich insbesondere der Einfluss von polarisierten Akteurskonstellationen im »Raum der Stellungen« auf das diskursive Feld erfassen: Die in Klassifikations- und Deutungskämpfe verstrickten AkteurInnen handeln entsprechend ihres positionsspezifischen Habitus, durch dessen Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata sie einen Diskurs (re)produzieren, der seinen Gegendiskursen womöglich diametral entgegensteht. Polarisierung zwischen Diskursen drückt sich auf dieser Ebene beispielsweise in ihrer disparaten inhaltlichen und symbolischen Differenz oder durch die ihnen innewohnenden Distinktionsstrategien aus. Das Polarisierungspotential einer diskursiven Äußerung ist dabei abhängig von den Strukturen der Deutungen, die sie transportiert, wie ich im Folgenden weiter expliziere.

zu verändern, die ihre Grundlage, wie bei Hegel, allein in inneren Widersprüchen findet« (Bourdieu 1997a, S. 77, Hervorhebung im Original). Für einen Vergleich der Wissensbegriffe Bourdieus und Foucaults siehe auch Kajetzke (2008).

²⁶ McAdam, Tarrow und Tilly verstehen Polarisierung als »[the] widening of political and social space between claimants in a contentious episode and the gravitation of previously uncommitted or moderate actors toward one, the other, or both extremes« 2001, S. 322.

²⁷ Die Wirkung von Diskursen materialisiert oder institutionalisiert sich (im Anschluss an Foucault) in Dispositiven, also beispielsweise Statistiken, Gesetzen oder Messgeräten (Keller 2011b, S. 234–235).

2.3 Habitus, Rahmen, Deutungsmuster

Zwischen dem Habitus und wissenssoziologischen Begriffen wie Rahmen (auch »frame«) und Deutungsmuster lässt sich eine deutliche konzeptionelle Ähnlichkeit feststellen.²⁸ Der Rahmen-Begriff geht auf Goffman zurück, der für Bourdieus Herleitung des Habitus-Konzepts eine wichtige Inspirationsquelle war.²⁹ Goffman nimmt an, dass AkteurInnen »gemäß gewissen sozialen Ordnungsprinzipien für Ereignisse – zumindest für soziale – und für [ihre] persönliche Anteilnahme an ihnen, Definitionen einer Situation aufstellen« (1977, S. 19). Diese Definitionen nennt er Rahmen, die demzufolge als kognitive Einordnungen fungieren, auf deren Grundlage AkteurInnen verstehen, interpretieren, agieren und sich präsentieren. Wie für Goffman vollzieht sich soziale Praxis auch für Bourdieu im Wesentlichen auf der Grundlage dieser Rahmungsprozesse (bzw. der Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata des Habitus).³⁰ Für Bourdieu ist die den Praktiken inhärente Sinnkonstruktion – und das unterscheidet ihn von Goffman – jedoch stets an die soziale Strukturierung sowie an die Bestätigung oder Infragestellung von Herrschaftsverhältnissen gekoppelt.

Die WDA arbeitet indes mit dem wissenssoziologischen Begriff der Deutungsmuster, der sich in seinem Bedeutungsinhalt vom Rahmenbegriff nicht signifikant unterscheidet: Deutungsmuster werden als im kollektiven Wissensvorrat vorhandene und vorstrukturierte Wissensschemata verstanden, die Deutung und Einordnung eines bestimmten Phänomens ermöglichen und »sich in konkreten sprachlichen Äußerungen manifestieren« (Keller 2011b, S. 240). Mit ihrer Konzeption der Deutungsmusteranalyse wird die WDA einem ihrer Ansprüche – der konzeptionellen Integration des Diskurskontexts in den Analyserahmen – gerecht. Sie analysiert die Deutungsmuster nicht alleinstehend, sondern bezieht die Struktur der Deutungen auf »die Prozesse ihrer Formung, Verhandlung und Transformation durch soziale Akteure, die in ihrer Diskurspraxis in institutionell-organisatorische Felder und symbolische Kämpfe eingebunden sind« (Keller 2011b, S. 243). So werden Aktualisierungen und Veränderungen von Deutungsmustern beispielsweise immer

28 Reckwitz unterstreicht die deutliche Bedeutungsnahe zwischen kultursoziologischen Begriffen (darunter die Bourdieus und Goffmans), die verwendet werden, »um die strukturierte Wissensordnung, mit der die Handelnden ihre Wirklichkeit organisieren, zu umschreiben: Unterscheidungssysteme und symbolische Ordnungen (Lévi-Strauss), Habitus-schemata (Bourdieu), Wissenscodes (Foucault), Typisierungen und Deutungsschemata (Schütz), Frames (Goffman), kulturelle Modelle (Geertz) oder Hintergrundwissen und qualitative Unterscheidungen (Taylor)« (2000, S. 149). Auch Husu konstatiert, dass Habitus und Rahmen ähnliche Konzepte sind (2013, S. 272).

29 Bourdieus Wertschätzung für Goffmans Ansatz des Erfassens von individuellen Verhaltensmustern im Alltäglichen verdeutlicht sich auch in seinem Nachruf anlässlich Goffmans Todes – er bezeichnet ihn in diesem Zusammenhang anerkennend als »Entdecker des unendlich Kleinen« (1983a, S. 112).

30 Willems beschreibt diese gemeinsame Ausrichtung wie folgt: »Praxis ist immer auch eine strategische Kognitions- und Darstellungsleistung, Arbeit von Subjekten, die in der Lage, gezwungen und geneigt sind, in »Spielen« und mit »Spielen« zu »spielen«. Aus dieser Perspektive ergibt sich das programmatische Ziel, das sich Bourdieu und Goffman in ihren so unterschiedlich weitreichenden Theorierahmen übereinstimmend gesetzt haben, nämlich symbolische Ordnungen einerseits und strategische Spielräume, Subjektivitäten und (Inter-)Aktionen andererseits als zwei Seiten einer Medaille zu betrachten« (1997, S. 218).

auf den situativen Kontext, d.h. auf Ereignisse und Konstellationen zwischen den beteiligten AkteurInnen, zurückbezogen (Keller 2011b, S. 237). Im Anschluss an Bourdieu betrifft diese Kontextualisierung eben auch den Habitus, der für die diskursiven Konstruktionsleistungen im Klassifikationskampf eine generative, vorgelegte Funktion hat. Er prägt die Stellungnahmen durch die ihm innewohnenden Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, die sich dann in den Deutungsmustern der sprachlichen Äußerungen widerspiegeln.

Zu Forschungszwecken ist eine weiterreichende Operationalisierung von Deutungsmustern hilfreich. Dazu bietet sich die häufig verwendete Herangehensweise Entmans (1993) an. Eine Operationalisierung nach Entman ist auf soziale Probleme ausgerichtet, d.h. Deutungsmuster gelten nur als solche, wenn sie die in einem öffentlich geführten Diskurs getroffenen Aussagen *über gesellschaftliche Probleme* strukturieren. Diese Orientierung an sozialen Problemen kann mit Bourdieus Konzeption der Klassifikationskämpfe korrespondieren: Durch die öffentliche Darstellung bestimmter gesellschaftlicher Zustände als mangelhaft, kommunizieren AkteurInnen zwangsläufig ihre eigenen Vorstellungen einer legitimen sozialen Ordnung.³¹ Insbesondere in Umbruchsituationen werden bestimmte soziale Sachverhalte als Fehlentwicklungen konstruiert oder Vorschläge politischer GegnerInnen als defizitär diffamiert, um eigene alternative Sichtweisen auf die soziale Ordnung als legitim zu etablieren und die gesellschaftliche Transformation so zu beeinflussen.

Mit Entman lassen sich Deutungsmuster in vier Elemente aufgliedern (*Tabelle 1*).³² Eine solche Aufgliederung erhöht die Vergleichbarkeit von Deutungsmustern und vereinfacht das Aufzeigen ihrer Veränderungen.³³ Die Aufgliederung folgt der Annahme, dass sich aus den einzelnen Deutungsmusterelementen ein zusammenhängendes, beständiges (aber nicht notwendigerweise logisches oder rationales) Muster ergibt, das sich über eine Vielzahl der diskursiven Äußerungen einer Akteursgruppe erstreckt (Jecker 2014, S. 25–26). Ein großer Teil der theoretischen Reflexion und methodischen Entwicklung Entmans Forschungsprogramms findet seit einigen Jahren in den Medien- und Kommunikationswissenschaften statt. Im Anschluss an diese Arbeiten wurden die einzelnen Deutungsmusterelemente operationalisiert.

31 Dementsprechend sind die Diskurse im Klassifikationskampf immer öffentliche Diskurse. Denn nur in einer massenmedial vermittelten Öffentlichkeit und durch die Einbeziehung aller Betroffenen erhält die im Diskurs verhandelte Legitimität Gültigkeit (Moussa Nabo 2015, S. 43; Keller 2011b, S. 235).

32 Arbeiten, die sich an Entman orientieren, beziehen sich dabei auf die folgende Beschreibung des Rahmungsprozesses: »To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described« (Entman 1993, S. 52, Hervorhebung durch den Verfasser).

33 Darüber hinaus erleichtert die Aufgliederung in einzelne Deutungsmusterelemente die im Forschungsprozess von ForscherInnen zu treffenden Entscheidungen über Relevanz und Irrelevanz. So kann das Forschungsprojekt an intersubjektiver Nachprüfbarkeit gewinnen.

Tabelle 1: Operationalisierung von Deutungsmustern

Deutungsmusterelement	Kriterien zur Identifizierung
Problemdefinition (E1)	<ul style="list-style-type: none"> • Was ist das Problem und warum ist es relevant? Wie wird das Problem bezeichnet? • Auch das Leugnen oder Negieren eines Problems kann in der Problemdefinition erfasst werden.
Problemursache (E2)	<ul style="list-style-type: none"> • Auch das Leugnen oder Negieren eines Problems kann in der Problemdefinition erfasst werden. • Sowohl AkteurInnen als auch Situationen können als Problemursache gelten.
Problemintervention (E3)	<ul style="list-style-type: none"> • Wie soll das Problem gelöst werden? • Neben spezifischen Lösungsmaßnahmen können zusätzlich AkteurInnen für deren Umsetzung genannt werden.
Bewertung (E4)	<ul style="list-style-type: none"> • Wie wird das Problem (moralisch) bewertet? • Das Problem kann sowohl positiv als auch negativ bewertet werden – in verschiedenen graduellen Abstufungen.

Quelle: Eigene Darstellung nach Entman (1993, S. 52), Jecker (2014, S. 248) und Matthes (2007, S. 134–136)

Aus dieser Operationalisierung ergeben sich auch Potentiale für die Untersuchung der Einbindung von Stellungnahmen in Polarisierungsprozesse. Zunächst gehe ich davon aus, dass die Verantwortungszuschreibung eines sozialen Problems auf eine spezifische Akteursgruppe, zu einem polarisierenden Diskurs führt. Im Deutungsmusterelement E2 können beispielsweise explizite Anschuldigungen gegenüber bestimmten AkteurInnen erfasst werden. Der wiederholte Rückgriff auf Kategorisierungen, auf Eigen- und Fremdetikettierungen oder Identitätsmarker (Keller 2011a, S. 104), kann sich ebenfalls in den Deutungsmusterelementen manifestieren und so als Polarisierungsmechanismus wirken (Tilly 2001, S. 572).³⁴ Diese Dynamik ist auf einer abstrakteren Ebene auch an Klassifikationen im Sinne Bourdieus anschlussfähig; als Kategorisierungen tragen jene dazu bei, gesellschaftliche AkteurInnen voneinander zu entzweien und eine, einer binären Logik folgenden, diskursiven Polarisierung hervorzurufen oder zu verstärken.

³⁴ Tilly bezeichnet diesen idealtypischen Mechanismus als »category formation« (2001, S. 572).

2.4 Zwischenfazit I: Forschungsperspektive und Einschränkungen

Die in der vorliegenden Arbeit entwickelte Forschungsperspektive auf Polarisierungsprozesse in Umbruchphasen (überblicksartig dargestellt in Tabelle 2) kann die an frame-analytische oder prozessbasierte Ansätze gerichtete (und im Forschungsstand diskutierte) Kritik, sie würden in ihren Analysen strukturelle Faktoren vernachlässigen, umgehen. Dennoch teile ich Bourdieus Absage an einen »Interaktionismus«, an eine »Spontantheorie des Handelns« (1979, S. 150) nicht in dieser Schärfe. Stattdessen werden die Interaktionen zwischen AkteurInnen und die Situationen, in denen sie sich befinden, als Bestandteile der Diskursformation in die Analyse integriert und als mögliche Ursache für Deutungsverschiebungen anerkannt. Nichtsdestotrotz sollte jedoch vor allem klar geworden sein, dass dem Forschungsansatz McAdams, Tarrows und Tillys – »rather than seek the structural causes of contention, we look instead for the mechanisms and processes that [...] polarized the contenders« (2001, S. 330) – nicht entsprochen wird.

Tabelle 2: Zentrale Aspekte der Forschungsperspektive

Forschungsperspektive auf Polarisierung in politischen Umbruchsituationen
<ul style="list-style-type: none"> • Politische Umbrüche sind Phasen, in denen eine Vielzahl politischer AkteurInnen in das öffentliche Diskursfeld eintritt, um ihre spezifischen Sichtweisen als legitime symbolische Ordnungsvorstellungen zu etablieren und so bestehende Herrschaftsverhältnisse entweder zu stabilisieren oder infrage zu stellen. Der Erfolg dieser Praxis ist von ihrer Feldposition, d.h. ihren relativen Kapitalverhältnissen bestimmt.
<ul style="list-style-type: none"> • Polarisierungsprozesse zwischen AkteurInnen drücken sich in diesem Kontext insbesondere durch diametral entgegengesetzte Diskurse aus, also durch strukturierte Systeme polarisierend wirkender sprachlicher Äußerungen.
<ul style="list-style-type: none"> • Die Eigenschaften der sprachlichen Äußerungen, oder Stellungnahmen, sind rückführbar auf die soziale Position ihrer ProduzentInnen. Die Vermittlung wird durch die Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata des vorgelagerten Habitus geleistet.
<ul style="list-style-type: none"> • Für Organisationen wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahmen ihrer korporativen Führung stets auf organisationspezifische Merkmale rekurren und Produkt organisationsinterner Herrschaftsverhältnisse sind.
<ul style="list-style-type: none"> • Deutungsmuster sind konsistente Aussagenfiguren über soziale Probleme. In ihnen lässt sich das Polarisierungspotential eines Diskurses identifizieren, insbesondere mittels Verantwortungszuschreibungen gegenüber anderen AkteurInnen sowie damit einhergehender Kategorisierung und Selbstabgrenzung.
<ul style="list-style-type: none"> • Mittels einer Deutungsmusteranalyse lassen sich die Auswirkungen der vom Habitus bedingten Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata auf sprachliche Äußerungen nachvollziehen. Gleichzeitig werden die Umstände der Diskursformation in die Analyse integriert.

Quelle: Eigene Darstellung

Angesichts der Breite der umrissenen Forschungsperspektive nehme ich entsprechend der forschungsleitenden Fragestellung mehrere Einschränkungen für den empirischen Teil der vorliegenden Arbeit vor: Aus forschungspragmatischen Gründen kann ich keine vollständige Analyse des tunesischen politischen Felds leisten, die alle relevanten AkteurInnen und entsprechende Kapitalverhältnisse und Habitus aufzeigt. Stattdessen untersuche ich ausschließlich den Diskurs und die Feldposition der UGTT. Organisationsinterne Kämpfe und Übereinkünfte, obgleich ihrer zentralen Bedeutung für den Diskurs der korporativen Führung der UGTT, werden in der Analyse nicht systematisch berücksichtigt, sondern nur vereinzelt in Betracht gezogen. Ich lege in der Deutungsmusteranalyse insofern auch keinen Fokus auf mögliche vertikale Diskursunterschiede der Organisation, sondern fokussiere mich in der Diskursanalyse auf den *offiziellen* Diskurs der UGTT. Für die einzelnen Phasen des Untersuchungszeitraums kann keine vollständige feldanalytische Rekonstruktion, z.B. anhand der Entwicklung der Kapitalverhältnisse, geleistet werden (wie Bourdieu es empfehlen würde). Stattdessen erfolgen eine Nachzeichnung einzelner Ereignisse und Entwicklungen sowie eine Einschätzung des Einflusses, den diese auf das symbolische bzw. politische Kapital der UGTT gehabt haben.

3 Methodisches Vorgehen

Im folgenden Abschnitt diskutiere ich zunächst das für die Deutungsmusteranalyse zusammengestellte Quellenkorpus, beschreibe meine Analysevorgänge und reflektiere abschließend den Einfluss meiner eigenen Position auf das Forschungsprojekt. Ich beziehe mich dabei im Wesentlichen auf die methodische Ausrichtung der WDA.

3.1 Zusammenstellung, Gliederung und Kritik des Quellenkorpus

Die Bildung eines Quellenkorpus stellt ForscherInnen vor Geltungs- und Grenzziehungsprobleme, denn das ausgewählte Material muss stets mit der jeweiligen Fragestellung des Forschungsvorhabens übereinstimmen (Keller 2011a, S. 79–80). Vor dem Hintergrund meines Forschungsinteresses an dem öffentlichen Diskurs der tunesischen Gewerkschaftsorganisation UGTT, ergab sich folglich eine Fokussierung auf die Äußerungen der offiziellen gewerkschaftlichen SprecherInnen und MandatsträgerInnen. Diese Grenzziehung entspricht der im theoretischen Rahmen entwickelten Annahme, dass der öffentlich wirksame, massenmedial vermittelte Diskurs einer Organisation hauptsächlich von ihrer korporativen Führung beeinflusst wird. So kommt den führenden VertreterInnen eine wesentlich höhere journalistische Aufmerksamkeit zu als den rangniedrigen Organisationsmitgliedern.

Aufgrund meiner sprachlichen Kompetenzen kamen arabischsprachige Medien für die Datenauswahl nicht in Betracht. Stattdessen arbeitete ich hauptsächlich mit Pressearchiven und einzelnen Datenbanken frankophoner tunesischer und französischer Zeitungen, um in diesen textförmige Äußerungen ranghoher UGTT-Mitglieder zu identifizieren.³⁵ Im relevanten Untersuchungszeitraum suchte ich anhand des Stichworts »UGTT« und prüfte die Suchergebnisse auf Stellungnahmen gewerkschaftlicher Mitglieder. Es qualifizierten sich nur solche Beiträge für eine Aufnahme in das Quellenkorpus, die eine direkte Äußerung in Form eines unveränderten Zitats oder eines Interviewprotokolls enthielten. Indirekte oder zusammengefasste Zitate wurden nicht berücksichtigt. Dementsprechend sind die Äußerungen entweder in Interviews und Gesprächen mit JournalistInnen oder in einem öffentlichen Kontext entstanden (beispielsweise auf Demonstrationen, in Pressekonferenzen oder in offiziellen Veröffentlichungen). Sofern eine gewerkschaftliche Führungsposition der SprecherInnen nicht offensichtlich war, wurde die Aussage zwar als Hintergrundinformation archiviert, jedoch nicht in das letztlich analysierte Quellenkorpus aufgenommen. Einige wenige englischsprachige und deutschsprachige Interviews, meist durchgeführt von AkteurInnen aus dem europäischen gewerkschaftlichen Feld, wurden ebenfalls berücksichtigt. Letztlich

³⁵ Besonders hilfreich war dabei das Pressearchiv *Europresse.com*. Der Zugang zu dieser Datenbank der meisten gängigen frankophonen Zeitungen wurde mir durch die *Bibliothèque de l'Alcazar* in Marseille ermöglicht.

enthielt das Quellenkorpus 178 Dokumente (Zeitungsartikel, Interviews) mit relevanten, d.h. problemorientierten gewerkschaftlichen Äußerungen.

Das Quellenkorpus wurde in drei Phasen eingeteilt, sortiert und entsprechend analysiert. Die erste Phase beginnt am 08.01.2011, als sich die UGTT-Führung in einer öffentlichen Stellungnahme gegen die staatliche Repression von DemonstrantInnen stellte. Die zweite Phase beginnt mit den Wahlen zur ANC am 23.10.2011 und markiert den Wandel al-Nahdas zu einer demokratisch legitimierte Akteurin im politischen Feld. Die dritte Phase beginnt am 25.07.2013, dem Todestag Muhammad Brahmis. Das Attentat auf den Oppositionspolitiker stürzte Tunesien in eine schwere politische Krise, für deren Auflösung die Vermittlungsinitiativen der UGTT eine wesentliche Bedeutung hatten. Die dritte Phase endet mit dem 27.01.2014, dem Tag der Verfassungsverabschiedung und dem vorläufigen Abschluss der konstitutionellen Institutionalisierungsphase. Meine dieser Einteilung zugrundeliegende Überlegung war, dass sich die politischen Verhältnisse und Akteurskonstellationen in den einzelnen Phasen so weit unterscheiden, dass sich eine unterschiedliche Nuancierung der Deutungsmuster oder sogar grundlegende Veränderungen einzelner Deutungsmusterelemente ergeben.³⁶

Das Quellenkorpus und seine Bildung müssen aus verschiedenen Beweggründen an mehreren Stellen problematisiert werden. Zunächst ergibt sich aufgrund des Rückgriffs auf überwiegend frankophone Veröffentlichungen ein spezifischer Ausschnitt des Diskurses der UGTT. Näherliegende Datenquellen innerhalb der arabischsprachigen tunesischen Medienlandschaft konnten nicht berücksichtigt werden.³⁷ Dennoch wurde eine Vielzahl der Äußerungen, die Aufnahme in das Quellenkorpus erlangten, ursprünglich in der arabischsprachigen Öffentlichkeit getätigt und erst anschließend ins Französische übersetzt. Die arabischsprachige Öffentlichkeit und die frankophone Öffentlichkeit existieren insofern nicht hermetisch voneinander getrennt, sondern sie sind zu einem gewissen Grad »intertextual« miteinander verbunden. Nichtsdestotrotz gehe ich weiterhin von Eigenheiten und Spezifika der frankophonen Berichterstattung aus.³⁸

Daran anschließend kann aufgrund der Art der Datenquelle – also massenmedial verbreitete Äußerungen – die Beeinträchtigung des Diskurses durch journalistische Rezeptionsebenen nicht ausgeschlossen werden. Mittels Hervorhebung und Selektion bestimmter Äußerungen und der Außerachtlassung anderer, nehmen JournalistInnen (geleitet durch eigene Deutungsmuster) Einfluss auf die Darstellung des öffentlichen UGTT-Diskurses. Dieses Problem kann durch vollständig ab-

36 Dabei muss jedoch weiterhin davon ausgegangen werden, dass sich Deutungspraktiken womöglich nicht schlagartig, sondern graduell entwickeln und sich auch schon innerhalb einer Phase transformieren können.

37 Eine äußerst geeignete Datenquelle wären z.B. die Transkriptionen arabischsprachiger tunesischer Radiosender (wie *Shems FM* oder *Mosaïque FM*) gewesen, auf denen GewerkschafterInnen regelmäßig zu Wort kommen und aktuelle Ereignisse kommentieren.

38 Eine Explikation der Unterschiede zwischen der arabisch- und der französischsprachigen Öffentlichkeit müsste vergleichend hergestellt werden.

gedruckte, extensive Interviews sowie einer Vielfalt an verschiedenen Medienquellen teilweise relativiert werden.

In Anbetracht der kolonialen Vergangenheit sind dann die Interaktionen zwischen gewerkschaftlichen SprecherInnen und französischen JournalistInnen von noch höherer Brisanz. Für das Quellenkorpus kann nicht ausgeschlossen werden, dass bestimmte gewerkschaftliche Äußerungen direkt gegenüber französischen JournalistInnen (und womöglich auf Französisch) getätigt wurden. Bei Interviews, die in französischen Zeitungen veröffentlicht wurden, ist dies mitunter der Fall. Aufgrund der zentralen Rolle, die Sprache als koloniales Herrschaftsinstrument einnahm und des fortwährenden Einflusses kolonialer Denkmuster in postkolonialen Kontexten, erfordert die Analyse der Diskursformation in diesen Entstehungskontexten besondere Aufmerksamkeit. In den Worten Bourdieus:

»[W]enn ein Franzose mit einem Algerier oder ein schwarzer Amerikaner mit einem WASP spricht, dann sind das nicht einfach zwei Personen, die miteinander reden, sondern, über sie vermittelt, die ganze Kolonialgeschichte oder die ganze Geschichte der ökonomischen, politischen und kulturellen Unterdrückung der Schwarzen (oder Frauen, Arbeiter, Minoritäten usw.) in den Vereinigten Staaten« (Bourdieu und Wacquant 1996, S. 178).

Die systematische Berücksichtigung dieser und anderer in materiellen Kommunikationskontexten verankerten Machtverhältnisse ist in dieser Arbeit jedoch kaum zu bewerkstelligen.

3.2 Kodierungsvorgang und Feinanalyse

Die diskursanalytische Rekonstruktion der Deutungsmuster wurde durch die Verknüpfung einzelner relevanter Textstellen mit einem oder mehreren Deutungsmusterelementen geleistet.³⁹ Zunächst näherte ich mich einem Teil des Quellenkorpus in einem offenen Kategorisierungsprozess (Keller 2011a, S. 106), d.h. einzelnen, auch sehr kurzen Textpassagen innerhalb der kodierrelevanten Aussagen – also den Aussagen, die auf ein soziales Problem in der tunesischen Umbruchphase Bezug nehmen – wurden thematische Titel oder Paraphrasierungen zugeordnet. Dabei beschränkte ich mich vorübergehend auf den ersten der drei Untersuchungszeiträume. In einem zweiten Schritt verknüpfte ich die verschiedenen Codes, nahm Umbenennungen vor und näherte mich so abstrakteren Kategorien.⁴⁰ In den meisten Fällen wurden Kodierungen bereits an dieser Stelle entsprechend der einzelnen Deutungsmusterelementen (Problemdefinition, Problemursache, Probleminter-

39 Für den gesamten Kodierungsvorgang nutzte ich das Computerprogramm MAXQDA.

40 MAXQDA erlaubte mir dabei gesamte Gruppen von Kodierungen zwischen den verschiedenen Deutungsmusterelementen zu verschieben. So konnte ich im Kodierungsverlauf immer wieder Anpassungen vornehmen.

vention, Bewertung) gruppiert (Matthes 2007, S. 305–306). Ich verknüpfte Deutungsmusterelemente immer dann, wenn sie in Verbindung mit dem gleichen Problem auftauchten.⁴¹ Den gesamten Prozess wiederholte ich für die beiden anderen Untersuchungszeiträume und integrierte schrittweise noch zusätzliche Äußerungen des Quellenkorpus, deren Aussagelemente ich dank der bereits etablierten Kategorien recht zügig zuordnen konnte.

Für die Feinanalyse der Daten fokussierte ich mich erstens auf den Kontext des Aussageereignisses. Dafür integrierte ich sowohl jüngere Entwicklungen und Ereignisse in Tunesien als auch die unmittelbare Situiertheit der Aussage (Informationen über die jeweiligen SprecherInnen und ihre spezifische Position innerhalb der UGTT sowie Merkmale der Rede- oder Schreibsituation) in die Analyse (Keller 2011a, S. 99–100). Zweitens waren auch die verwendeten sprachlichen Mittel Teil der Feinanalyse. Für die Einschätzung des Polarisierungspotentials war es beispielsweise hilfreich polemisierende oder emotionalisierende Darstellungen zu identifizieren (Keller 2011a, S. 100–101). Meine Schlussfolgerungen der Feinanalyse werden in der Ergebnispräsentation anhand illustrativer Äußerungen dargestellt.

3.3 Selbstreflexion

Die in der Theorie der Praxis entwickelte, von Bourdieu als »praxeologisch« bezeichnete Logik schließt das wissenschaftliche Feld nicht aus. So muss auch die Position des wissenschaftlich Forschenden als nur ein Standpunkt unter vielen begriffen werden. Übertragen auf die diskursanalytische Praxis erfordert diese Einsicht die Anerkennung der Tatsache, dass in Diskursanalysen getroffene Aussagen lediglich Stellungnahmen in einem übergeordneten Diskurs sind – sozusagen in einem »Diskurs über Diskurse« (Keller 2011a, S. 65, Hervorhebung im Original). Insofern halte ich die Bemühungen der medien- und kommunikationswissenschaftlichen Rahmenforschung, methodisch so transparent wie möglich zu arbeiten, zwar im Hinblick auf die intersubjektive Nachprüfbarkeit für förderlich. Meiner Meinung nach sind sie, entgegen der Annahme des Forschungsbereichs, jedoch nicht im Stande, den Einfluss sogenannter »Forscher-Frames« (Matthes 2007, S. 64), der positionsbedingten Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata des Forschenden, zu vermeiden. In meinem Fall lässt sich diese Problematik auch an den Rezeptionsunterschieden zwischen den ursprünglichen Adressaten des UGTT-Diskurses (in den meisten Fällen eine tunesische Öffentlichkeit) und mir selbst als externen, diskursanalytisch Forschenden veranschaulichen. Abweichende »kulturelle Kompetenz« resultiert letztlich in einer Vielzahl verschiedener Bedeutungsmöglichkeiten, die bei unterschiedlichen RezipientInnen entstehen (Donati 2011, S. 180). Die vorliegende Arbeit ist dementsprechend als eine *spezifische* Lesart des gewerkschaftlichen Diskurses in Tunesien zu beurteilen, die so weit *wie möglich* versucht, plausible Aussagen über dessen Deutungen zu treffen.

41 Dabei reicht es laut Entman aus, wenn mindestens zwei Elemente eines problembezogenen Deutungsmusters regelmäßig in Erscheinung treten (Matthes 2007, S. 152–153).

4 Stellung der UGTT zwischen Opposition und Kooperation

Im Anschluss an das Verständnis von Deutungsmustern als im soziostrukturellen Kontext herausgebildete, tradierte Wissensschemata, gehe ich im Folgenden auf die historischen Positionsveränderungen der UGTT im politischen Feld Tunesiens ein. So werden Hinweise auf mögliche Spezifika des gewerkschaftlichen Felds gewonnen, die sich sowohl in internen Kämpfen als auch in Auseinandersetzungen mit anderen politischen AkteurInnen konstituierten und auf Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata auswirken konnten. Das Kapitel geht dabei weitestgehend chronologisch vor. Hervorgehoben werden, neben der Einbindung der UGTT in die Regime Burqibas und Bin 'Alis, die Positionierung gegenüber »islamistischen« AkteurInnen sowie die jüngeren organisationsinternen Dynamiken und Brüche.

4.1 Einbindung in die Herrschaftsstruktur unter Burqiba und Bin 'Ali

Die funktionale Integration der UGTT in die Herrschaftsstruktur unter al-Habib Burqiba (und später unter Bin 'Ali) ist aus einer historischen Perspektive auf ihre zentrale Rolle in der Unabhängigkeitsbewegung gegen die französische Kolonialherrschaft zurückzuführen. Zum Zeitpunkt der Gründung der UGTT unter der Ägide Farhat Hashads 1946 – zehn Jahre vor der Entstehung des postkolonialen tunesischen Staates – waren viele Gewerkschaftsmitglieder bereits stark im nationalen Unabhängigkeitskampf involviert.⁴² Die Logik der kolonial durchwirkten sozialen Stratifizierung hatte eine enge Verknüpfung und personelle Kongruenz zwischen ArbeiterInnen- und nationaler Bewegung bewirkt: Nicht nur die politischen, sondern auch die ökonomischen Eliten stammten größtenteils aus dem Ausland und waren in die koloniale Herrschaft integriert. Der Kampf der ArbeiterInnen erhielt so zwangsläufig eine nationale Dimension (Bellin 2002; Ruf 1983; Plum 1962). Die Neo-Dustur-Partei unter Burqiba, führende Kraft im Kampf gegen die französische Protektormacht und in eher wohlhabenderen Schichten situiert, hatte an der gewerkschaftlichen Emanzipation mitgewirkt, dabei aber stets eine antikolonialistische statt einer klassenkämpferischen Orientierung eingefordert.⁴³

Die gewerkschaftliche Positionierung innerhalb der nationalen Bewegung ermöglichte der UGTT – trotz eines zahlenmäßig vergleichsweise schwachen

⁴² Zuvor waren gewerkschaftliche Organisationsinitiativen (1924 und 1937) nach kurzer Zeit durch das französische Kolonialregime aufgelöst worden. Die Gelegenheitsstrukturen der 1940er Jahre hatten sich jedoch, u.a. durch die zunehmende Schwäche des ab 1940 in Tunesien eingesetzten Vichy-Regimes, derart verändert, dass die Gründung zwei regionaler Gewerkschaften möglich wurde. Jene konnten sich 1946 schließlich unter einem nationalen gewerkschaftlichen Dachverband, der UGTT, zusammenfassen.

⁴³ Die folgende Äußerung Burqibas, 1936 in der Parteizeitung *l'Action Tunisienne* veröffentlicht, verdeutlicht das besondere Verständnis von Gewerkschaften im antikolonialen Unabhängigkeitskampf: »Unions in Tunisia [...] by no means reflect the class struggle. They rather reflect [the] workers' and employers' need to unite in order to succeed in defending themselves against evils to which they are equally subjected and against foreign competition, which [crushes] them indistinctly« (zitiert in Amami 2013, S. 29).

tunesischen ArbeiterInnenmilieus – eine breite gesellschaftliche Unterstützungsbasis zu erringen und ihre politische Legitimität zu erhöhen (Bellin 2002, S. 91–92). Sie organisierte Streiks und Demonstrationen gegen die französische Protektormacht, beteiligte sich an den bewaffneten Zusammenstößen und übernahm zentrale organisatorische Aufgaben, als die Neo-Dustur zunehmend in den Untergrund gedrängt wurde. Die Stellung der UGTT in der nationalen Bewegung war demnach so zentral, dass sie auch in der tunesischen Staatsbildung zu einer der zentralen AkteurInnen wurde; »[the UGTT] was ultimately cast in the role of ›king-maker‹, serving as one of Tunisia's primary interlocutors in the Franco-Tunisian negotiations that led to independence in 1956« (Bellin 2002, S. 91). Zu dieser Wahrnehmung führte auch die mit Hilfe der UGTT erreichte Marginalisierung Burqibas Erzrivalen Salah bin Yusaf auf dem Parteitag 1955, die Burqiba die Behauptung seiner Führungsrolle in der nationalen Bewegung ermöglichte (Ruf 1983, S. 1121).

Der UGTT kam eine Schlüsselposition zur Erringung Burqibas angestrebten politischen Machtmonopols zu – trotz dessen eigenen politischen Gewichts. Nach der Unabhängigkeit war die UGTT im Vergleich zu der durch koloniale Repression geschwächten Neo-Dustur weitaus gefestigter und organisierter (wenngleich ihre Ikone Hashad bereits 1952 unter französischer Beteiligung ermordet wurde). Zwischen 1956 und 1970 wurde somit die Integration und sukzessive Kontrolle der Gewerkschaftsorganisation zu einem tragenden Element der Herrschaftskonsolidierung Burqibas. Unmittelbar nach Staatsgründung berief Burqiba zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder in die Nationale Versammlung und in das ministeriale Regierungskabinett. Die politische Einbindung der Gewerkschaft führte jedoch nicht zu einer Stärkung der Organisation im Gesamten, sondern verbesserte nur zeitweise die Positionen Einzelner innerhalb des Regimes (Erdle 2010, S. 208). So konnte Burqiba beispielsweise, auch durch die deutliche (und von ihm zu diesem Zweck geförderte) personelle Überlagerung zwischen der Gewerkschaft und der Neo-Dustur, verschiedene Generalsekretäre der UGTT absetzen, sobald sie seine Position bedrohten (Bellin 2002, S. 92–96): Ahmad bin Salah, der zuvor eine Zusammenführung der Gewerkschaft und der Staatspartei vorgeschlagen hatte, wurde 1956 von dem Posten des UGTT-Generalsekretärs entfernt. Sein Nachfolger Ahmad al-Tlili forderte die Möglichkeit der Demokratisierung und verlor seinen Posten 1963. Al-Habib 'Aashur wollte die vom IWF vorgeschlagene Abwertung des tunesischen Dinars nicht ohne Lohnerhöhungen für ArbeiterInnen akzeptieren und musste 1965 sein Amt aufgeben (Bellin 2002, S. 94–96; Bein 2001, S. 137).⁴⁴

Trotz der zunehmenden Integration in Burqibas Herrschaftsstruktur und ihrer Abhängigkeit vom politischen Regime, konnte die UGTT ihre organisatorische Struktur und einen minimalen Grad an interner Selbstbestimmung erhalten, insbesondere in den rangniedrigen Strukturen (Bein 2014, S. 21; Erdle 2010, S.

⁴⁴ Bashir Balagha, Nachfolger 'Aashurs, versprach auf seiner ersten Pressekonferenz nach Amtsantritt die volle Kooperation und ließ verlauten, dass die Orientierung der UGTT identisch zu der der Partei sei (Bellin 2002, S. 96).

208). Ursächlich dafür war der Nutzen, den die UGTT als intermediäre Akteurin zwischen Bevölkerung und Regime zur Sicherung einer breiten Unterstützungsbasis für Burqiba hatte. Außerdem nutzte das Regime die UGTT als Informationsquelle, die mittels ihrer Einbettung im ArbeiterInnenmilieu Einstellungen gegenüber dem Regime wahrnehmen sowie die Wahrscheinlichkeiten möglicher Unzufriedenheit einschätzen konnte. Um diesen Informationsfluss zu garantieren, gestand das Regime der Gewerkschaft eine gewisse Eigenautonomie zu (Hamzaoui 1999, S. 378; Schmidinger 2013, S. 29). Während die UGTT im Gesamten so als »transmission belt« (Disney 1978, S. 13) und »political amplifier« (Erdle 2010, S. 208) des Regimes fungierte, existierten weiterhin einzelne unabhängige und autonome Komitees.

Nach einer sogenannten »sozialistische Phase« in den 1960er Jahren,⁴⁵ begann mit der Amtsübernahme al-Hadi Nuwairas als Premierminister 1970 eine Liberalisierungsphase, die durch Reprivatisierungen wirtschaftlicher Unternehmen und Förderung ausländischer Investitionen bestimmt war (Ruf 1983, S. 1122), aber auch einen gewissen Grad der öffentlichen Pluralisierung zuließ. Die UGTT, ab 1965 wieder unter 'Aashur in seiner zweiten von drei Amtszeiten als Generalsekretär, konnte sich so explizit für die Interessen der ArbeiterInnen positionieren, ohne fürchten zu müssen, des Verrats der nationalen Idee bezichtigt zu werden (Bellin 2002, S. 99). Zudem wurde sie immer wieder in nationale Verhandlungen und Konferenzen zu Arbeitsbeziehungen in Tunesien eingebunden. Im Rahmen dieser »korporatistischen Übereinkunft« (Beinin 2001, S. 137) hatte die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der UGTT stark zugenommen. Die Eindämmung kollektiver Streikaktionen, die von Burqiba im Gegenzug erwartet wurde, konnte die UGTT aufgrund der sich weiter verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Antagonismen jedoch nicht leisten. Trotz einiger erfolgreich verhandelter Lohnanhebungen und arbeitspolitischer Erfolge, stieg die Zahl unautorisierter Streiks zwischen 1970 und 1977 immer weiter an und übte von unten steigenden Druck auf die UGTT-Führung aus. Um einem weiteren Auseinanderstreben zwischen der streikenden ArbeiterInnenschaft und militanten Strömungen innerhalb der UGTT auf der einen und der UGTT-Führung auf der anderen Seite entgegenzusteuern, nutzte 'Aashur seine Handlungsfähigkeit zunehmend, um die gewerkschaftliche Autonomie nachdrücklich (und teils provokativ) im politischen Feld zu demonstrieren.⁴⁶

Der Generalstreik von 1978 verdeutlicht, dass die UGTT zu diesem Zeitpunkt durchaus in der Lage (und willens) war, dem Regime konfrontativ zu begegnen, um damit der gewerkschaftlichen Interessensvertretung von ArbeiterInnen nachzukommen. Vor dem Hintergrund aufkommender Diskussionen über seine

45 Die »sozialistische Phase« war maßgeblich durch Ahmad bin Salah geprägt, der 1956 als UGTT-Generalsekretär abgesetzt, jedoch später rehabilitiert wurde, um zwischen 1961 und 1969 gleich mehrere Ministerposten zu besetzen. 1969 wurde er verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

46 Zwar entsprach 'Aashur nicht den UGTT-internen Forderungen nach einer Bildung einer unabhängigen politischen Partei; jedoch konnten seine Treffen mit eigentlich als Staatsfeinde deklarierten Persönlichkeiten, wie Mu'amar al-Qadhafi, als Provokation gedeutet werden (Bellin 2002, S. 106).

Nachfolge verstand Burqiba die erstarkte Gewerkschaft jedoch zunehmend als Herausforderin seiner politischen Hegemonie und wählte den Generalstreik als Anlass, um die gewerkschaftliche Position nachhaltig zu schwächen. Bereits im Oktober und November 1977 wurden Streiks in der Textil- und Phosphatindustrie mit ungewöhnlicher Gewalt beendet und einzelne Gewerkschaftsmitglieder von Parteimilizen unter Arrest gestellt. Als Konsequenz verkündete 'Aashur erst seinen Austritt aus dem Parteibüro; später rief die UGTT zu dem Generalstreik für den 26. Januar 1978 auf, dessen repressive Niederschlagung durch Armee, Polizeieinheiten und paramilitärische Gruppen wohl zu über hundert Toten führte und die Inhaftierung aller Mitglieder des Exekutivkomitees der UGTT, einschließlich 'Aashurs, zur Folge hatte (Disney 1978, S. 12).⁴⁷ Mit der folgenden Einsetzung einer neuen Gewerkschaftsführung fand die zuvor vergleichsweise hohe gewerkschaftliche Autonomie ein abruptes Ende. Mit Ausnahme einer Entspannung zu Beginn der 1980er Jahre, als die UGTT z.B. 20 Abgeordnete in das (machtlose) Parlament entsenden durfte (Fattmann 2012, o.S.) und einige zuvor inhaftierte Gewerkschaftsmitglieder in ihre Ämter zurückkehren konnten, war die Beziehung zwischen Gewerkschaft und Staat in den letzten Jahren Burqibas Amtszeit von umfassender staatlicher Unterdrückung geprägt. Im Kontext einer erneuten wirtschaftlichen Krise begann 1985 eine weitere Repressionswelle gegen die UGTT. Wieder wurden führende Gewerkschaftsmitglieder, auf nationaler und auch regionaler Ebene, inhaftiert und diesmal durch eine gewerkschaftsexterne Führung ersetzt (Beinin 2001, S. 156). Zusätzlich wurde eine restriktive Gesetzgebung implementiert, die gewerkschaftliche Versammlungen am Arbeitsplatz untersagte und die Finanzierung der Organisation durch Mitgliedsbeiträge erschwerte. Die erneute Schwächung der UGTT erschien vielen GewerkschafterInnen noch fataler als die von 1978 (Bellin 2002, S. 112–113).

Mit der Machtübernahme Bin 'Alis im November 1987 änderte sich die Stellung der UGTT vergleichsweise abrupt. Bin 'Ali benötigte, ähnlich wie Burqiba zu seinem Amtsantritt, die Unterstützung der UGTT im Prozess seiner Herrschaftskonsolidierung. Er ließ inhaftierte GewerkschafterInnen frei, gestattete ihre Wiederwahl in ehemalige Führungspositionen und erneuerte die gewerkschaftliche Beteiligung an arbeitspolitischen Verhandlungen (Bellin 2002, S. 117). Die erneute Integration der UGTT in die Herrschaftsstruktur des Regimes wurde insbesondere aufgrund der innenpolitischen Herausforderung durch »islamistische« AkteurInnen vorangetrieben. Die UGTT wurde jedoch auch für Legitimierung der politischen und wirtschaftlichen Inhalte gebraucht, die in den 1990er Jahren vor allem neoliberaler Prägung waren. Das Bin 'Ali-Regime erhoffte sich von der UGTT, dass sie die Restrukturierungen innerhalb der staatlichen Wirtschaft vor ArbeiterInnen verteidigte (Erdle 2010, S. 209). Dennoch organisierten GewerkschafterInnen an der Basis, ohne Genehmigung der UGTT-Führung, in den ersten Jahren nach Bin 'Alis

47 Für eine Chronologie der Ereignisse siehe Disney (1978); für eine detaillierte Analyse verschiedener Konfliktdimensionen siehe Faath (1989).

Amtsantritt eine enorme Anzahl von Streiks, insbesondere gegen die Umsetzung der IWF-Vorgaben (Beinin 2001, S. 156).

Statt repressive Maßnahmen gegenüber der UGTT zu ergreifen, verfolgte Bin 'Ali jedoch weiterhin ihre Integration in seine Herrschaftsstruktur, um eine erneute Politisierung der UGTT einschränken zu können: In den Führungsgremien wurden regimekritische Oppositionelle nahezu vollständig ausgeschaltet. Durch restriktive Gesetzgebung bezüglich der Erhebung der Mitgliedsbeiträge wurde die UGTT zunehmend abhängig von staatlichen finanziellen Zuwendungen. Die UGTT folgte dem strikten Anpassungskurs, den das Bin 'Ali-Regime vorgab und der mit einer nachhaltigen Depolitisierung der Gewerkschaftsführung einherging. Ende der 1990er Jahre war die »Etatisierung« der UGTT abgeschlossen und die Gewerkschaft somit vollständig abhängig vom Staat (Khiari und Lamoum 1998, S. 384–385; Erdle 2010, S. 210). Anweisungen von oben hatten Einflüsse von unten größtenteils abgelöst; die UGTT befand sich in einer »gewerkschaftlichen Lethargie« (Allal und Geisser 2011b, S. 66).

4.2 Positionierung gegenüber »islamistischen« AkteurInnen

Zum Ende der 1970er Jahre offenbarten »islamistische« AkteurInnen zunehmend ihren politischen Anspruch und etablierten sich, teils in direkter Konkurrenz zur UGTT, als ernstzunehmende Kraft im politischen Feld. Anlässlich des Generalstreiks 1978 stellten sie sich implizit hinter die Regierung, indem sie der UGTT in ihrer Zeitung die Verantwortung für die Eskalation der Ereignisse und der Gewalt zuschrieben (Allani 2009, S. 259–260; Zemni 2013, S. 136). Während die UGTT nach dem Generalstreik mit einem plötzlichen Machtverlust umgehen musste, hatten »IslamistInnen« so günstige Bedingungen für die Gründung der *Mouvement de la Tendance Islamique* (MTI) im Jahre 1981 geschaffen. Der im gleichen Zuge wachsende Einfluss von »IslamistInnen« in den berufsgebundenen Einzelgewerkschaften sowie die Gründung einer gewerkschaftlichen Studentenvereinigung durch größtenteils »islamistische« StudentInnen Mitte der 1980er Jahre wurden von GewerkschafterInnen zunehmend als Übergriff wahrgenommen (Hermassi 1995, S. 106–108; Zeghal 2013, S. 258).

Jedoch wurden »islamistische« AkteurInnen auch für Burqiba zur Bedrohung. Er ließ zahlreiche AnhängerInnen der MTI verhaften (was der Popularität der Organisation jedoch keinen Abbruch tat). Der konfrontative und immer willkürlicher erscheinende Umgang Burqibas mit »islamistischen« AkteurInnen lieferte Bin 'Ali letztlich einen zentralen Grund für seine Machtübernahme (Bellin 2002, S. 118).⁴⁸ Nach anfänglicher Zurückhaltung, die mit der Vortäuschung einer poli-

⁴⁸ Noch im Sommer 1987 hatte Burqiba öffentlich auf ein Todesurteil gegen den inhaftierten MTI-Gründer Rashid al-Ghanushi gedrängt, dessen Umsetzung einen Bürgerkrieg bedeutet hätte (Erdle 2010, S. 86). Bin 'Ali ließ al-Ghanushi 1988 zwar frei, verweigerte al-Nahda (mittlerweile umbenannt) jedoch ein Jahr später die Zulassung als politische Partei. Al-Ghanushi ging im gleichen Jahr ins Exil.

tischen Liberalisierung zusammenhing, griff jedoch auch Bin 'Ali auf Repression zurück und ließ tausende »islamistische« UnterstützerInnen inhaftieren (Allani 2009, S. 265). Darüber hinaus war es eine zusätzliche Strategie Bin 'Alis gegen die »Herausforderung« durch »islamistische« AkteurInnen, die Kooperation mit der UGTT wieder aufzunehmen und die Gewerkschaft soweit zu stärken, dass sie den »islamistischen« Kräften entgegenwirken konnte (Khiari und Lamoum 1998, S. 384; Alexander 1996, S. 260). Einerseits gab es auf jeglichen Ebenen der UGTT eine beachtliche Abneigung gegen »IslamistInnen«, die eine Kooperation mit dem Regime in dieser Hinsicht untermauerte (Brumberg 2013, S. 96). Andererseits waren mittlerweile in der UGTT selbst »islamistische« Tendenzen auszumachen. Schätzungen zufolge waren 1989 ca. 15% bis 25% der in offiziellen Positionen vertretenen Gewerkschaftsmitglieder »IslamistInnen«. Auch dem ranghohen Gewerkschafter 'Ali bin Ramadan wurden Sympathien für »islamistische« Ideen nachgesagt (Erdle 2010, S. 209).⁴⁹ Letztlich war die Kooperation zwischen der UGTT und dem Regime aber schon zu Beginn der 1990er Jahre so erfolgreich, dass eine große Zahl der »IslamistInnen« aus ihren gewerkschaftlichen Ämtern verdrängt werden konnte. Bin 'Ali hatte regelmäßig in gewerkschaftliche Angelegenheiten interveniert um ihre »säkularen« Elemente zu stärken: In den lokalen Wahlen der UGTT 1992 und 1993 sorgten Wahlmanipulierung durch UGTT-Mitglieder sowie die staatliche Repression »islamistischer« AktivistInnen für ein schwaches Abschneiden »islamistischer« GewerkschafterInnen. Mitunter inhaftierte der Staat »islamistische« Kandidaten für den Zeitraum der Stimmabgabe (Bellin 2002, S. 207).⁵⁰

In den 2000er Jahren gab es Initiativen der Annäherung zwischen »islamistischen« und »säkularen« Oppositionskräften, um eine gemeinsame Positionierung gegen das Regime Bin 'Alis zu ermöglichen. Entsprechende Treffen begannen 2003 in Europa – jedoch ohne Beteiligung der UGTT (Brumberg 2013, S. 96). Auch die Initiative des »18. Oktober Kollektivs« von 2005, in der sich eine Vielzahl politischer AkteurInnen mit unterschiedlichen politischen Orientierungen, darunter auch »IslamistInnen«, für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheiten, Pressefreiheit und die Freilassung politischer Gefangener aussprach, wurde von der UGTT nicht mitgetragen (Angrist 2013, S. 558). Die depolitisierte UGTT-Führung vermied generell jegliche Konfrontation mit dem Bin 'Ali-Regime und hielt die Distanz zu »islamistischen« AkteurInnen insofern aufrecht.

49 Im März 2011 war Bin Ramadan eingeladenener Gast bei der ersten öffentlichen Veranstaltung al-Nahdas nach ihrer Legalisierung als politische Partei (FIGA_2011_03_08_1).

50 Um den gemeinsamen Kampf gegen »IslamistInnen« nicht zu gefährden, nahmen ökonomische Dispute zwischen Staat und Gewerkschaft in dieser Zeit stark ab (Beinin 2001, S. 156).

4.3 Dynamiken zwischen gewerkschaftlicher Basis und Führung

Die Depolitisierung der Gewerkschaft unter Bin 'Ali hatte tiefgreifende Auswirkungen auf ihre internen Dynamiken. In den 1990er Jahren hatten sich die internen Strukturen der UGTT größtenteils denen der Regierungspartei RCD angeglichen: Entscheidungsmacht lag bei der nationalen Führung, während die mittleren gewerkschaftlichen Positionen marginalisiert wurden (Allal und Geisser 2011b, S. 66). Jeder Streik musste von der zentralen Administration genehmigt werden. Debatten wurden größtenteils kontrolliert oder verhindert, KritikerInnen ausgeschlossen und interne Wahlen massiv beeinflusst – Praktiken, die den Dispositionen militanter GewerkschafterInnen deutlich zuwiderliefen:

»The far-reaching ›governmentalization‹ of the labor organization not only fits uneasy with the interests and demands of the latter's social base, it also sits oddly with the convictions and preference of most of its activists« (Erdle 2010, S. 215).

Diese Zustände führten folglich zu einer Entfremdung zwischen der Gewerkschaftsführung und der gewerkschaftlichen Basis. Einzelne regionale Sektionen der Gewerkschaft sowie die Einzelgewerkschaften im Bereich der Bildung, der Gesundheit und der Post konnten dabei, trotz der Integration der Gewerkschaftsführung in das System Bin 'Alis, ihre Autonomie teilweise bewahren. Sie bildeten eine »kämpferische Fraktion« (Yousfi 2012, o.S.) und boten weiterhin einen Schutzraum für Oppositionelle, den weder die nationale Führung noch das Regime Bin 'Alis vollständig kontrollieren konnten (Erdle 2010, S. 216; Hibou 2006, S. 151; Khiari und Lamoum 1998, S. 382–383), sodass im Grunde genommen »zwei UGTTs« nebeneinander existierten (Chouikha und Geisser 2010, S. 3–4).⁵¹

Das Fortbestehen einzelner autonomer Strukturen innerhalb der UGTT konnte die Distanzierung von ArbeiterInneninteressen in vielen Fällen jedoch nicht verhindern. Sogar eine hauseigene Studie der UGTT konstatierte 2006, dass die Legitimität der Gewerkschaft nicht so sehr auf ihrer Vertretung der ArbeiterInnen, sondern vielmehr auf der Nähe zum Regime beruhe (Zemni 2013, S. 138). Diese Problematik offenbarte sich anlässlich des Aufstandes in der Phosphatregion Gafsa 2008 besonders deutlich. Die fünf Monate andauernde Protestwelle begann, als die staatliche Phosphatfirma *Compagnie des Phosphates de Gafsa* (CPG) entgegen vorheriger Versprechungen nicht die lokale arbeitslose Bevölkerung für eine größere Anzahl von Neueinstellungen berücksichtigte, sondern die Stellen mit externen, regimenahe ArbeiterInnen besetzte. Dabei richteten sich die Anschuldigungen der DemonstrantInnen nicht nur gegen die CPG, sondern vor allem auch gegen den regionalen UGTT-Vorsitzenden, da er direkt in die Vorgänge der Vergabe dieser

⁵¹ Hibou argumentiert, dass es diese ständige interne Instabilität zwischen der nationalen Führung und den rangniedrigen Fraktionen war, die es dem jeweiligen herrschenden Regime erschwerte, eine völlige Unterordnung der UGTT zu erreichen (2006, S. 151).

Arbeitsplätze eingebunden war (Allal 2012, S. 825).⁵² Nur einige wenige GewerkschafterInnen (aus Redeyef) stellten sich in dieser Periode an die Seite der ArbeiterInnen. Die in nepotistische Strukturen eingebundene regionale UGTT-Führung in der Stadt Gafsa lehnte die Proteste ab (Angrist 2013, S. 560), die letztlich durch den Einsatz von Armee- und Polizeikräften beendet wurden.

4.4 Zwischenfazit II: Hinweise auf Spezifika des gewerkschaftlichen Felds

Das organisatorische Feld der UGTT umfasst aufgrund seiner Größe (über eine halbe Million Mitglieder in einem Land mit rund elf Millionen EinwohnerInnen) und seiner landesweiten Vernetzung (24 regionale Gewerkschaften, 19 Branchengewerkschaften und 21 Organisationen an der Basis) verschiedene soziale Gruppen in Tunesien. Trotz der Unterrepräsentation von Frauen, der jüngeren Generation und der Bevölkerung in den küstenfernen Regionen in den Führungsstrukturen, zeichnet sich die Organisation des Gewerkschaftsverbands insgesamt, also alle Ebenen eingenommen, durch eine Vielzahl verschiedener sozialer Standpunkte aus. Neben der angesprochenen Differenz zwischen Führung und Basis tragen auch unterschiedliche politische Flügel innerhalb der Führungskreise zu dieser »Pluralität der Sichtweisen« bei. In den 2000er Jahren explizierten sich diese führungsinternen Strömungen zunehmend. Auf dem außerordentlichen Kongress der UGTT auf Djerba 2002 traten drei verschiedene Listen zu der erstmals offenen Wahl des Vorstands an; darunter auch eine regimekritische, die zwar nicht die Wahl gewann, aber drei Sitze im Vorstand erringen konnte (Erdle 2010, S. 212). Auch im Zuge der Präsidentschaftswahlen offenbarte sich die anwachsende interne Unzufriedenheit. Während die öffentliche gewerkschaftliche Unterstützung Bin 'Alis 1994 und 1999 noch vergleichsweise kritiklos hingenommen wurde, waren die Wahlen 2004 und 2009 bereits Anlässe gewerkschaftsinterner Konflikte (Zemni 2013, S. 139).

Dennoch legt sowohl die organisationsinterne Entwicklung der UGTT als auch ihre Positionierung im politischen Feld Tunesiens die Existenz bestimmter *typischer* organisationsspezifischer Merkmale nahe, die unabhängig von den verschiedenen Strömungen und Positionen von tendenziell allen GewerkschafterInnen akzeptiert werden. Abgesehen von den Überzeugungen einer Notwendigkeit von ArbeiterInnenrechten ist ein solches Merkmal beispielsweise der Glaube daran, dass die UGTT die einzige legitime Vertreterin der tunesischen ArbeiterInnen ist (Erdle 2010, S. 213). Darüber hinaus impliziert die zentrale Rolle der UGTT in der Entstehungsgeschichte Tunesiens eine starke Bindung zu der Idee des post-

52 Ein Aktivist beschreibt seine Wut über den regionalen UGTT-Vorsitzenden im Februar 2008 so: »Ben 'Ali je ne sais pas qui c'est, il ne m'intéresse pas, par contre lui [le représentant régional de l'UGTT] c'est le mafieux, c'est à cause de lui qu'on en est là« (zitiert in Allal 2012, S. 825). Auf Deutsch: »Ich weiß nicht wer Bin 'Ali ist, er interessiert mich nicht, er [der regionale Vertreter der UGTT] hingegen ist der Kriminelle, wegen ihm sind wir hier«.

kolonialen tunesischen Staats und nationaler Souveränität: Nicht nur die aktive Partizipation im Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft, sondern auch die Vermittlungsrolle, die sie im Zuge der Verhandlungen der tunesischen Unabhängigkeit einnahm, resultieren in einem stark ausgeprägten historischen Bewusstsein unter GewerkschafterInnen (Yousfi 2015a, S. 233–234). Geschichtliche Entwicklungen wie die Phasen staatlicher Repression oder »islamistischer« Konkurrenz in den 1970er und 1980er Jahren mögen dieses historische Selbstbewusstsein und womöglich eine gewisse Selbsterhöhung gegenüber anderen politischen AkteurInnen noch verstärkt haben.

5 Deutungsmuster der UGTT zwischen 2011 und 2014

In den 178 Dokumenten des Quellenkorpus⁵³ kodierte ich 430 Textstellen als Teilelemente verschiedener kohärenter Deutungsmuster. In den folgenden Abschnitten diskutiere ich die acht prägendsten Deutungsmuster⁵⁴ (Tabelle 3), auf die sich 376 aller kodierten Textstellen beziehen.⁵⁵

Tabelle 3: Problemdefinitionen und -ursachen der zentralsten Deutungsmuster

Phase 1 (08.01.2011 – 22.10.2011)	Phase 2 (23.10.2011 – 24.07.2013)	Phase 3 (25.07.2013 – 27.01.2014)
»Gefahr der Konterrevolution«	»Bedrohung der UGTT«	
<ul style="list-style-type: none"> • Bedrohung der Revolution durch den fortbestehenden Einfluss des Systems Bin 'Alis 	<ul style="list-style-type: none"> • Angriffe auf die UGTT sind Teil einer Strategie, ihre institutionelle Unabhängigkeit zu schwächen 	–
»Demokratisierung«	»Schutz des Übergangsprozesses«	»Schutz des Übergangsprozesses«
<ul style="list-style-type: none"> • autoritäre Entscheidungsstrukturen und mangelnde politische Einbindung der Zivilgesellschaft verhindern Demokratisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • undemokratische Regierungsweise al-Nahdas ist mitursächlich für den schleppenden Verlauf des Übergangsprozesses 	<ul style="list-style-type: none"> • politische Krise und Verzögerung des Übergangsprozesses sind zurückzuführen auf al-Nahdas Inkompetenz an der Regierung und ihren Unwillen zurückzutreten
»Sozioökonomische Missstände«	»Sozioökonomische Missstände«	»Sozioökonomische Missstände«
<ul style="list-style-type: none"> • katastrophale sozioökonomische Lage aufgrund Nepotismus, Korruption und neoliberaler Politik unter Bin 'Ali 	<ul style="list-style-type: none"> • Vernachlässigung der wirtschaftlichen Probleme sowie Fortsetzung der neoliberalen Politik Bin 'Alis durch al-Nahda verschlimmern die wirtschaftliche Lage 	<ul style="list-style-type: none"> • Regierungszeit unter al-Nahda ist von einem völligen Ausbleiben wirtschaftlicher Verbesserungen gekennzeichnet

Quelle: Eigene Darstellung

⁵³ Von diesen Dokumenten werden nur die in der Arbeit direkt zitierten im Quellenverzeichnis angeführt.

⁵⁴ Weitere Themen, die von der UGTT als soziale Probleme gedeutet wurden, aber hier nicht diskutiert werden, betreffen u.a. die Funktion der UGTT im autoritären System Bin 'Alis, die Notwendigkeit von Transitional Justice, die internationalen Einflüsse auf die tunesische Umbruchsituation, oder den Umgang mit unautorisierten Streiks.

⁵⁵ Eine detailliertere, quantitative Aufgliederung der Kodierungen ist hier nicht relevant, weil sie der »realen« quantitativen Verteilung im Diskurs nicht entsprechen muss: Beispielsweise können aufgrund eines einzelnen, thematisch eng geführten Interviews bereits überdurchschnittlich viele Kodierungen zu einem Deutungsmuster entstehen und so einen verfälschten Eindruck über die Prävalenz dieses Deutungsmusters im gesamten Diskurs geben.

Um eine Analyse der Deutungsmuster im Kontext der Diskursformation zu ermöglichen, stelle ich zu Beginn jedes Untersuchungszeitraums die für die UGTT zentralen politischen Entwicklungen dar. Anhand der Darstellung illustrativer Äußerungen beziehe ich die einzelnen Deutungsmusterelemente – Problemdefinition (E₁), Problemursache (E₂), Problemintervention (E₃) und Bewertung (E₄) – auf entsprechende Ereignisse und Interaktionen zwischen den beteiligten AkteurInnen zurück. Die Relevanz des gewerkschaftlichen Diskurses für eine mögliche Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus«, die ich so herausarbeite, stelle ich am Ende jeder Untersuchungsphase zusammengefasst dar. Hierbei berücksichtige ich die theoretische Annahme der Forschungsperspektive über die Beeinflussung der Deutungsmuster durch den positionsspezifischen Habitus ranghoher UGTT-Mitglieder sowie durch die organisationstypischen Feldeigenschaften der UGTT. Die Einbindung der UGTT in die Polarisierung wird so unter Berücksichtigung struktureller Bedingungen diskutiert. Zentral ist dafür die historische Erarbeitung dieser Spezifika im vorhergegangenen Kapitel.

5.1 Phase 1: Zwischen Bin 'Ali und Troika (08.01.2011 – 22.10.2011)

BasisaktivistInnen und rangniedrige MitarbeiterInnen der regionalen und lokalen UGTT-Verbände unterstützten und koordinierten die Proteste gegen die sozialen und politischen Verhältnisse seit deren Beginn im Dezember 2010. Sie machten ihre Büros zu örtlichen Fixpunkten der Demonstrationsbewegung, leisteten unmittelbare logistische und organisatorische Hilfe und riefen wiederholt öffentlich zu Solidaritätsbekundungen und Demonstrationmärschen auf (Chouikha und Gobe 2011, S. 221; Durac 2015, S. 8; Beinin und Vairel 2011, S. 239; Hmed 2012, S. 800–804; Mizouni 2012, S. 86–88; Yousfi 2015a, S. 62–70; Zemni 2013, S. 140–142). Die nationale Führung hingegen hatte sich aufgrund ihrer Nähe zum Regime zunächst abwartend verhalten. Am 8. Januar 2011 äußerte sie sich schließlich öffentlich und stellte sich – unter dem Druck der eigenen Basis – auf die Seite der DemonstrantInnen. Die wenig später folgende Anerkennung des Demonstrationsrechts aller UGTT-Mitglieder trug zu der geographischen Ausweitung der Proteste bei. Auch der für Tunis ausgerufene Generalstreik des 14. Januars 2011 hatte eine hohe Mobilisierung zur Folge. Die UGTT wird so schlussendlich als ein entscheidender Faktor für den Sturz Bin 'Alis bewertet (Allal und Geisser 2011a, S. 124; Angrist 2013, S. 559).

An der ersten Übergangsregierung unter Premierminister Muhammad al-Ghanushi war die UGTT kurzzeitig beteiligt. Als sich herausstellte, dass die Mehrheit der Regierungsposten von RCD-Mitgliedern besetzt werden würde, reagierte die Führung auf die Forderungen ihrer Basis und zog die drei betroffenen UGTT-Mitglieder zurück. UGTT-Generalsekretär 'Abd al-Salam Jarad schien in dieser Periode von den Ereignissen getrieben: Noch einen Tag vor dem Sturz Bin 'Alis berichtete Jarad von einem Gespräch mit dem Präsidenten über »die schmerzliche Situation in einigen Regionen des Landes«. Im Zuge des Treffens habe er bei

Bin 'Ali aber »ein grundlegendes Verständnis über die hauptsächlichen Probleme und ihre Ursachen sowie die Bereitschaft diese zu lösen« aufgefunden.⁵⁶ Nur wenige Tage später proklamierte Jarad dann, dass es für die UGTT inakzeptabel sei, »sich an einer Regierung zu beteiligen, die Symbolfiguren des alten Regimes einbindet«.⁵⁷ Nichtsdestotrotz stimmte die UGTT-Führung der intern umstrittenen zweiten Übergangsregierung unter al-Ghanushi zu. Einzelne Gewerkschaftsverbände forderten jedoch weiterhin öffentlich den Regierungsrücktritt al-Ghanushis, sodass die Ambivalenz, die die UGTT im Verlauf ihrer Geschichte aufgrund der parallelen Existenz von regimenahen und regimefernen Fraktionen immer ausgezeichnet hatte, in dieser Phase deutlich zutage trat.

Im Rahmen des zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen gegründeten *Conseil National pour la Protection de la Révolution* (CNPR) übernahm die UGTT derweil den Großteil der übrigen revolutionären Forderungen (den Ausschluss jeglicher AnhängerInnen Bin 'Alis vom politischen Prozess, die Auflösung des Parlaments sowie das Verbot der RCD), hielt aber an der Unterstützung der zweiten Übergangsregierung fest. Jedoch konnte al-Ghanushi sich nach anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Sicherheitskräften sowie den sogenannten Kasbah-II-Protesten nicht im Amt halten und trat am 27. Februar 2011 zurück. Er wurde von al-Baji Qa'id al-Sabsi ersetzt, unter dem anschließend die Verfassung aufgehoben und so der konstitutionelle Institutionalierungsprozess eingeleitet wurde.

Die Regierung al-Sabsi, Präsident Fu'ad al-Mabaz'a und die im März 2011 formierte »Hohe Instanz« (*Haute instance pour la réalisation des objectifs de la révolution, de la réforme politique et de la transition démocratique*) bildeten die institutionelle Entscheidungsstruktur der Übergangsphase. Die »Hohe Instanz« ging u.a. aus dem CNPR hervor und umfasste somit auch gewerkschaftliche VertreterInnen. Sie wurde mit der Organisation der Wahlen beauftragt, hatte ansonsten jedoch nur beratende Funktionen; die letztliche Entscheidungsgewalt blieb bei der Regierung. Dennoch gewann die UGTT in dieser Zeit zügig an politischer Bedeutung. Neben ihrer Beteiligung an der »Hohen Instanz« konnte sie insbesondere durch zahlreiche Streiks und Demonstrationen Einfluss auf die politischen Entwicklungen nehmen (Yousfi 2015a, S. 103–105; Zemni 2013, S. 127). Auch ihre in dieser Phase rasant angestiegene Mitgliederzahl war ein Anzeichen für zurückgewonnenes symbolisches Kapital. Dafür verantwortlich waren vor allem die nun selbstbewussten, regimekritischen GewerkschafterInnen einzelner hochmobilisierter regionaler Verbände und Einzelgewerkschaften; Generalsekretär Jarad hingegen stand wiederholt in interner und externer Kritik. Da Ende des Jahres eine Neuwahl des Exekutivbüros anstand,

56 »J'ai eu l'honneur de rencontrer le chef de l'Etat et ce fut une occasion pour un très important entretien, au cours duquel nous avons abordé la situation douloureuse dans certaines régions du pays [...]. J'ai trouvé auprès du président de la République une vision profonde des principaux problèmes et de leurs causes et une volonté de les résoudre« (WATA_2011_01_26_1).

57 »Il nous est impossible de participer à un gouvernement qui intègre des symboles de l'ancien régime« (HUMA_2011_01_20_1).

arrangierte sich der kritische Flügel der Gewerkschaft jedoch mit der Tatsache, dass die ursprüngliche Gewerkschaftsführung vorerst im Amt blieb. Interne Konflikte bestanden aber fort und offenbarten sich beispielsweise in dem häufig abweichenden Streikverhalten zwischen Führung und regionalen Verbänden.⁵⁸

5.1.1 »Gefahr der Konterrevolution«

Das wohl zentralste Deutungsmuster der UGTT⁵⁹ in der Anfangsphase der tunesischen Umbruchsituation bezeichne ich als »Gefahr der Konterrevolution«:

Problematisch ist der fortbestehende Einfluss des vorherigen autoritären Systems auf die aktuellen politischen Entwicklungen (E₁). Für den Übergangsprozess und einen erfolgreichen Verlauf der Revolution stellt dieser Umstand eine zerstörerische Bedrohung dar (E₄). Verantwortlich sind neben einzelnen RepräsentantInnen des Regimes Bin 'Alis auch die für die autoritäre Herrschaftsstruktur und Herrschaftsweise integralen Institutionen (wie die Präsidialgarde und der Parteiapparat der RCD) sowie die weiterbestehende Repression durch Parteilizen und Sicherheitskräfte (E₂). Die Minderung dieses Einflusses ist durch den konsequenten und bedingungslosen politischen Ausschluss von Personen zu erreichen, die in das Bin 'Ali-Regime integriert waren (E₃). Darüber hinaus gilt es, die institutionellen Strukturen des Regimes aufzulösen. Die oppositionelle, revolutionäre Haltung der UGTT ist für die Erreichbarkeit dieser Ziele eine zentrale Bedingung.

Im Januar und Februar 2011 führen GewerkschafterInnen das »tatsächlich existierende Risiko der Konterrevolution«⁶⁰ insbesondere auf die personelle Besetzung der Übergangsregierungen unter al-Ghanushi zurück. Die betroffenen Minister werden aufgrund ihres »Beitrags zur Stärkung der Diktatur des alten Regimes«⁶¹ abgelehnt und als Gefahr für politischen Wandel eingeschätzt. Khalil al-Zawia, Generalsekretär der Gewerkschaft universitärer ÄrztInnen und Mitglied der nationalen UGTT-Führung, übernimmt eine Deutung, die nicht nur typisch für die UGTT in dieser Periode ist, sondern sich auch in Einklang mit den Positionen der DemonstrantInnen befindet:

58 Eine weitere nennenswerte Entwicklung war das erstmalige Ende der gewerkschaftlichen Monopolstellung der UGTT: Im Februar 2011 wurde die *Confédération Générale Tunisienne du Travail* (CGTT), im Mai 2011 die *Union Tunisienne du Travail* (UTT) gegründet – jeweils von ehemaligen UGTT-Führungskräften. Für die politische Rolle der UGTT waren diese Neugründungen jedoch ohne Folge. Zudem repräsentierte die UGTT auch Ende 2012 noch über 90% aller gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen.

59 Wenn ich hier und in den folgenden Passagen von »der« UGTT spreche, dann beziehe ich mich, wie zuvor erläutert, auf die nationale Führung oder offizielle SprecherInnen.

60 »Le risque de contre-révolution est réel« (LIBE_2011_01_26_3).

61 »[...] leur contribution à la consolidation de la dictature de l'ancien régime« (MOND_W_2011_01_20_1).

»Die RCD ist politisch tot, Bin 'Ali ist geflohen, aber die Administration und die »lenkenden Köpfe« des Regimes sind noch immer im Amt und können die Revolution zum Scheitern bringen.«⁶²

Doch nicht nur die Besetzung der Übergangsregierung, sondern auch die weiterreichenden »Strukturen« des Regimes werden problematisiert, wie ein UGTT-Sprecher verdeutlicht:

»Man darf sich keine Illusionen machen, die Strukturen des Regimes existieren weiter, und wenn es gegenüber den Gewerkschaften und der Opposition keine wahrhaftige Öffnung gibt, werden die Demonstrationen andauern.«⁶³

Auch nach dem letztendlichen Rücktritt al-Ghanushis und der politischen Beteiligung der UGTT in der Übergangsphase bleibt die Deutung beständig. Samir al-Shafi, stellvertretender Generalsekretär der UGTT in Sfax, warnt auch im Mai 2011 weiterhin vor einer möglichen Abwende des politischen Umbruchs:

»Trotz des Abgangs des Diktators, leistet das diktatorische Regime noch immer Widerstand, im Bereich der Medien, im Polizeisystem, im Staatsapparat. Praktisch alle Schlüsselposten des Landes verbleiben in den Händen der Kader des alten Regimes. Vor diesem Hintergrund fürchtet das tunesische Volk eine konterrevolutionäre Bewegung, einen Rückfall.«⁶⁴

Neben des vielfach und nachdrücklich geforderten Rücktritts der ersten (und mit niedrigerer Intensität auch der zweiten) Übergangsregierung, verlangt die UGTT dementsprechend auch in späteren Phasen weiterhin »grundlegende Veränderungen auf der Ebene der Administration, der Staatsgewalt«⁶⁵ – insbesondere zu erreichen durch die Auflösung fortbestehender Regimestrukturen. Für diesen Prozess fordern GewerkschafterInnen die Zusammenarbeit und Einheit zwischen »allen nationalen und demokratischen Kräften«⁶⁶, die keine Verbindungen zum alten Regime haben. Vor allem proklamiert die UGTT aber sich selbst als revolutionäre »Gegenmacht«⁶⁷, die »ihre Rolle wahrnehmen [...] und ein Hindernis für alle inter-

62 »Le RCD est politiquement mort, Ben 'Ali a fui, mais l'administration et les têtes pensantes de l'ancien régime sont toujours en place et pourraient faire avorter la révolution« (FIGA_2011_01_19_1).

63 »Il ne faut pas se leurrer, les structures du régime sont toujours là et s'il n'y a pas de véritable ouverture en direction des syndicats et de l'opposition, les manifestations vont continuer« (MEPA_2011_01_17_1).

64 »Malgré le départ du dictateur, le régime dictatorial résiste encore, sur le terrain des médias, dans le système policier, dans l'appareil d'État. La quasi-totalité des postes clés du pays restent aux mains de cadres de l'ancien régime. Dans ce contexte, le peuple tunisien redoute un mouvement contre-révolutionnaire, un retour en arrière« (HUMA_2011_05_18_1).

65 »[...] changements profonds au niveau de l'administration, du pouvoir d'État [...]« (HUMA_2011_05_18_1).

66 »Toutes les forces nationales et démocratiques doivent se réunir [...]« (HUMA_2011_05_18_1).

67 »[...] comme une sorte de contre-pouvoir [...]« (JEAF_2011_01_27_1).

nen und externen Feinde bilden wird.«⁶⁸ Diese Selbsteinschätzung ist in zahlreichen Äußerungen zu finden.

5.1.2 »Demokratisierung«

Abseits der Problematisierung einer konterrevolutionären Gefahr stellt die UGTT in dem Deutungsmuster »Demokratisierung« einen explizit normativen Anspruch an die Umbruchsituation in Tunesien:

Eine ungenügende Umsetzung von Demokratisierungsmaßnahmen (E1) ist fatal (E4) für tatsächlichen politischen Wandel. Fortbestehende autoritäre Entscheidungsstrukturen und mangelnde politische Partizipationsmöglichkeiten sind ursächlich für diese Problematik (E2). Demokratie ist die einzige wünschenswerte Gesellschaftsform. Demokratisierung erfordert die Einbindung zivilgesellschaftlicher Kräfte, insbesondere der UGTT, sowie die Umsetzung demokratischer Verfahren, die letztlich in einer Verfassung münden müssen (E3).

Teile der UGTT-Führung bemängeln unter allen drei Übergangsregierungen die fehlende Umsetzung demokratisierender Maßnahmen. Zu Beginn bezieht sich diese Kritik vor allem auf die schwache Einbindung zivilgesellschaftlicher VertreterInnen in die politischen Entscheidungsstrukturen; später auf die Mandatsüberschreitungen der Übergangsregierung al-Sabsis sowie auf Probleme mit der Organisation der Wahlen zur ANC.⁶⁹ Für die Errichtung einer »wahrhaftigen Demokratie«⁷⁰ und den Abschluss einer »authentischen demokratischen Transition«⁷¹ sehen viele führende GewerkschafterInnen die UGTT als wichtigsten Faktor. Sami al-Tahri, Generalsekretär der einflussreichen Gewerkschaft des sekundären Bildungsbereichs, betont die Zentralität der UGTT für den Demokratisierungsprozess:

»Die UGTT ist die einzige Bewegung, die das Volk organisieren kann, sowohl in den Regionen als auch in der Hauptstadt.«⁷²

Auch die formale Unterstützung al-Sabsis rechtfertigt al-Tahri mit der Tatsache, dass die UGTT den Demokratisierungsprozess als stärkste revolutionäre Gegenkraft weiterhin schützen kann und wird:

68 »The UGTT will play its role [...]. On this basis, we will be an obstacle to all internal and external enemies [...].« (ILCW_2011_01_24_1).

69 Die Wahlen zur ANC waren zunächst für den Juli 2011 terminiert, wurden dann aber auf den Oktober 2011 verschoben. Außerdem wurde die Kürze des Registrierungsprozesses sowie die mangelnde Aufsicht über die finanziellen Mittel der Parteien kritisiert.

70 »La priorité est d'installer une véritable démocratie« (HUMA_2011_01_19_1).

71 »[...] transition démocratique authentique [...].« (HUMA_2011_05_18_1).

72 »L'UGTT est le seul mouvement qui puisse organiser le peuple, aussi bien dans les régions que dans la capitale« (TEMP_2011_03_03_1).

»Es handelt sich nicht darum, ihm [al-Sabsi] einen Blankoscheck zu geben, während es sein einziger politischer Wille ist, nur ein »Minimum« an Demokratie zu wahren. Aber Tunesien wird sich nicht zurückentwickeln, denn die UGTT ist hier.«⁷³

Besonders die als regimekritisch wahrgenommenen GewerkschafterInnen der höheren Ränge sahen sich in Positionen, aus denen sie solche Aussagen glaubwürdig vertreten konnten. Sie profitierten dabei von dem symbolischen Kapital, dass die UGTT durch den Einsatz ihrer rangniedrigen Mitglieder für die Proteste gewonnen hatte.⁷⁴

5.1.3 »Sozioökonomische Missstände«

Entsprechend ihrer intermediären Funktion als ArbeiterInnenvertretung problematisiert die UGTT in vielen Äußerungen die wirtschaftliche Situation und greift in dem Deutungsmuster »Sozioökonomische Missstände« so die Verhältnisse auf, die mitursächlich für die Entstehung der Proteste in 2010 waren:

Arbeitslosigkeit, insbesondere unter AkademikerInnen und der Jugend, sowie die Unterentwicklung der küstenfernen Regionen (E1) kennzeichnen die dramatische (E4) sozioökonomische Lage. Ursächlich dafür sind einerseits die Korruption und der Nepotismus des autoritären Systems, andererseits die jahrzehntelang umgesetzte neoliberale Politik Bin 'Alis (E2). Tunesien benötigt ein neues Modell der wirtschaftlichen Entwicklung, das insbesondere die konsequente Abkehr vom Neoliberalismus (z.B. durch Lohnerhöhungen und die Verstaatlichung privatisierter Unternehmen) umfasst (E3).

Die hauptsächlichen Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme sehen GewerkschafterInnen zu Beginn der Umbruchsituation in der neoliberalen Politik des Systems Bin 'Alis. Kritik wendet sich folglich aber auch gegen die sich weiterhin im Amt befindenden VertreterInnen des Regimes, wie die Äußerung eines UGTT-Verantwortlichen aus Kairouan zeigt:

»Man darf [...] nicht vergessen, dass der Premierminister, Muhammad al-Ghanushi, ein Mann der Zerstörung des öffentlichen Sektors und dessen Ausver-

73 »Il n'est pas question de lui donner un chèque en blanc, alors qu'il n'a d'autre volonté politique que de sauvegarder un «minimum» de démocratie. Mais la Tunisie ne reviendra pas en arrière parce que l'UGTT est là« (TEMP_2011_03_03_1).

74 Dahingegen rechtfertigten regimenahe GewerkschafterInnen ihre Einbindung in das System Bin 'Alis mit dem Hinweis auf die Zwänge des autoritären Kontextes, in dem sie agieren mussten. Auch dies lässt sich als Strategie verstehen, ihr symbolisches Kapital zu schützen.

kauf an die Privatwirtschaft ist, ein Vertreter dieser institutionalisierten Korruption, die das Land für dreiundzwanzig Jahre geführt hat«.⁷⁵

Die Schwäche der regimenahen GewerkschafterInnen innerhalb der UGTT-Führung erlaubt es dem kritischen Flügel zunehmend, entsprechende ökonomische Forderungen zu stellen. Diese zeichnen sich durch eine Ablehnung neoliberaler Wirtschaftspolitik aus. So soll die »Dampfwalze der Privatisierung«⁷⁶ gestoppt, und von der »Wiedergewinnung der an den privaten Sektor überlassenen Unternehmen«⁷⁷ sowie von einer »Aufwertung der Löhne und der Kaufkraft«⁷⁸ begleitet werden.

5.1.4 Einbindung in Polarisierung I

»Islamistische« AkteurInnen haben in diesem Untersuchungszeitraum fast keine Präsenz im Diskurs der UGTT. Sie gelten nicht als konterrevolutionäre AkteurInnen oder als die hauptsächliche Bedrohung einer erfolgreichen Demokratisierung. Nur in seltenen Seitenhieben werden mögliche zukünftige Konflikte thematisiert, wie hier von al-Zawia:

»Ich glaube, dass al-Nahda ihre Lektion aus dem, was sich 1989 abspielte, gezogen hat. [...] Ich glaube, dass die IslamistInnen intelligent genug sind, nicht in die gleiche Falle zu tappen«.⁷⁹

Tatsächlich richteten sich UGTT und al-Nahda vor den Wahlen zur ANC oft zu den gleichen Anlässen gegen die Exekutive und vertraten mitunter ähnliche oppositionelle Forderungen. Noch im August 2011 beteiligten sich VertreterInnen al-Nahdas an den gewerkschaftlichen Märschen, die im Rahmen von Demonstrationen gegen die Regierung al-Sabis stattfanden (und in Straßenschlachten zwischen DemonstrantInnen und Sicherheitskräften endeten). Diskursive Auseinandersetzungen zwischen »Islamismus« und »Säkularismus« vollzogen sich zu diesem Zeitpunkt eher zwischen al-Nahda und der *Parti Démocrate Progressiste* (PDP) unter Ahmad Najib al-Shabi. Die PDP galt als eine Favoritin auf den Wahlsieg und positionierte sich als direkte Gegnerin al-Nahdas. Al-Shabi griff al-Nahda im Wahlkampf wiederholt scharf an, indem er ihr vorwarf, keine politischen, sondern nur religiöse Elemente zu besitzen. Er selbst trat dezidiert für die Unvereinbarkeit von »Islam«

75 »Il faut [...] ne pas oublier que le premier ministre, Mohamed Ghannouchi, est l'homme du démantèlement du secteur public et de son bradage au privé, le représentant de cette corruption institutionnalisée qui a dirigé le pays pendant vingt-trois ans« (HUMA_2011_01_27_1).

76 »One of the biggest tasks of the revolution is to stop the steamroller of privatization« (ILCW_2011_02_18_1).

77 »[...] récupération des entreprises cédées au secteur privé [...]« (ECNO_2011_03_11_1).

78 »[...] revalorisation de nos salaires et de notre pouvoir d'achat [...]« (HUMA_2011_01_19_1).

79 »Je crois que le parti Ennahda a tiré la leçon de ce qui s'est passé en 1989. [...] Je crois que les islamistes sont suffisamment intelligents pour ne pas tomber dans le même piège« (FIGA_2011_01_19_1).

und »Modernität« ein (Chomiak 2011, S. 81). Diese Inhalte finden sich im UGTT-Diskurs dieses Untersuchungszeitraums nicht.⁸⁰

5.2 Phase 2: Konflikte mit al-Nahda (23.10.2011 – 24.07.2013)

Die Wahlen zur ANC im Oktober 2011 etablierten al-Nahda als demokratisch legitimierte Akteurin im politischen Feld. Neben ihr bildeten die Partei *Congrès pour la République* (CPR) unter al-Munsif al-Marzuqi sowie die Partei *Forum démocratique pour le travail et les libertés* (FDTL oder Ettakatol) unter Mustafa bin J'afar die Regierungskoalition, die fortan als Troika bezeichnet wurde.⁸¹ Während al-Nahda das Regierungskabinett dominierte und mit Hamadi al-Jibali den Premierminister stellte, übernahm al-Marzuqi das Präsidentenamt, Bin J'afar wurde Präsident der ANC. Die Regierungszusammensetzung wurde Ende Dezember verkündet. Im gleichen Monat änderte sich auch bei der UGTT die Führung: In der auf dem 22. UGTT-Kongress abgehaltenen Neuwahl des dreizehnköpfigen Exekutivkomitees setzten sich bis auf drei Ausnahmen nur Mitglieder durch, die unter Bin 'Ali als regimefern galten und tendenziell zu dem kritischen, linken Flügel gezählt wurden. Generalsekretär des neuen Exekutivbüros, das ausschließlich von Männern besetzt ist, wurde Husin al-'Abasi. Er war bereits seit 2006 ein stellvertretender Generalsekretär, wurde in dieser Funktion aber als Vertreter der Gewerkschaftslinken wahrgenommen und galt dementsprechend ebenfalls als regimefern. Der Kongress bedeutete insofern einen deutlichen (personellen) Schnitt mit der jüngeren Vergangenheit unter Bin 'Ali und der ambivalenten Situation nach seinem Sturz.

Im Verlauf der ersten Monate unter der neuen Regierung positionierte die UGTT sich verstärkt als »oppositionelle Gegenmacht« zu al-Nahda (Yousfi 2012, o.S.). Der Angriff auf mehrere Büros und den Hauptsitz der UGTT in Tunis im Februar 2012 trat eine Serie von Demonstrationen und Gegendemonstrationen los, da die UGTT al-Nahda für die Ereignisse verantwortlich machte und zu regierungskritischen Protesten und Sit-ins aufrief. Die UGTT reihte sich so in das wachsende Lager von RegierungsgegnerInnen ein, die al-Nahda vorwarfen, nicht ausreichend auf die von »SalafistInnen« ausgeführten Gewalttaten, insbesondere denen der 2011 gegründeten Organisation Ansar al-Shari'aa zu reagieren (Angrist 2013, S. 562–563). Darüber hinaus wurden aufgrund der Bevorzugung eigener Parteimitglieder für die Besetzung sämtlicher Posten in den verschiedenen Landesregionen zunehmend Parallelen zwischen den Praktiken al-Nahdas und Bin 'Alis RCD gezogen: Al-Nahda galt immer mehr als eine hegemoniale, autoritäre Partei (Marzouki 2014, S. 147). Auch die weiterhin drastische wirtschaftliche Lage sorgte für Unmut.

⁸⁰ Zudem hatte die UGTT sich im August 2011 entschieden, weder eigene Wahllisten aufzustellen, noch in Wahlkoalitionen mit bestehenden Parteien zu treten, sodass die Wahlkampfperiode keine direkte Auseinandersetzung zwischen der UGTT und al-Nahda provozierte.

⁸¹ Die Regierungskoalition ergab sich u.a. durch eine schon zehn Jahre andauernde Partnerschaft zwischen al-Nahda und dem CPR (Cross und Sorens 2014, S. 7). Die PDP schnitt derweil überraschend schlecht ab.

Durch Gespräche zwischen al-Nahda Gründer Rashid al-Ghanushi und al-‘Abasi im März 2012 konnten die akuten Konflikte zunächst geschlichtet werden. Zusätzlich verkündete die UGTT in Abstimmung mit der ArbeitgeberInnenvertretung *Union Tunisienne de l’Industrie, du Commerce et de l’Artisanat* (UTICA) die Initiative eines »nationalen Dialogs«, um zwischen den politischen AkteurInnen Verständigung über den weiteren Verlauf des Umbruchprozesses zu schaffen (zumal die Arbeit der ANC an der Verfassung nur schleppend verlief). Der »nationale Dialog« kam schließlich im Oktober 2012 zu Stande, jedoch ohne Beteiligung al-Nahdas und des CPR. Der Grund für den Boykott war die gleichzeitige Teilnahme der von al-Sabsi im Juni 2012 gegründeten »säkularen« Sammlungspartei Nida’ Tunis, die in zahlreiche Dispute mit der Regierung getreten war.

Im Dezember 2012 nahmen die Spannungen zwischen der UGTT und al-Nahda ihren vorläufigen Höhepunkt. Am 4. Dezember gerieten GewerkschafterInnen im Rahmen eines Gedächtnismarsches (anlässlich des sich nähernden 60. Jahrestags des Attentats auf Gewerkschaftsikonin Farhat Hashad) in gewalttätige Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der *Ligue Nationale pour la Protection de la Révolution* (LNPR), einer als regierungsnah wahrgenommenen »Miliz«. Die UGTT-Führung rief infolgedessen einen landesweiten Generalstreik für den 13. Dezember aus, den sie aber nach Verhandlungen mit der Regierung im letzten Moment absagte.⁸² Man hatte sich auf die Einrichtung einer Untersuchungskommission über die Ereignisse geeinigt; zudem erkannte die Regierung die UGTT als wichtige Partnerin im nationalen Umbruchprozess öffentlich an.

Nur wenige Wochen später, am 8. Februar 2013, kam es dennoch zu einem landesweiten Generalstreik – dem ersten seit 1978. Anlass war der zwei Tage zuvor aus politischen Beweggründen vollzogene Mord an dem Oppositionspolitiker Shukri Bal‘aid. Das Attentat hatte die bis dahin schwerste Krise im tunesischen Umbruchprozess zur Folge.⁸³ Wieder wurde al-Nahda von der Opposition als mitschuldig gesehen. Da das Angebot des Premierministers al-Jibali, eine neue, »technokratische« Regierung zu bilden, von seiner eigenen Partei und insbesondere von al-Ghanushi nicht unterstützt wurde, blieb die politische Lage angespannt. RegierungsgegnerInnen und RegierungsbefürworterInnen riefen zu zahlreichen Demonstrationen auf. Al-Jibali verkündete letztlich Ende Februar 2013 seinen Rücktritt, dem so schließlich doch ein Umbau des Regierungskabinetts folgte, die Troika aber weiterhin in der Regierungsverantwortung hielt. Neuer Premierminister wurde al-Nahdas ‘Ali al-‘Arayyid.

Die folgenden Monate zeichneten sich durch verschiedene, oft erfolglose Versuche der politischen Verständigung zwischen den politischen AkteurInnen aus. Präsident al-Marzouki rief im April 2013 zu Gesprächen auf, denen zunächst sogar Nida’ Tunis zusagte, von der UGTT jedoch abgelehnt wurden. Im Mai 2013 drängte

⁸² Die Entscheidung den Generalstreik abzusagen, wurde besonders von rangniedrigen Gewerkschaftsmitgliedern harsch kritisiert und mitunter als Verrat an gewerkschaftlichen Idealen aufgefasst.

⁸³ Die UGTT hatte schon kurz nach dem Mord an Bal‘aid verlauten lassen, dass auch al-‘Abasi anonyme Morddrohungen erhalten habe.

die UGTT im Gegenzug auf die Fortsetzung ihrer eigenen Initiative des »nationalen Dialogs«. Diese Gesprächsmöglichkeit wurde sowohl von Regierungs- als auch von Oppositionsparteien wahrgenommen und man einigte sich außerhalb der ANC auf bestimmte Eckpunkte des weiteren Übergangsprozesses (sowie auf konstitutionelle Inhalte, wie die Errichtung eines semi-präsidentiellen Systems). Insgesamt jedoch blieb die politische Lage, auch aufgrund zahlreicher Kontroversen innerhalb der ANC, von Konflikt geprägt.

5.2.1 »Bedrohung der UGTT«

Anlässlich der Übergriffe auf Büros und Mitglieder der UGTT folgt die gewerkschaftliche Führung in ihren Stellungnahmen zunehmend einem Deutungsmuster, das eine »Bedrohung der UGTT« problematisiert:

Die Angriffe auf die materielle Infrastruktur und die Mitglieder der UGTT (E1) sind als Angriffe auf die institutionelle Unabhängigkeit der Gewerkschaft zu verstehen (E4). Ursächlich für das Problem sind zuallererst die Bemühungen der Regierung, ihre Kontrolle über die UGTT zu vergrößern und die UGTT als politische Akteurin zu schwächen. Darin gründet auch der mangelnde Schutz der Regierung vor Gewaltakten durch »islamistische« und »salafistische« Gruppen (E2). Erforderlich sind die Auflösung der gewalttätigen Gruppen, das Ende der Angriffe auf die UGTT und die Selbstbehauptung der UGTT gegen alle Versuche sie zu schwächen (E3).

Schon die ersten Übergriffe auf ihre Büros im Februar 2012 deutet die UGTT als »Versuch der Regierung, ihre Befugnisse über die Gewerkschaft auszuweiten«⁸⁴, als Versuch die Gewerkschaft »zu zähmen«.⁸⁵ Daran anschließend bezeichnet al-‘Abasi die Ereignisse als eine »gegen die UGTT organisierte Kampagne, darauf ausgerichtet, das Ansehen der UGTT in der Öffentlichkeit zu schädigen«.⁸⁶ Das Deutungsmuster bleibt auch im Zuge der tätlichen Angriffe auf GewerkschafterInnen im Dezember 2012 beständig. Immer wieder nehmen die gewerkschaftlichen SprecherInnen Bezug auf die politische Aufgabe der UGTT, deren Ausübung vorsätzlich verhindert werden soll, wie al-Tahrir Äußerung verdeutlicht:

»Das Ziel [der Angriffe] ist es, die UGTT zu destabilisieren, um sie davon abzuhalten, ihre Rolle zu spielen«.⁸⁷

84 »[...] the government’s attempt to expand its authority over labor unions [...]« (ALAF_2012_03_12_1).

85 »Ils essayent de nous domestiquer« (HUMA_2013_03_29_1).

86 »[...] une campagne orchestrée contre l’UGTT visant à nuire à son image auprès de l’opinion publique [...]« (FIGA_W_2012_02_25_1).

87 »Et leur objectif [...] est de déstabiliser l’UGTT pour l’empêcher de jouer son rôle« (MOND_2012_12_08_1).

Auch al-‘Abasi folgt noch Monate nach den Ereignissen dieser ursprünglichen Deutung:

»Wir waren von Anfang an überzeugt, dass sich der Angriff vom 4. Dezember 2012 im Rahmen einer durchdachten Strategie ereignete, die darauf zielt, die UGTT zu stören und in die Knie zu zwingen.«⁸⁸

Auffällig ist, dass die UGTT hier Bestrebungen denunziert, deren Umsetzung eine Rückkehr der Gewerkschaft in die Zustände unter Bin ‘Ali zur Folge hätte. Die UGTT deutet die Angriffe eben nicht nur als Einschüchterungsversuche oder als einen situationsbedingten Ausbruch von Gewalt, sondern als Anzeichen für Strategien, die zu der depolitisierten gewerkschaftlichen Rolle führen sollen, von der sich die UGTT seit dem Sturz Bin ‘Alis öffentlich zu emanzipieren versucht. Vor diesem Hintergrund sind Äußerungen, wie die folgende al-‘Abasis, einzuordnen:

»Niemand kann uns unser politisches Verhalten vorschreiben, nur die ArbeiterInnen bestimmen über ihre Sache.«⁸⁹

Die Anschuldigungen sind dabei nicht immer ausschließlich an die Regierung gerichtet, sondern beziehen sich oft auf eine weiter gefasste, fast diffuse Akteursgruppe, die sich gegen eine bestimmte Konzeption der tunesischen Gesellschaft richtet:

»Die FeindInnen der Freiheit, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit haben ihre Zähne gefletscht. [...] Sie sind gegen soziale Gerechtigkeit, gegen Entwicklung, gegen konstruktiven Dialog, gegen Partizipation.«⁹⁰

So beschreibt al-‘Abasi in der Pressekonferenz der UGTT anlässlich der Ereignisse im Dezember 2012 die GegnerInnen der UGTT, die, indem sie sich gegen die UGTT gewendet haben, gleichzeitig als GegnerInnen eines »freiheitlichen«, »demokratischen« Tunesiens etikettiert werden. Diese legitime, gewerkschaftliche Vision der tunesischen Gesellschaft verknüpft al-‘Abasi mit der Figur Farhat Hashads:

»Hashad ist nicht für die UGTT gestorben, sondern für das Volk. [...] Hashad wurde ermordet, weil er die Befreiung des Landes wollte. Er wurde ermordet, weil er wollte, dass das Land frei, unabhängig, demokratisch und sozial ist. Die UGTT war in ihrer ganzen Geschichte, von ihrer Gründung bis heute, für das

88 »Nous étions convaincus dès le départ que l’attaque du 4 décembre 2012 est intervenue [sic] à la suite d’une stratégie bien pensée pour perturber et mettre à genoux l’UGTT« (ALAF_2013_04_07_1).

89 »Nul ne peut nous dicter une conduite politique, seuls les travailleurs décident de leur cause« (ALAF_2012_12_11_1).

90 »[L]es ennemis de la liberté, de la démocratie et de la justice sociale ont montré leurs dents. [...] Ils sont contre la justice sociale, contre le développement, contre le dialogue constructif, contre la participation« (TEAL_2012_12_05_3).

Land immer eine Kraft des Gleichgewichts, die verschiedene Sichtweisen vereint. Sie kämpft gegen Absolutismus, soziale Ungerechtigkeit und Diktatur.«⁹¹

»Die FeindInnen der Aufklärung haben die Gelegenheit ergriffen, Farhat Hashad ein zweites Mal zu ermorden. Weder das Regime Burqibas noch das Bin 'Alis haben einen solchen Angriff auf die UGTT gewagt.«⁹²

»Die UGTT ist im Herzen des Volkes. Das Volk kann nirgendwo anders als an der Seite der UGTT stehen. [...] Niemand kann Hashad ein zweites Mal umbringen. Niemand kann den Marsch der UGTT stoppen.«⁹³

In einer martialischen und gleichzeitig stark emotionalisierenden Sprache stellt al-'Abasi das »tunesische Volk« und die UGTT auf die eine, die »FeindInnen der Aufklärung«, darunter die LNPR, »salafistische« Gruppen und implizit auch die Regierung unter al-Nahda, auf die andere Seite. Beide Gruppen unterscheiden sich, so impliziert es al-'Abasi, in ihren Vorstellungen von einer legitimen sozialen Ordnung. Die UGTT vereinnahmt für sich selbst »positive« Gesellschaftskonzeptionen, wie Demokratie, Freiheit oder Gerechtigkeit, während sie ihren GegnerInnen die Unterstützung von Absolutismus und Diktatur zuschreibt.

Davon abgesehen wird al-Nahda an zahlreichen Stellen auch explizit als Verantwortliche für den »Wiederausbruch der Gewalt gegenüber allen Teilen der Zivilgesellschaft, inklusive der UGTT«⁹⁴ genannt. Die UGTT wirft ihr vor, die LNPR unter Vorsatz nicht aufzulösen und das Problem »salafistischer« Gewalt zu bagatelisieren. Vereinzelt betitelt die UGTT die LNPR auch als den »bewaffneten Arm«⁹⁵, als »Milizen al-Nahdas«⁹⁶ und unterstellt so deren Instrumentalisierung durch die Regierungspartei. Die Ereignisse im Dezember 2012 seien ein Zeichen, »das nicht über die Rückkehr von Regierungsmilizen hinwegtäuschen kann.«⁹⁷ Entsprechend wird von der UGTT wiederholt die Auflösung der LNPR gefordert.

91 »Hached n'est pas mort pour l'UGTT, mais pour le peuple. [...] Hached a été assassiné parce qu'il voulait la libération du pays. Il a été assassiné parce qu'il voulait que le pays soit libre, indépendant, démocratique et social. L'UGTT à travers toute son histoire depuis sa création, jusqu'à aujourd'hui a toujours été un facteur d'équilibre pour le pays, rapprochant les points de vue. Elle lutte contre l'absolutisme, l'injustice sociale et la dictature« (TEAL_2012_12_05_3).

92 »Cependant, les parties obscurantistes ont saisi l'occasion pour assassiner Farhat Hached pour la seconde fois. Ni le régime bourguibiste ni celui rcdiste n'ont osé porter une telle atteinte à l'UGTT« (ALAF_2012_12_05_1).

93 »L'UGTT est dans le cœur du peuple. Le peuple ne peut être que du côté de l'UGTT. [...] Personne ne peut assassiner Hached une deuxième fois. Personne ne peut arrêter la marche de l'UGTT« (TEAL_2012_12_05_3).

94 »Nous tenons le gouvernement pour responsable de la recrudescence des violences perpétrées à l'encontre de toutes les composantes de la société civile dont l'UGTT« (MOND_2012_12_08_1).

95 »[...] le bras armé d'Ennahda [...]« (MOND_2012_12_08_1).

96 »[...] milices d'Ennahdha [...]« (ALAF_2012_12_11_1).

97 »[...] un signe qui ne trompe pas sur le retour des milices liées au parti au pouvoir« (TEAL_2012_02_24_2).

5.2.2 »Schutz des Übergangsprozesses«

Abgesehen von den Angriffen auf sich selbst, hebt die UGTT in dem Deutungsmuster »Schutz des Übergangsprozesses« die generelle Fragilität des politischen Umbruchs hervor:

Der schleppende Verlauf des Übergangsprozesses und die fehlende Umsetzung notwendiger Reformen (E₁) stellt eine Bedrohung des revolutionären Fortschritts dar (E₄). Ursächlich ist die Regierung unter al-Nahda und dabei besonders ihre undemokratische Regierungsweise (E₂). Erforderlich ist einerseits die gesellschaftliche Konsensfindung, andererseits das uneingeschränkte Engagement der UGTT in ihrer sozialen und historischen Rolle als Beschützerin der tunesischen Nation (E₃).

Die UGTT problematisiert dabei insbesondere den mangelnden Fortschritt im Übergangsprozess. Einerseits in Bezug auf das Nichteinhalten bestimmter Fristen, andererseits bezüglich einer fehlenden »revolutionären« Politik. So stellt al-Tahri fest, dass der »[revolutionäre] Prozess [...] von der Regierung blockiert [wird]«. ⁹⁸ Als hauptsächliche Ursache wird weiterhin die »undemokratische« Regierungsweise al-Nahdas gesehen. In den deutlichsten Äußerungen wird die Regierung unter al-Nahda als »neue Form der Diktatur« ⁹⁹ oder als »faschistisches Regime« ¹⁰⁰ bezeichnet. ¹⁰¹ In vielen Fällen werden Parallelen zwischen der Herrschaftsweise al-Nahdas und der Bin 'Alis gezogen.

Die Lösung sieht die UGTT zuallererst in der gesellschaftlichen Zusammenarbeit, die sich vor allem an der gemeinsamen Konsensfindung orientiert. In Bezug auf das Ziel eine »Roadmap« zu erstellen, die Eckpunkte des weiteren Übergangsprozesses festhalten und verbindlich machen soll, betont die UGTT wiederholt ihre Aufgeschlossenheit gegenüber Gesprächen. Dieses Motiv kommt vor allem in den Begründungen für ihre Initiative des »nationalen Dialogs«, aber auch inmitten der politischen Krisen zum Vorschein. Kurz nach den ersten Angriffen auf die UGTT-Büros im Februar 2012 betont al-'Abasi beispielsweise, dass die »höheren Interessen des Landes die Kooperation und Zusammenarbeit zwischen der UGTT und al-Nahda erfordern«. ¹⁰² Auch al-Tahri bestätigt wenige Tage nach den Ereignissen, dass die UGTT trotz aller Differenzen »niemals die Tür des Dialogs schließen wird«. ¹⁰³

98 »Le processus [révolutionnaire] est bloqué par ce gouvernement« (EUSO_2012_12_05_1).

99 »Ils incarnent à mes yeux une nouvelle forme de dictature« (HUMA_2011_10_25_2).

100 »Ce régime est un régime fasciste« (HUMA_2013_04_29_1).

101 Hier ist anzumerken, dass UGTT-Generalsekretär al-'Abasi die direkte Kritik an al-Nahda, vermutlich aus diplomatischen Gründen, in seinen Äußerungen nicht in dieser Schärfe übernimmt.

102 »[...] l'intérêt supérieur du pays impose à Ennahdha et à l'UGTT de coopérer et de travailler ensemble« (ALAF_2012_02_27_1).

103 »A l'UGTT, nous pouvons avoir des différends avec nos partenaires mais nous ne fermons jamais la porte du dialogue« (ALAF_2012_03_05_1).

Entscheidendes Element dieses Deutungsmusters ist wiederum die Selbstpositionierung der UGTT als eine »Begleiterin des laufenden demokratischen Prozesses«¹⁰⁴, die das Ziel hat, »diese Revolution zu beschützen und ihre Erwartungen zu verwirklichen«.¹⁰⁵ Diese Position bezieht die UGTT nicht implizit, sondern so explizit wie möglich. Das verdeutlicht die folgende Äußerung des stellvertretender UGTT-Generalsekretärs Bilqasim al-‘Ayaris:

»Die UGTT wird die Garantin und die Verteidigerin der Institution Tunesien bleiben. Ich beziehe mich nicht auf das wirtschaftliche System, sondern auf das soziale Modell«.¹⁰⁶

In ihren Äußerungen stellt die UGTT dabei häufig einen historischen Bezug zu ihrer Beteiligung an der Staatsgründung Tunesiens her. Die Betonung dieses Umstandes lässt sich als eine Distinktionsstrategie gegenüber den übrigen AkteurInnen im politischen Feld verstehen, die in dieser historischen Periode entweder nicht mitgewirkt haben oder noch nicht existierten. Ihre Mission der »Verteidigung des zivilen Charakters des tunesischen Staats und eines republikanischen Regimes«¹⁰⁷ muss sie dabei aber insbesondere vor den »islamistischen« AkteurInnen durchsetzen, die »ihr« Tunesien bedrohen.

5.2.3 »Sozioökonomische Missstände«

Auch unter der neuen Regierung problematisiert die UGTT die wirtschaftlich-soziale Lage:

Die seit dem Sturz Bin ‘Alis in vielen Regionen angestiegene Arbeitslosigkeit, fortbestehende wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Regionen und gleichbleibende Löhne (E1) charakterisieren die schwierige sozioökonomische Lage (E4). Die Situation ist auf die allgemeine Verantwortungslosigkeit der Regierung, auf die Korruption lokaler PolitikerInnen al-Nahdas und insbesondere auf die Fortsetzung der neoliberalen Politik Bin ‘Alis zurückzuführen (E2). Eine Verbesserung der Lage erfordert die Entwicklung eines wirtschaftlichen Modells, das zwingend den Halt aller Privatisierungen beinhalten muss (E3).

Die dramatische wirtschaftliche Lage wird von der UGTT fast ausschließlich auf die Regierung unter al-Nahda zurückgeführt. Besonders der fehlende Wille der Regierung, sich mit der wirtschaftlichen Situation, oder genauer, mit den Forde-

104 »[...] accompagnateur de du processus démocratique en cours [...]« (TEAL_2011_12_28_1).

105 »Notre objectif est désormais de protéger cette révolution et de concrétiser les attentes [...]« (JEAF_2012_06_25_1).

106 »L’UGTT restera le garant et le défenseur de l’institution Tunisie. Je ne fais pas référence au système économique, mais au modèle sociétal« (LIBE_2013_02_07_2).

107 »[...] la défense du caractère civil de l’Etat tunisien et du régime républicain« (ALAF_2012_05_02_1).

rungen der Betroffenen auseinanderzusetzen, wird kritisiert. Die Äußerung ‘Adnan al-Hajjis, Mitglied der UGTT-Führung in Redeyef (in der Region Gafsa), beschreibt die gewerkschaftliche Sicht aus den marginalisierten inneren Regionen des Landes:

»Aber die Regierung, geführt von al-Nahda, verweigert zu verhandeln; sie verweigert es, die Grundrechte der regionalen Bevölkerung anzuerkennen. [...] Diese Regierung hat nicht den politischen Willen zu reagieren, den Zug der Revolution wieder auf die Schienen zu bringen. [...] Seit über zwanzig Monaten ist also das Phosphat blockiert, aber das interessiert die Herrschenden nicht. Dabei ist die Wirtschaft des Landes gebeutelt. Schlimmer noch, die Regierung hat es bevorzugt, einen IWF-Kredit zu ersuchen, statt in Verhandlungen zu treten.«¹⁰⁸

Die Vernachlässigung der inneren Regionen ist dementsprechend ein Vorwurf, den die UGTT sowohl an Bin ‘Ali als auch an al-Nahda richtet. Die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung wird von der UGTT häufig auch mit expliziten Bezügen zu dem Regime Bin ‘Alis unterstützt, wie die Äußerung Anwar Bin Kadurs, stellvertretender UGTT-Generalsekretär, zeigt:

»Es hat in keiner Weise einen Bruch mit den unter Bin ‘Ali verfolgten ultraliberalen Politiken gegeben. Es ist sogar noch schlimmer! Die IslamistInnen sind die besten VerteidigerInnen des freien Handels, des freien Wettbewerbs, der Deregulierung, der Steuersenkungen.«¹⁰⁹

Die Kritik gilt nicht der gesamten Regierung, sondern wird mit al-Nahdas Eigenschaft, eine »islamistische« Partei zu sein, in Verbindung gebracht.

5.2.4 Einbindung in Polarisierung II

Mit der Regierungsübernahme al-Nahdas verändern sich die Deutungsmuster der UGTT. Die Problematisierung einer möglichen Konterrevolution setzt sich nicht fort. Stattdessen wird einerseits auf das Problem der Angriffe auf die gewerkschaftliche Unabhängigkeit hingewiesen, andererseits auf den notwendigen Schutz des demokratischen Übergangs. Die UGTT sieht nicht mehr die AnhängerInnen des Bin ‘Ali-Regimes als die hauptsächliche Gefahr für die tunesische Gesellschaft,

¹⁰⁸ »Mais ce gouvernement, dirigé par Ennahdha, refuse de négocier, refuse de reconnaître les droits fondamentaux des habitants de la région. [...] Ce gouvernement n’a pas la volonté politique pour réagir, remettre le train de la révolution sur les rails. [...] Le phosphate est donc bloqué depuis plus de vingt mois, mais ça n’intéresse pas le pouvoir. Pourtant l’économie du pays est en crise. Pis, le gouvernement a préféré demander un prêt au FMI plutôt que d’ouvrir les discussions« (HUMA_2013_04_29_1).

¹⁰⁹ »[I]l n’y a eu aucune rupture avec les politiques ultralibérales conduites sous Ben ‘Ali. C’est même pire ! Les islamistes sont les meilleurs défenseurs du libre commerce, de la libre concurrence, de la dérégulation, des réductions d’impôts« (HUMA_2012_08_10_1).

sondern die Regierung unter al-Nahda. Während »islamistische« AkteurInnen in den Äußerungen der ersten Untersuchungsphase keine Rolle spielten, werden sie hier durchgehend als hauptverantwortlich für soziale Probleme gezeichnet. Indem der gewerkschaftliche Diskurs die »islamistische« Partei als Verursacherin der Probleme der tunesischen Gesellschaft im Allgemeinen, und der Krisen des tunesischen Umbruchprozesses im Besonderen, darstellt, wird er zu einem regierungskritischen, potentiell polarisierenden Diskurs.

Ungeachtet dieser durch den Kontext hervorgerufenen Deutungsverschiebungen bleiben einige zentrale Elemente des Diskurses konstant. Wie zuvor wird die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage auf neoliberale Politiken zurückgeführt. Es fand lediglich eine Anpassung der Problemursache (E2) statt. War es in der ersten Phase noch das Regime Bin 'Alis, ist es schon kurz nach den Wahlen al-Nahda, die für die Umsetzung von Privatisierungen, die Ablehnung von Lohnerhöhungen oder die mangelnde wirtschaftliche Berücksichtigung der küstenfernen Regionen kritisiert wird. So wird der generative Zusammenhang zwischen langfristig geformten Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata und diskursiven Stellungnahmen deutlich: Die Absage der UGTT an eine neoliberale Wirtschaftspolitik entspricht einem zentralen Charakteristikum der gewerkschaftlichen sozialen Position. Darüber hinaus produziert sie eine deutliche Abgrenzung von »islamistischen« AkteurInnen. Indem »IslamistInnen« eine inhärente Unterstützung neoliberaler Politiken zugeschrieben wird, transportiert das Deutungsmuster »Sozioökonomische Missstände« eine Selbstabgrenzung der UGTT, die in der Unvereinbarkeit der gewerkschaftlichen Identität mit neoliberaler Wirtschaftspolitik gründet. Ein gemeinsames wirtschaftliches Verständnis wird so diskursiv ausgeschlossen.

Aber inwiefern ist der Diskurs der UGTT in diesem Untersuchungszeitraum ein Beitrag zu der spezifischen Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus«? Tatsächlich beinhaltet der dominante Diskurs der UGTT keine religiösen Bezüge. Weder wird auf die spezifischen, religiös beeinflussten Gesellschaftskonzeptionen al-Nahdas eingegangen, noch werden die religiösen Positionen »salafistischer« oder »islamistischer« Gruppen problematisiert. Die Frage nach der Trennung von religiösen Vorgaben und der Ausgestaltung des politischen Systems, die im Verfassungsprozess eine zentrale Konfliktlinie war, wird vom gewerkschaftlichen Diskurs nicht hervorgehoben. Die UGTT plädiert nicht für ein »säkulares« politisches System und stellt sich auch nicht explizit als »säkulare« Akteurin dar. Die Begriffe »al-'almaniyya« (»Säkularismus«) oder das französische »laïcisme« (Laizismus) spielen keine Rolle. Zwar werden diese Begriffe auch von vielen anderen politischen AkteurInnen aus historischen Gründen weitgehend vermieden¹¹⁰, aber auch das diffusere und gesellschaftlich verbreitetere Konzept des »zivilen Staats« (»dawla madaniyya«) nimmt in den Äußerungen ranghoher GewerkschafterInnen keine zentrale Stellung ein. Insofern lässt sich der gewerkschaftliche Diskurs eher als ein anti-»islamistischer« als ein »säkularer« bezeichnen; aber eben nicht in

110 Siehe Fußnote 8 für eine Erläuterung der Problematik dieser Begriffe.

Bezug auf die womöglich religiösen Inhalte »des« »Islamismus«, sondern in Bezug auf die spezifischen AkteurInnen, die entsprechend dieser Inhalte benannt werden: das gilt insbesondere für al-Nahda. Ihr wird nicht etwa vorgeworfen, dass sie einen religiösen Staat errichte, sondern dass sie nach den autoritären Praktiken vorgehe, die schon unter Bin 'Ali zu dem Ausschluss der Zivilgesellschaft und oppositioneller Kräfte gedient haben.

Zusätzlich unterliegen diejenigen Äußerungen der UGTT, die eine Bedrohung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit durch die Regierung problematisieren, einer Deutung, die al-Nahda, die LNPR oder seltener auch Ansar al-Shari'aa weitgehend als kooperierende AkteurInnen sieht. Die UGTT differenziert in den Hochphasen der politischen Krisen, wenn sie sich nicht explizit auf die Regierungsfunktion al-Nahdas bezieht, kaum noch zwischen al-Nahda und gewaltbereiten »islamistischen« oder »salafistischen« Gruppen. Diese Kategorisierung bestimmter AkteurInnen als »IslamistInnen« geht im Diskurs der UGTT zunehmend einher mit einer Explikation ihrer eigenen Sichtweisen auf das Soziale. Ihre »klassifizierenden« Stellungnahmen beziehen sich dabei direkt auf die Geschichte der UGTT im politischen Feld Tunesiens. Die UGTT steht nicht nur für eine demokratische Entwicklung Tunesiens ein, sondern spezifiziert ihr bevorzugtes Gesellschaftsmodell beispielsweise in Anlehnung an den Gewerkschaftsgründer Hashad oder an der Funktion als »Beschützerin der tunesischen Zivilisation«, die sie sich entsprechend ihres Geschichtsverständnisses zuschreibt. Diese diskursive Praxis ist gleichzeitig auch eine polarisierende, weil sie zum Ziel hat, die gewerkschaftliche Vorstellung einer sozialen Ordnung gegenüber denen bestimmter Akteursgruppen als legitim durchzusetzen. »Islamistische« AkteurInnen werden in den Hochphasen der Krisen, insbesondere im Dezember 2012, von dem gewerkschaftlichen Verständnis einer tunesischen Gesellschaft ausgeschlossen. So trägt dieses Element des gewerkschaftlichen Diskurses ganz entschieden zu der diskursiven Polarisierung gegenüber ihren »islamistischen« politischen KontrahentInnen bei.

5.3 Phase 3: Krise und Vermittlung (25.07.2013 – 27.01.2014)

Die Ermordung des oppositionellen ANC-Abgeordneten Muhammad Brahmi am 25. Juli 2013 wurde von den Oppositionskräften, wie im Fall Bal'aid, als »islamistischer« Gewaltakt verstanden und stürzte Tunesien erneut in eine tiefe politische Krise.¹¹¹ Während noch am Tag vor dem Attentat im Rahmen des »nationalen Dialogs« der UGTT verhandelt wurde, waren die nächsten Tage und Wochen von zahlreichen Streiks und Demonstrationen für den Rücktritt der Regierung dominiert. Für einen großen Teil der Gesellschaft hatte al-Nahda ihre Legitimität endgültig verloren. Obwohl führende Mitglieder al-Nahdas das Attentat öffentlich scharf verurteilt und jegliche Beteiligung abgestritten hatten, wurde der Regierungspartei mitunter vor-

111 Schnell stellte sich zudem heraus, dass beide Attentate mit derselben Waffe ausgeführt wurden.

geworfen, dass sie mit Ansar al-Shari'aa für die Umsetzung ihrer politischen Ziele kooperieren würde. Die Regierung hingegen klassifizierte Ansar al-Shari'aa noch im August als eine »terroristische Organisation«.

Auch die parallelen Entwicklungen in Ägypten wirkten sich auf die politischen Dynamiken in Tunesien aus. Unter dem Eindruck des Sturzes Muhammad Mursis durch das ägyptische Militär verstand al-Ghanushi die anhaltenden Proteste als Teil eines Putschversuches. Tatsächlich hatte ein gleichnamiges, tunesisches Pendant zur ägyptischen Tamarrud-Kampagne am Tag Mursis Absetzung einen Zwischenstand der von ihr zum Zwecke der Auflösung der ANC und des Regierungsrücktritts gesammelten Unterschriften veröffentlicht.¹¹² Einen Tag nach dem Attentat auf Brahmi hatte sich außerdem eine dem ägyptischen Oppositionsbündnis entsprechende, tunesische Nationale Rettungsfront (Jabhat al-Inqadh al-Watani) gegründet, u.a. aus Nida' Tunis unter al-Sabsi und dem linken Parteienbündnis der Volksfront (al-Jabha al-Sh'abeyya) unter Hamma al-Hammami.¹¹³ Als auch ANC-Präsident und Troika-Mitglied Bin J'afar seine Unterstützung der Rücktrittsforderungen verkündete und die Aktivitäten der verfassunggebenden Versammlung aussetzte, sah sich al-Nahda einer bis dahin nicht in diesem Maße zusammenstehenden Opposition gegenüber.

Die UGTT hatte derweil schon wenige Tage nach dem Attentat Verhandlungen vorgeschlagen, um einen Weg aus der Krise zu finden. Im Verlauf des August trafen sich al-'Abasi und al-Ghanushi wiederholt, um die Grundlagen eines erneuten »nationalen Dialogs« zu verhandeln. Im Gegensatz zu vielen anderen oppositionellen AkteurInnen forderte die UGTT zwar die Bildung einer »technokratischen« Übergangsregierung, den zügigen Abschluss des Verfassungsprozesses und die genaue Terminierung der darauffolgenden Wahlen, nicht jedoch die Auflösung der ANC. Anfang Oktober ging al-Nahda schließlich auf diese Vorschläge ein und es wurden entsprechende Übereinkommen zwischen Opposition und Regierung unterzeichnet. Unter der Führung der UGTT, der UTICA, der Menschenrechtsorganisation LTDH (*Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme*) und der tunesischen Rechtsanwaltskammer sowie unter der Beteiligung aller zentralen politischen AkteurInnen begann der »nationale Dialog« schließlich am 25. Oktober 2013. Premierminister al-'Arayyid hatte sich schon zuvor bereit erklärt zurückzutreten, sobald der »nationale Dialog« eine Einigung über die Zusammensetzung einer Übergangsregierung hervorbrächte. Nach einigen Unstimmigkeiten und Unterbrechungen der Verhandlungen einigten sich die Parteien nach fast zwei Monaten letztlich auf den partei-

112 Auch die UGTT hatte das ägyptische Volk nach der Absetzung Mursis beglückwünscht (LIBE_2013_07_08_1). Al-'Abasi distanzierte sich jedoch im August 2011 deutlich von der Möglichkeit einer ähnlichen Entwicklung in Tunesien (REUT_2013_08_17_1). In Angesicht der Repression der Muslimbruderschaft in Ägypten war auch bei den Oppositionsparteien der Enthusiasmus über die Entmachtung Mursis verschwunden (Wolf 2014, S. 12).

113 Ebenfalls am 26. Juli 2013 wurde die dritte neue Gewerkschaft nach dem Sturz Bin 'Alis gegründet, die Organisation *Tunisienne du Travail* (OTT), die als eine al-Nahda nahestehende Organisation gesehen wird. Auch diese gewerkschaftliche Neugründung hatte keine größeren Auswirkungen auf die Rolle der UGTT im gewerkschaftlichen oder politischen Feld, drückt aber die Bestrebungen aus, den politischen Einfluss der UGTT zu schwächen.

losen und bisherigen Industrieminister Mahdi Jum‘aa als neuen Regierungschef. Ende Dezember 2013 begann die ANC letzte Änderungen an dem bisherigen Verfassungsentwurf vorzunehmen. Al-‘Arayyid trat schließlich am 9. Januar 2014 zurück und Jum‘aa folgte ihm nach der Verfassungsverabschiedung am 27. Januar 2014 in das Amt des Premierministers.

5.3.1 »Schutz des Übergangsprozesses«

Nach dem Mord an Brahmi ist der Diskurs der UGTT vor allem von ihrem Drängen auf den »nationalen Dialog« bestimmt. In ihren Äußerungen folgt sie dabei einem Deutungsmuster, das ich, entsprechend der zweiten Untersuchungsphase, »Schutz des Übergangsprozesses« genannt habe:

Die politische Krise und die Verzögerung des Übergangsprozesses (E1) drohen in einer ökonomischen und sozialen Katastrophe zu enden (E4). Verantwortlich für die Gefahr ist zuallererst al-Nahda wegen ihres Unwillens, die Regierungsverantwortung abzugeben (E2). Zwingend erforderlich für die Beendigung des Übergangsprozesses ist die Konsensfindung zwischen allen Konfliktparteien (E3). Die UGTT muss dabei in Übereinstimmung mit ihrer historischen Rolle die Funktion einer Vermittlerin erfüllen, die sämtliche Sichtweisen integriert und eine neutrale Position zwischen Regierung und Opposition einnimmt.

Im Angesicht der »erstickenen politischen Krise«¹¹⁴ macht die UGTT das »Schicksal Tunesiens«¹¹⁵ von der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition abhängig. Als Bedingung dieser Verhandlungen fordert die UGTT, wie alle anderen Oppositionskräfte, den Rücktritt der Regierung unter al-Nahda, die »ihre Glaubwürdigkeit verloren hat«¹¹⁶ und deren »ökonomische, soziale und politische Fehler [sowie] ihr Unvermögen, für Sicherheit zu sorgen«¹¹⁷, verantwortlich für diese Krise seien.

Sowohl vor dem offiziellen Beginn des »nationalen Dialogs« als auch während der Verhandlungen ab dem 25. Oktober 2013 macht die UGTT al-Nahda für die Blockaden und Krisen in den Gesprächen verantwortlich. Über Wochen richtet al-‘Abasi, unter dessen persönlichen Ägide die Verhandlungen geführt wurden, seine Vorwürfe an die verhandelnden Führungskräfte der »islamistischen« Partei, wie hier Ende September 2013:

114 »[...] crise politique étouffante [...]« (JAAF_2013_09_03_1).

115 »[...] destin de la Tunisie [...]« (HUMA_2013_07_29_1).

116 »[...] qui a perdu sa crédibilité [...]« (LIBE_2013_08_14_1).

117 »[...] erreurs économiques, sociales et politiques [et] son incapacité à assurer la sécurité [...]« (REUT_2013_08_17_1).

»Wir haben auf al-Nahdas Seite keinen wirklichen Willen entdeckt, aus der Regierungsverantwortung zu treten.«¹¹⁸

»Wir haben bemerkt, dass al-Nahda von anderen Zugeständnisse verlangt, aber selbst keine Gegenleistungen anbietet. Im Gegenteil, sie verlangt im gleichen Augenblick noch mehr oder stellt weitere Forderungen.«¹¹⁹

Auch Sami al-‘Awadi, Mitglied des Exekutivkomitees, führt die Schwierigkeiten im »nationalen Dialog« auf al-Nahda zurück:

»Nach meiner Auffassung ist al-Nahda die hauptsächliche Verursacherin der aktuellen Blockade in den Verhandlungen. Ihre Führungskräfte wollen die Macht nicht abgeben. [...] Sie haben diese Verhandlungen mit der Absicht aufgenommen, Zeit zu gewinnen.«¹²⁰

Die UGTT bekräftigt des Weiteren wiederholt die Notwendigkeit eines Kompromisses, der es erfordert »schmerzhaft Zugeständnisse«¹²¹ zu machen und von hohen Forderungen abzurücken:

»Es ist jetzt nicht die Zeit für gegenseitige Überbietungen oder für überzogene Aussagen. Wir werden unser Möglichstes tun, um den gegenseitigen Eifer zu mildern, da uns die vorherrschende wirtschaftliche und soziale Situation verbietet, Zeit zu verlieren.«¹²²

Im Gegensatz zu al-Nahda werden die Oppositionsparteien für ihre Kompromissbereitschaft positiv erwähnt, insbesondere, weil sie von ihrer ursprünglichen Forderung der Auflösung der ANC abgerückt waren und sich den Forderungen der UGTT angenähert hatten.

Dennoch ist die UGTT bemüht, sich diskursiv als neutrale Akteurin zu präsentieren: Trotz der Nähe zur Nationalen Rettungsfront stellt sich die UGTT dementsprechend als eine unbefangene Mediatorin dar. Sie sei »nicht der verlängerte Arm irgendeiner politischen Partei«¹²³, stellt Samir al-Shafi klar. Von verschiedenen

118 »Nous n'avons pas sondé de leur part une volonté vraie pour quitter le gouvernement« (ALAF_2013_09_25_2).

119 »[...] nous avons remarqué que lorsque le mouvement Ennahdha arrache des concessions aux autres, il ne donne rien en contrepartie. Au contraire, c'est à ce moment-là qu'il demande plus ou se met à faire d'autres types de revendications« (ALAF_2013_09_25_1).

120 »Ennahda, à mon sens est le principal responsable du blocage actuel des négociations. Ses dirigeants ne veulent pas quitter le pouvoir. [...] Ils sont entrés dans ces négociations avec l'idée de gagner du temps« (TVCL_2013_11_09_1).

121 »Les diverses parties doivent faire des concessions douloureuses [...]« (TEAL_2013_09_07_1).

122 »[L]'heure n'est plus aux surenchères ou aux déclarations excessives. Nous ferons tout notre possible pour tempérer les ardeurs des uns et des autres dans la mesure où la situation économique et sociale prévalant dans le pays nous interdit de perdre davantage de temps« (ALAF_2013_08_20_1).

123 »[...] n'est le bras armé d'aucun parti« (LIBE_2013_08_14_1).

Mitgliedern des UGTT-Exekutivbüros wird konsequent wiederholt, die UGTT sei außerhalb der Opposition positioniert:

»Wir werden versuchen, auf beide Lager Druck auszuüben, auf die Opposition und al-Nahda.«¹²⁴

»Wir sind entschlossen die Parteien, auch die der Troika, unter Druck zu setzen, um ein Ende der Krise zu erreichen, das uns viel Unglück ersparen wird.«¹²⁵

»Wir sind sicherlich sehr kritisch, sowohl gegenüber der aktuellen Regierung als auch gegenüber der aktuellen Opposition.«¹²⁶

Diese Neutralität wird mit der »historischen Rolle«¹²⁷ der UGTT begründet: Al-Tahir versichert beispielsweise, dass die UGTT »in allen großen geschichtlichen Momenten des Landes, immer die Rolle einer Koalitionsbildnerin gespielt«¹²⁸ habe, sich also in bestimmtem Phasen dem Dualismus zwischen Regierung und Opposition zum Wohle des Landes entziehen könne.

5.3.2 »Sozioökonomische Missstände«

Im Deutungsmuster »Sozioökonomische Missstände« resümiert die UGTT die soziale und wirtschaftliche Lage Tunesiens nach zwei Jahren unter der Troika-Regierung:

Das völlige Ausbleiben positiver wirtschaftlicher Entwicklungen (E₁) kennzeichnet die katastrophale sozioökonomische Lage (E₄). Ursächlich dafür ist die wirtschaftliche Inkompetenz al-Nahdas, die sich zum Beispiel in der Vernachlässigung der inneren Regionen des Landes äußert (E₂). Nur die Einrichtung einer neuen Regierung und die Abkehr von der bisherigen neoliberalen Politik al-Nahdas können die wirtschaftliche Situation verbessern (E₃).

Nach dem Attentat auf Brahmi verknüpft die UGTT zunehmend auch die Sicherheitssituation in Tunesien, »den Terrorismus, den Waffenhandel, die politischen Attentate und die Morddrohungen«¹²⁹ mit den ausbleibenden wirtschaftlichen Ver-

124 »Nous essayons de faire pression sur les deux camps, l'opposition et Ennahda« (LIBE_2013_08_14_1).

125 »Nous sommes déterminés à faire pression sur les partis, ainsi que sur ceux de la Troika, afin de parvenir à une sortie de crise qui nous évitera bien des malheurs« (ALAF_2013_08_20_1).

126 »Nous sommes certes très critiques vis à vis de l'actuel pouvoir et de l'actuelle opposition« (TVCI_2013_11_09_1).

127 »[...] son rôle historique [...]« (HUMA_2013_07_30_1).

128 »[L]'organisation a, dans toutes les grandes phases de l'histoire du pays, toujours joué le rôle de fédérateur« (ALAF_2013_10_04_1).

129 »[...] le terrorisme, le trafic des armes à travers nos frontières, [...] les assassinats politiques, les menaces de mort [...]« (ALAF_2013_09_25_2).

besserungen. Diese bedenkliche Lage führt sie vollständig auf al-Nahda zurück und zieht, wie in diesem Fall al-‘Awadi, ein verheerendes Fazit:

»Die wirtschaftliche und soziale Bilanz der »islamistischen« Erfahrung, dieser letzten beiden Jahre, ist katastrophal. Die Preise sind gestiegen. Die Massenarbeitslosigkeit wurde nicht beseitigt. Fast 700 000 TunesierInnen haben keine Arbeit. Diese Regierung ist vollkommen unfähig, die Wirtschaft des Landes wieder in Schwung zu bringen.«¹³⁰

Zudem werden die Lösungsmöglichkeiten für die wirtschaftliche Situation im Kontext der Verhandlungen über den Regierungsrücktritt mit den politischen Forderungen verknüpft:

»Es ist dringend erforderlich vor den nächsten Wahlen eine transparente Regierung einzusetzen, die fähig ist, die Korruption einzudämmen. Die neue Exekutive wird ebenfalls eine Politik zur Verhinderung der Preiserhöhung einführen müssen.«¹³¹

Spezifische wirtschaftliche Reformen werden nicht mehr als Appell an al-Nahda gerichtet, sondern bereits mit dem Ausblick auf eine neue Regierung gefordert.

5.3.3 Einbindung in Polarisierung III

Die führenden UGTT-Mitglieder attestieren der Regierung und insbesondere al-Nahda auch im dritten Untersuchungszeitraum eine verheerende Auswirkung auf den Fortschritt des Übergangsprozesses und die sozioökonomische Lage. Sie setzen ihren regierungskritischen Diskurs dementsprechend fort. Nichtsdestotrotz muss die Einbindung des gewerkschaftlichen Diskurses in die Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus« in dieser Phase besonders vor den spezifischen Akteurskonfigurationen und politischen Szenarien analysiert werden.

Denn die Äußerungen der UGTT vollzogen sich nach dem Tod Brahmis in einem Kontext, der sich durch eine noch stärkere binäre Lagerbildung auszeichnete als der vorherige. Auch die UGTT war von diesem Prozess betroffen: Mit der Gründung von Nida’ Tunis 2012 war die UGTT ohnehin schon näher an die AkteurInnen der Oppositionsparteien gerückt. Der Sammlungspartei al-Sabsis waren schnell zahlreiche UGTT-Mitglieder beigetreten, darunter auch ehemals ranghohe Gewerk-

130 »Le bilan économique et social de l’expérience islamiste, de ces deux dernières années, est désastreux. Les prix se sont envolés. Le chômage de masse n’a pas été résorbé. Près de 700 000 Tunisiens n’ont pas d’emploi. Ce gouvernement est totalement incompétent pour relancer l’économie du pays« (TVCL_2013_11_09_1).

131 »Il est urgent et nécessaire de mettre en place avant la prochaine tenue d’élections, une gouvernance transparente capable de juguler le niveau de corruption. Le nouvel exécutif devra également mettre en place urgemment une politique de blocage des prix« (TVCL_2013_11_09_1).

schafterInnen (Wolf 2014, S. 15). Die Gründung der Nationalen Rettungsfront nach dem Attentat auf Brahmi intensiviert diese Koalitionsbildung noch.¹³² Die UGTT und die Nationale Rettungsfront folgten ähnlichen Deutungen der Geschehnisse (Wolf 2014, S. 12) und lassen sich insofern, unter Vorbehalt ihrer akteurspezifischen Eigenheiten, als VertreterInnen koalierender Diskurse verstehen.¹³³ Aufgrund des sprachlich deutlich aggressiveren Diskurses der Nationalen Rettungsfront¹³⁴, kommt dem koalierenden Diskurs der UGTT womöglich eine stärkere Einbindung in die Polarisierung bei, indem er die bereits bestehende Trennung zwischen Regierung und Opposition weiter reproduziert und als Teil der »säkularen« Diskurskoalition aufgefasst wird.

Im Gegenzug rekurriert die UGTT in diesem Untersuchungszeitraum aber wiederum auf ihr Selbstverständnis als »Beschützerin der Nation« und legitimiert so ihre Vermittlungsrolle am Ende des Übergangsprozesses. Ihre eigene politische Einbindung nimmt im Deutungsmusterelement der Problemintervention (E3) eine immer zentralere Stellung ein. Mit dem Beginn des »nationalen Dialogs« produziert die Überzeugung vom eigenen historischen Vermächtnis jedoch keine neuen Ausgrenzungen, sondern hat in dieser spezifischen Verhandlungssituation einen neutraleren Ton zur Folge. Zwar wird al-Nahda weiterhin als Problemursache für den mangelnden Fortschritt der Verhandlungen ausgemacht, jedoch distanziert sich die UGTT auch wiederholt von den Oppositionsparteien, um den Eindruck einer unparteiischen Mediatorin aufrechtzuerhalten. Auch wenn sich die UGTT von allen übrigen AkteurInnen diskursiv abgrenzt und dabei wie im zweiten Untersuchungszeitraum ihre außerordentliche Bedeutung für das postkoloniale Staatsprojekt, für die »tunesische Zivilisation« avanciert, ist ihr Diskurs an vielen Stellen weitaus weniger konfrontativ. Daraus folgt, dass ähnliche Deutungsmusterelemente nicht zwangsläufig polarisieren, sondern vor dem Hintergrund der spezifischen Akteurskonfiguration bewertet werden müssen. Während das gewerkschaftliche Selbstverständnis im zweiten Untersuchungszeitraum eine diskursive Ausgrenzung bestimmter AkteurInnen zur Folge hatte, diente es gut ein Jahr später dazu, die politische Krise zu auflösen und eine Konfliktresolution anzuregen.

132 Diese Entwicklungen entsprechen den Polarisierungsmechanismen, die Tilly als »coalition formation« und »brokerage« bezeichnet (2001, S. 572). Siehe auch Fußnote 7.

133 Zu Diskurskoalitionen siehe auch Keller (2011b, S. 235).

134 Darauf weist Wolf hin: Die Nationale Rettungsfront »adopted strongly anti-Islamist rhetoric, demanding the ›neutralization‹ of Tunisia's administration, which it maintained had been ›infiltrated‹ by Islamists« (2014, S. 12).

6 Fazit

In der vorliegenden Arbeit stellte ich die Frage nach den Modalitäten, unter denen polarisierende Diskurse von AkteurInnen in politischen Umbruchsituationen öffentlich etabliert, reproduziert oder transformiert werden. Ich untersuchte die Art und Weise, mit der AkteurInnen in sprachlichen Äußerungen zu Polarisierung beitragen. Ziel war es dabei auch, die Auswirkungen positionsbedingter Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata auf öffentliche Stellungnahmen zu theoretisieren und empirisch nachzuvollziehen. Im Anschluss an Bourdieu und die Wissenssoziologische Diskursanalyse entwickelte ich dazu eine Forschungsperspektive, die Deutungsmuster als im sozialen Kontext strukturierte Einordnungsschemata sozialer Probleme konzeptualisiert und diesen Ansatz auch für die Analyse von Organisationen geltend macht.

Das Fallbeispiel der tunesischen Gewerkschaftsorganisation UGTT und ihrer Einbindung in eine gesellschaftliche Polarisierung zwischen »Islamismus« und »Säkularismus« in der tunesischen Umbruchsituation zwischen 2011 und 2014 hat dabei verschiedene Erkenntnisse hervorgebracht. Die durchgeführte Deutungsmusteranalyse offenbarte, welche Zusammenhänge in der Darstellung sozialer Probleme hervorgehoben und welche vernachlässigt werden. So wurde deutlich, dass die UGTT in ihrem Diskurs vielmehr auf organisationstypische Charakteristika rekurriert als auf einen »Säkularismus«, und so eher eine positionsspezifische Form eines anti-»islamistischen« Diskurses vertritt. Ihre Verantwortungszuschreibung für soziale Probleme vollzieht sich dabei in Einklang mit den Merkmalen des gewerkschaftlichen Felds – das zeigte sich beispielsweise deutlich in ihrer Fokussierung auf die Kritik neoliberaler Wirtschaftspolitik, die sie in gleicher Form erst an das Regime Bin ‘Alis, dann an al-Nahda richtet. Darüber hinaus wenden sich die von der UGTT kommunizierten Vorstellungen einer legitimen sozialen Ordnung implizit gegen »islamistische« AkteurInnen. So entstehen, vor allem in besonders krisenhaften Phasen, diskursive Selbst- und Fremdetikettierungen, die insbesondere al-Nahda als politische Akteurin delegitimieren. Die UGTT schließt dabei wiederholt an das historische Vermächtnis ihrer eigenen Organisation an und distinguert sich so von ihren politischen KontrahentInnen.

Zur Verdeutlichung des Einflusses der langfristigen Entwicklungen des politischen Felds auf die gewerkschaftlichen Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata möchte ich noch die Äußerung eines Mitglieds der gewerkschaftlichen Basis aus Kasserine anführen, die im direkten Kontext der Ausschreitungen zwischen GewerkschafterInnen und »IslamistInnen« im Dezember 2012 entstand:

»Al-Nahda hat schon immer auf solche Praktiken zurückgegriffen und das seit den 1980er und 1990er Jahren. Das ist die gleiche politische Bewegung, die sich jetzt als friedlich darstellt und die vorgibt für Dialog zu sein [...]«.¹³⁵

135 »Ennahdha a toujours eu recours à de pareilles pratiques, et ce, depuis les années 80 et 90. C’est ce même mouvement politique qui s’affiche sous son air pacifique et qui prétend être pour le dialogue« (ALAF_2012_12_05_1).

Die Äußerung hinterlässt den Eindruck eines Gewerkschafters, der schon vor Jahrzehnten mit der steigenden Popularität al-Nahdas und vor allem mit der politischen Behauptung »islamistischer« AkteurInnen vis-à-vis dem gewerkschaftlichen Feld konfrontiert war. Damalige Deutungen überträgt er, kultiviert innerhalb der UGTT, auf die aktuelle Konstellation. So wie der Diskurs der UGTT-Führung vom gewerkschaftlichen Feld beeinflusst wird, ist auch diese Äußerung unverkennbar durch die Genese der gewerkschaftlichen sozialen Position innerhalb der tunesischen Gesellschaft strukturiert.

Das Fallbeispiel der UGTT legt nahe, dass sich AkteurInnen mit ihren Deutungen innerhalb der Interpretationsrepertoires ihrer spezifischen sozialen Position bewegen, aber weiterhin auf die Einflüsse von Kontext und Interaktionen reagieren und Äußerungen dementsprechend anpassen. Diese Erkenntnis hat Konsequenzen für das Verständnis von Polarisierungsprozessen, insbesondere denen in dynamischen, oft krisenhaften Umbruchsituationen. Sie suggeriert, dass sich gesamtgesellschaftliche Polarisierungsprozesse entlang verschiedener akteurspezifischer Diskurse entwickeln, die möglicherweise ganz anderen Deutungen folgen, als es eine binäre Struktur der Polarisierung vermuten lassen würde.¹³⁶ Im Fall der UGTT fiel in diesem Zusammenhang beispielsweise die Vernachlässigung religiöser Thematiken auf.¹³⁷

Die vorliegende Arbeit hat jedoch nicht geklärt, inwiefern bestimmte Deutungsmuster von AkteurInnen intentional eingesetzt werden (können). Eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen müsste die Strategien von AkteurInnen stärker berücksichtigen, als es in der Forschungsperspektive dieser Arbeit geschehen ist. Wurde die religiöse Dimension »islamistischer« Gesellschaftskonzeptionen von der UGTT möglicherweise auch deshalb nicht problematisiert, weil dieser Diskursstrang bereits von zahlreichen Oppositionsparteien besetzt war? Oder weil sie für diese Deutungen keine förderlichen diskursiven Gelegenheitsstrukturen ausmachte? Außerdem konnten in dieser Arbeit keine Aussagen darüber gemacht werden, unter welchen Umständen bestimmte Deutungsmuster zwangsläufig polarisieren und unter welchen nicht. Wie kann das Deutungsmusterelement der UGTT als »Beschützerin der tunesischen Nation« einerseits zur Ausgrenzung, andererseits zur Konfliktlösung dienen? Diese Fragen weisen auf die Relevanz bewegungstheoretischer Ansätze hin, die sich mit dem strategischen Einsatz von Deutungsmustern oder mit dem Einfluss bestimmter Kontexte und Interaktionen auf das Verhalten von AkteurInnen beschäftigen. Bourdieus Theorie der Praxis greift in diesem Zusammenhang zu kurz. Für Bourdieu sind Handlungen grundsätzlich durch die Dispositionen des Habitus bedingt und nicht Ergebnis bewusster strategischer Überlegungen. Bourdieu gesteht zwar ein, dass es in bestimmten Ausnahmesituationen

136 Diese Erkenntnis entspricht den Argumentationen der eingangs erwähnten Forschungsbeiträge, die auf die sich stetig transformierende, akteursbasierte Verhandlung von Konzepten wie »Islamismus« oder »Säkularismus« hinweisen.

137 Auch die Anfang 2015 realisierte Regierungskoalition zwischen Nida' Tunis und al-Nahda (sowie zwei weiteren Parteien) relativiert die Bedeutung der Konflikte über die Trennung von Staat und Religion und suggeriert die Relevanz anderer gesellschaftlicher Konfliktlinien.

tatsächlich strategisches Handeln geben kann, liefert dafür aber keine theoretische Ausführung. So können abrupte Veränderungen der Deutungsmuster letztlich nicht überzeugend erklärt werden. Letztendlich ist die Erarbeitung der Forschungsperspektive vor allem auch als ein Theorievorschlag zu verstehen, der in der empirischen Untersuchung dieser Arbeit nicht vollends ausgeschöpft werden konnte. Mit einem besseren Zugang zum Feld und der in diesem Zuge zwingend erforderlichen Inkorporation lokalen Wissens, ließe sich die Verknüpfung von feld- und diskursanalytischen Instrumenten besser im Gleichgewicht halten.

Auch die rein empirischen Ergebnisse dieser Arbeit legen Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen nahe. Vor allem die Nichtthematisierung von Religion könnte unter Anwendungen anderer Datenformate und -quellen näher beleuchtet (und kontrolliert) werden. In diesem Zusammenhang wäre es außerdem lohnend, den Untersuchungsgegenstand von den führenden UGTT-Mitgliedern auf die gesamte Organisation auszuweiten. Eine Analyse, die Bourdieus Konzeptualisierung des »sprachlichen Markts« und seine Arbeiten zu politischen Delegationsprozessen miteinbezieht, könnte aufschlussreiche Erkenntnisse über intraorganisatorische Dynamiken hervorbringen; auch im Hinblick darauf, inwiefern »islamistische« Diskurse innerhalb der Gewerkschaft bestehen können oder marginalisiert werden.

Abkürzungsverzeichnis

ANC	Assemblée Nationale Constituante; al-Majlis al-Watani al-Ta'sisi
CGTT	Confédération Générale Tunisienne du Travail; al-Jam'aa al-'Aama al-Tunisiyya li-l-Shurrl
CNPR	Conseil National pour la Protection de la Révolution; al-Majlis al-Wataniyya li-Himayat al-Thaura
CPG	Compagnie des Phosphates de Gafsa; Shirka Fوسفات Qafsa
CPR	Congrès pour la République; al-Mu'tamar min ajl al-Jumhuriyya
FDTL	Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés; al-Takatul al-Dimuqrati min ajl al-'Amal wa-l-Hurriyyat
IWF	Internationaler Währungsfonds
LNPR	Ligue Nationale pour la Protection de la Révolution; al-Rabita al-Wataniyya li-Himayat al-Thaura
LTDH	Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme; al-Rabita al-Tunisiyya li-l-Daffa'a 'an huquq al-Insan
MTI	Mouvement de la Tendance Islamique; Harakat al-Ittaja al-Islamiyya
OTT	Organisation Tunisienne du Travail; al-Munazzima al-Tunisiyya li-l-Shurrl
PDP	Parti Démocrate Progressiste; al-Hizb al-Dimuqrati al-Taqaddumi
RCD	Rassemblement Constitutionnel Démocratique; al-Tajamm'u al-Dusturi al-Dimuqrati
UGTT	Union Générale Tunisienne du Travail; al-Attahad al-'Aam al-Tunisi li-l-Shurrl
UTICA	Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat; al-Attahad al-Tunisi al-Sana'aa wa-l-Tajara wa-l-Sana'aat al-Taqlidiyya
UTT	Union Tunisienne du Travail; al-Attahad al-Tunisi li-l-Shurrl
WDA	Wissenssoziologische Diskursanalyse

Quellenverzeichnis

- ALAF_2012_02_27_1: o.V.: UGTT et Ennahdha - L'entente passe-t-elle par la confrontation? (AllAfrica.com; 27. Februar 2012).
- ALAF_2012_03_05_1: o.V.: UGTT - Gouvernement condamnés au dialogue et à l'entente (AllAfrica.com; 5. März 2012).
- ALAF_2012_03_12_1: o.V.: Union and Government Meet to Ease Rising Tension (AllAfrica.com; 12. März 2012).
- ALAF_2012_05_02_1: o.V.: 1er mai - Diversité périlleuse (AllAfrica.com; 2. Mai 2012).
- ALAF_2012_12_05_1: o.V.: Violents affrontements place Mohamed-Ali – Ennahdha et des miliciens accusés (AllAfrica.com; 5. Dezember 2012).
- ALAF_2012_12_11_1: o.V.: Bras de fer UGTT-Ennahdha - Bureau régional de Bizerte de l'UGTT- Grève - Les avis partagés ! (AllAfrica.com; 11. Dezember 2012).
- ALAF_2013_04_07_1: o.V.: Les événements du 4 décembre 2012 vus par l'UGTT (AllAfrica.com; 7. April 2013).
- ALAF_2013_08_20_1: o.V.: Crise politique - Rencontre abbassi-ghannouchi, des avancées mais... (AllAfrica.com; 20. August 2013).
- ALAF_2013_09_25_1: o.V.: Houcine Abassi - »De quelles concessions parle Ennahdha?« (AllAfrica.com; 25. September 2013).
- ALAF_2013_09_25_2: o.V.: Houcine Abassi, SG de l'UGTT - »La Tunisie ne supporte plus l'ambiguïté!« (AllAfrica.com; 25. September 2013).
- ALAF_2013_10_04_1: o.V.: Menaces sur l'UGTT - Qui veut torpiller le Dialogue national? (AllAfrica.com; 4. Oktober 2013).
- ECNO_2011_03_11_1: Tlili, Rym: Mouldi Jendoubi, secrétaire général adjoint de l'UGTT: »Nous réclamons la récupération des entreprises privatisées sous le règne de Ben Ali« (Econostrum; 11. März 2011).
- EUSO_2012_12_05_1: o.V.: Tunisie : cinq questions à Sami Tahri, secrétaire général adjoint de l'UGTT (Europe solidaire sans frontières; 5. Dezember 2012).
- FIGA_2011_01_19_1: Thedrel, Arielle: Khalil Zaouia: »On nous a mis devant le fait accompli« (Le Figaro; 19. Januar 2011).
- FIGA_2011_03_08_1: Thedrel, Arielle: Le réveil des islamistes (Le Figaro; 8. März 2011).
- FIGA_W_2012_02_25_1: o.V.: Manif anti-gouvernementale à Tunis (Le Figaro.fr; 25. Februar 2012).
- HUMA_2011_01_19_1: Housson, Yves: »Syndicalistes en première ligne« (l'Humanité; 19. Januar 2011).
- HUMA_2011_01_20_1: Moussaoui, Rosa: Les Tunisiens veulent en finir avec le parti État de Ben Ali (l'Humanité; 20. Januar 2011).
- HUMA_2011_01_27_1: Zerrouky, Hassane: Les Tunisiens ne lâchent rien (l'Humanité; 27. Januar 2011).
- HUMA_2011_05_18_1: Moussaoui, Rosa: »Des forces de régression parient sur le chaos« (l'Humanité; 18. Mai 2011).

- HUMA_2011_10_25_2: Moussaoui, Rosa: La grande inquiétude des Tunisiennes (l'Humanité; 25. Oktober 2011).
- HUMA_2012_02_27_1: Zerrouky, Hassane: Manifestation en Tunisie contre le parti Ennahdha (l'Humanité; 27. Februar 2012).
- HUMA_2012_08_10_1: Moussaoui, Rosa: »Dans tous les secteurs, le climat social reste extrêmement tendu« (l'Humanité; 10. August 2012).
- HUMA_2013_03_29_1: Perrier, Fabian: Le combattant de la défense du service public de l'UGTT (l'Humanité; 29. März 2013).
- HUMA_2013_04_29_1: Barbancey, Pierre: »Ennahdha instaure un régime fasciste« (l'Humanité; 29. April 2013).
- HUMA_2013_07_29_1: Barbancey, Pierre: La colère populaire secoue les islamistes (l'Humanité; 29. Juli 2013).
- HUMA_2013_07_30_1: o.V.: Tunisie : l'UGTT rejoint l'opposition - Les pro-Morsi appellent à une manifestation massive en Égypte - Vague d'attentats meurtriers en Irak (l'Humanité; 30. Juli 2013).
- ILCW_2011_01_24_1: Benjamin, Alan: Tunisia: Interview with the UGTT Deputy Secretary General Hacine El Abassi (International Liaison Committee of Workers and Peoples; 24. Januar 2011).
- ILCW_2011_02_18_1: Ben Larbi, Mohamed: »Many Voices Are Being Raised in Tunisia Demanding that the UGTT Reconsider its Stance« (International Liaison Committee of Workers and Peoples; 18. Februar 2011).
- JEAF_2011_01_27_1: o.V.: Tunisie: Morjane démissionne du gouvernement, l'UGTT refuse d'y entrer (Jeune Afrique; 27. Januar 2011).
- JEAF_2012_06_25_1: Faujas, Alain: Houcine Abassi : »Notre but n'est pas de prendre le pouvoir« (Jeune Afrique; 25. Juni 2012).
- JEAF_2013_09_03_1: o.V.: Le blocage politique entre Ennahdha et l'opposition se poursuit en Tunisie (Jeune Afrique; 3. September 2012).
- LIBE_2011_01_26_3: Westerhoff, Léa-Lisa: La Tunisie craint de se faire voler sa révolution (Libération; 26. Januar 2011).
- LIBE_2013_02_07_2: Auffray, Élodie: L'UGTT, premier résistant à Ennahda (Libération; 7. Februar 2013).
- LIBE_2013_07_08_1: Auffray, Élodie: A Tunis, un suivi plein de distance (Libération; 8. Juli 2013).
- LIBE_2013_08_14_1: Auffray, Élodie: En Tunisie, l'UGTT retient ses forces (Libération; 14. August 2013).
- MEPA_2011_01_17_1: Cantaloube, Thomas: »Ben Ali est parti, mais son système est encore là« (Mediapart; 17. Januar 2011).
- MOND_2012_12_08_1: Mandraud, Isabelle: En Tunisie, l'UGTT menace le pouvoir islamiste d'une grève générale (Le Monde; 8. Dezember 2012).
- MOND_W_2011_01_20_1: Biffaud, Olivier: Tunisie: ministre démissionnaire, Hassine Dimassi explique sa décision (Le Monde.fr; 20. Januar 2011).
- REUT_2013_08_17_1: Amara, Tarek / Heneghan, Tom: Le chef de l'UGTT rejette les parallèles avec l'Égypte (Reuters; 17. August 2013).

- TEAL_2011_12_28_1: Kheffi, Walid: Petites rivalités, grandes manœuvres (Le Temps d'Algérie; 28. Dezember 2011).
- TEAL_2012_02_24_2: Bouazra, Hassine: Procédés orduriers (Le Temps d'Algérie; 24. Februar 2012).
- TEAL_2012_12_05_3: Bouazra, Hassine: La mémoire de Hached souillée par le comité de Protection de la Révolution (Le Temps d'Algérie; 5. Dezember 2012).
- TEAL_2013_09_07_1: o.V.: »Nous attendons des signes positifs pour lancer un vrai dialogue national«, déclare Houcine Abbassi (Le Temps d'Algérie; 7. September 2013).
- TEMP_2011_03_03_1: Mounier-Kuhn, Angélique: Le syndicat UGTT fait grincer des dents (Le Temps; 3. März 2011).
- TVCI_2013_11_09_1: Desorgues, Pierre: Sami Aouadi (UGTT) : Ennahda est le principal responsable du blocage en Tunisie (TV5 Monde; 9. November 2013).
- WATA_2011_01_26_1: Nesrouche, Nouri: L'UGTT ou la cheville ouvrière du changement (El Watan; 26. Januar 2011).

Literaturverzeichnis

- Abdo, Geneive (2000): *No God but God. Egypt and the Triumph of Islam*. Oxford University Press, New York.
- Adib-Moghaddam, Arshin (2015): Islamistische Transformation: Islamischer Diskurs und islamische Politik in Westasien und Nordafrika. In: Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wagener (Hg.): *Handbuch Transformationsforschung*. Springer VS, Wiesbaden: S. 389–403.
- Adler, Glenn; Webster, Eddie (1995): Challenging Transition Theory: The Labor Movement, Radical Reform, and Transition to Democracy in South Africa. In: *Politics & Society* 23 (1), S. 75–106.
- Albrecht, Holger; Köhler, Kevin (2008): Dimensionen des politischen Islam – Eine Einführung. In: Holger Albrecht und Kevin Köhler (Hg.): *Politischer Islam im Vorderen Orient. Zwischen Sozialbewegung, Opposition und Widerstand*. Nomos, Baden-Baden: S. 11–32.
- Alexander, Michael Christopher (1996): *Between Accommodation and Confrontation. State, Labor, and Development in Algeria and Tunisia*. UMI, Ann Arbor.
- Allal, Amin (2012): Trajectoires « révolutionnaires » en Tunisie. In: *Revue française de science politique* 62 (5), S. 821.
- Allal, Amin; Geisser, Vincent (2011a): La Tunisie de l'après-Ben Ali. Les partis politiques à la recherche du « peuple introuvable ». In: *Cultures & Conflits* (83), S. 118–125.
- Allal, Amin; Geisser, Vincent (2011b): Tunisie. « Révolution de jasmin » ou Intifada ? In: *Mouvements* 66 (2), S. 62–68.
- Allani, Alaya (2009): The Islamists in Tunisia between confrontation and participation. 1980–2008. In: *The Journal of North African Studies* 14 (2), S. 257–272.
- Allinson, Jamie (2015): Class forces, transition and the Arab uprisings: a comparison of Tunisia, Egypt and Syria. In: *Democratization* 22 (2), S. 1–21.
- Amami, Mohamed Mongi (2013): »Reconciling the Irreconcilable«. In: Werner Puschra und Sara Burke (Hg.): *The Future We the People Need. Voices from New Social Movements in North Africa, Middle East, Europe & North America*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin: S. 29–34.
- Angrist, Michele Penner (2013): Understanding the Success of Mass Civic Protest in Tunisia. In: *The Middle East Journal* 67 (4), S. 547–564.
- Barlösius, Eva (2011): *Pierre Bourdieu*. Campus Verlag: Frankfurt am Main/New York.
- Bayat, Asef (2007): *Making Islam Democratic. Social Movements and the Post-Islamist Turn*. Stanford University Press, Stanford.
- Bayat, Asef (2013): *Post-Islamism. The Changing Faces of Political Islam*. Oxford University Press, New York.
- Beinin, Joel (2001): *Workers and Peasants in the Modern Middle East*. Cambridge University Press, Cambridge/New York.
- Beinin, Joel (2014): Le rôle des ouvriers dans les soulèvements populaires arabes de 2011. In: *Le Mouvement Social* 246 (1), S. 7–27.

- Beinin, Joel; Vairel, Frédéric (2011): Afterword: Popular Uprisings in Tunisia and Egypt. In: Joel Beinin und Frédéric Vairel (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*. Stanford University Press, Stanford: S. 237–251.
- Bellin, Eva R. (2000): Contingent Democrats: Industrialists, Labor, and Democratization in Late-Developing Countries. In: *World Politics* 52 (2), S. 175–205.
- Bellin, Eva R. (2002): *Stalled Democracy. Capital, Labor, and the Paradox of State-Sponsored Development*. Cornell University Press, Ithaca.
- Benford, Robert D.; Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: *Annual Review of Sociology* 26 (1), S. 611–639.
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (1972): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. S. Fischer, Frankfurt am Main.
- Bongaerts, Gregor (2011): Vom Sichtbaren und Unsichtbaren sozialer Akteure – Überlegungen zum Akteursbegriff im Rahmen von Bourdieus Theorie der Praxis. In: Nico Lüdtke und Hironori Matsuzaki (Hg.): *Akteur – Individuum – Subjekt*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: S. 149–169.
- Bourdieu, Pierre (1979): *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1983a): Erving Goffman, Discoverer of the Infinitely Small. In: *Theory, Culture & Society* 2 (1), S. 112–113.
- Bourdieu, Pierre (1983b): Ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*. Schwartz, Göttingen: S. 183–198.
- Bourdieu, Pierre (1985): *Sozialer Raum und „Klassen“*. Leçon sur la leçon. 2 Vorlesungen. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1987): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1990): *Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tauschs*. Braumüller, Wien.
- Bourdieu, Pierre (1992): Die feinen Unterschiede. In: Margareta Steinrücke (Hg.): *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. VSA-Verlag, Hamburg: S. 31–47.
- Bourdieu, Pierre (1997a): Das literarische Feld. Die drei Vorgehensweisen. In: Louis Pinto und Franz Schultheis (Hg.): *Streifzüge durch das literarische Feld*. UVK, Konstanz: S. 33–147.
- Bourdieu, Pierre (1997b): Wie eine soziale Klasse entsteht. In: Margareta Steinrücke (Hg.): *Der Tote packt den Lebenden*. VSA-Verlag, Hamburg: S. 102–129.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. UVK, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (2002): Das ökonomische Feld. In: Pierre Bourdieu und Margareta Steinrücke (Hg.): *Der Einzige und sein Eigenheim*. VSA-Verlag, Hamburg: S. 185–222.

- Bourdieu, Pierre (2014): *Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France 1989-1992*. Suhrkamp, Berlin.
- Bourdieu, Pierre; Wacquant, Loïc J. D. (1996): Die Ziele der reflexiven Soziologie. In: Pierre Bourdieu und Loïc J. D. Wacquant (Hg.): *Reflexive Anthropologie*. Suhrkamp, Frankfurt am Main: S. 95–250.
- Bradley, John R. (2012): *After the Arab Spring. How the Islamists hijacked the Middle East Revolts*. Palgrave Macmillan, New York:
- Brumberg, Daniel (2013): Transforming the Arab World's Protection-Racket Politics. In: *Journal of Democracy* 24 (3), S. 88–103.
- Calhoun, Craig (2006): Pierre Bourdieu and Social Transformation. Lessons from Algeria. In: *Development and Change* 37 (6), S. 1403–1415.
- Chomiak, Laryssa (2011): The Making of a Revolution in Tunisia. In: *Middle East Law and Governance* 3 (1-2), S. 68–83.
- Chouikha, Larbi; Geisser, Vincent (2010): Retour sur la révolte du bassin minier. Les cinq leçons politiques d'un conflit social inédit. In: *L'Année du Maghreb* 6, S. 415–426.
- Chouikha, Larbi; Gobe, Éric (2011): La force de la désobéissance. Retour sur la chute du régime de Ben Ali. In: *Revue Tiers Monde* 5, S. 219–226.
- Croissant, Aurel; Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard (1999): Verbände und Verbändesysteme im Transformationsprozeß: Ein zusammenfassender Vergleich. In: Wolfgang Merkel und Eberhard Sandschneider (Hg.): *Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß*. Leske + Budrich, Opladen: S. 329–351.
- Cross, Ester; Sorens, Jason (2014): Arab Spring Constitution-Making. Polarization and State Building. In: *SSRN Electronic Journal*.
- De Poli, Barbara (2014): Arab revolts and 'Civil State': A New Term for Old Conflicts between Islamism and Secularism. In: *Approaching Religion* 4 (2), S. 95–104.
- Dederichs, Andrea Maria; Florian, Michael (2002): Felder, Organisationen und Akteure - eine organisationssoziologische Skizze. In: Jörg Ebrecht und Frank Hillebrandt (Hg.): *Bourdieu's Theorie der Praxis. Erklärungskraft, Anwendung, Perspektiven*. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden: S. 69–96.
- Diaz-Bone, Rainer (2010): *Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil. Eine diskurstheoretische Erweiterung der bourdieuschen Distinktionstheorie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- DiMaggio, Paul; Evans, John; Bryson, Bethany (1996): Have American's Social Attitudes Become More Polarized? In: *American Journal of Sociology* 102 (3), S. 690–755.
- Disney, Nigel (1978): The Working Class Revolt in Tunisia. In: *Middle East Report* 8 (67), S. 12–14.
- Donati, Paolo R. (2011): Die Rahmenanalyse politischer Diskurse. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: S. 159–191.

- Durac, Vincent (2015): Social Movements, Protest Movements and Cross-Ideological Coalitions – the Arab Uprisings Re-Appraised. In: *Democratization* 22 (2), S. 1–20.
- El-Issawi, Fatima (2015): Tunisian Media and Political Polarization: Glorifying the Self, Rejecting the Other. In: Pietro Longo und Azzurra Meringolo (Hg.): *The Tunisian Media: Between Polarization and Compromise. Reset-Dialog on Civilizations*, Rom: S. 33–48.
- Emirbayer, Mustafa; Johnson, Victoria (2008): Bourdieu and Organizational Analysis. In: *Theory and Society* 37 (1), S. 1–44.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Towards Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication* 43 (4), S. 51–58.
- Erdle, Steffen (2010): Ben Ali's ‚New Tunisia‘ (1987-2009). A Case Study of Authoritarian Modernization in the Arab world. Klaus Schwarz, Berlin.
- Esposito, John L. (1998): *Islam and Politics*. Syracuse University Press, Syracuse.
- Esteban, J.; Schneider, G. (2008): Polarization and Conflict. Theoretical and Empirical Issues. In: *Journal of Peace Research* 45 (2), S. 131–141.
- Eyal, Gil (2005): The Making and Breaking of the Czechoslovak Political Field. In: Loïc J. D. Wacquant (Hg.): *Pierre Bourdieu and Democratic Politics. The Mystery of Ministry*. Polity Press, Malden/Cambridge: S. 151–177.
- Faath, Sigrid (1989): *Herrschaft und Konflikt in Tunesien. Zur politischen Entwicklung der Ära Bourguiba*. Edition Wuqûf, Hamburg.
- Fantasia, Rick; Stepan-Norris, Judith (2004): The Labor Movement in Motion. In: David A. Snow, Sarah Anne Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Blackwell Pub, Malden: S. 555–575.
- Fattmann, Rainer (2012): Zur Geschichte der tunesischen Gewerkschaftsbewegung - Teil 1. In: *Gegenblende* (14), S. 102–107.
- Fisher, D. R.; Waggle, J.; Leifeld, P. (2012): Where Does Political Polarization Come From? Locating Polarization within the U.S. Climate Change Debate. In: *American Behavioral Scientist* 57 (1), S. 70–92.
- Fishman, Robert M. (1990): *Working-Class Organization and the Return to Democracy in Spain*. Cornell University Press, Ithaca.
- Florian, Michael (2012): Dokumentarische Feldanalyse. Zur Rekonstruktion symbolischer Machtkämpfe im Vorfeld des Enron-Skandals. In: Stefan Bernhard und Christian Schmidt-Wellenburg (Hg.): *Feldanalyse als Forschungsprogramm 1*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: S. 265–288.
- Gamson, William A.; Fireman, Bruce; Rytina, Steven (1982): *Encounters with Unjust Authority*. Dorsey Press, Homewood.
- Geiling, Heiko (2013): Habitus und Politik: Zum Habituskonzept in der Politikwissenschaft. In: Alexander Lenger, Christian Schneickert und Florian Schumacher (Hg.): *Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus*. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden: S. 361–375.
- Geiling, Heiko; Eversberg, Dennis; Meise, Stephan (2012): *Die IG Metall lokal. Akteure in gewerkschaftlichen Handlungsfeldern*. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

- Gellner, Ernest (1981): *Muslim Society*. Cambridge University Press, Cambridge/New York.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (2001): „Kritische Ereignisse“ und „kritischer Moment“. Pierre Bourdieus Modell der Vermittlung von Ereignis und Struktur. In: *Geschichte und Gesellschaft*. Sonderheft. 19, S. 120–137.
- Goffman, Erving (1977): *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Goldberg, Chad Alan (2003): *Haunted by the Specter of Communism. Collective Identity and Resource Mobilization in the Demise of the Workers Alliance of America*. In: *Theory and Society* 32 (5/6), S. 725–773.
- Haddad, Bassam (2013): *Discourse Polarization and the Liberal Triumph in Egypt*. URL: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/13696/discourse-polarization-and-the-liberal-triumph-in->, zuletzt geprüft am 11.07.2015.
- Hamzaoui, Salah (1999): *Champ politique et syndicalisme en Tunisie*. In: *Annuaire de l’Afrique du Nord* 38, S. 369–380.
- Hashemi, Nader (2009): *Islam, Secularism, and Liberal Democracy. Toward a Democratic Theory for Muslim Societies*. Oxford University Press: Oxford/New York.
- Hermassi, Abdelbaki (1995): *The Rise and Fall of the Islamist Movement in Tunisia*. In: Laura Guazzone (Hg.): *The Islamist Dilemma. The Political Role of Islamist Movements in the Contemporary Arab World*. Ithaca Press, Reading/Berkshire: S. 105–127.
- Hibou, Béatrice (2006): *La force de l’obéissance. Économie politique de la répression en Tunisie*. La Découverte, Paris.
- Hirschsohn, P. (1998): *From Grassroots Democracy to National Mobilization. COSA-TU as a Model of Social Movement Unionism*. In: *Economic and Industrial Democracy* 19 (4), S. 633–666.
- Hmed, Choukri (2012): *Réseaux dormants, contingence et structures*. In: *Revue française de science politique* 62 (5), S. 797.
- Huntington, Samuel P. (1993): *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Affairs* 72 (3), S. 22–49.
- Husu, Hanna-Mari (2013): *Bourdieu and Social Movements. Considering Identity Movements in Terms of Field, Capital and Habitus*. In: *Social Movement Studies* 12 (3), S. 264–279.
- International Crisis Group (2005): *Understanding Islamism. Middle East/North Africa Report N°37*. URL: <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/North%20Africa/Understanding%20Islamism>, zuletzt geprüft am 04.07.2015.
- Jarren, Otfried; Donges, Patrick (2006): *Strukturen und Akteure des intermediären Systems*. In: Otfried Jarren und Patrick Donges (Hg.): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: S. 119–145.

- Jecker, Constanze (2014): Entmans Framing-Ansatz. Theoretische Grundlegung und empirische Umsetzung. UVK, Konstanz.
- Kajetzke, Laura (2008): Wissen im Diskurs. Ein Theorienvergleich von Bourdieu und Foucault. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Kandil, Hazem (2011): Islamizing Egypt? Testing the Limits of Gramscian Counter-hegemonic Strategies. In: *Theor Soc* 40 (1), S. 37–62.
- Keller, Reiner (2011a): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2011b): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Khiari, Sadri; Lamoum, Olfâ (1998): Le Zaïm et l'Artisan ou de Bourguiba à Ben Ali. In: *Annuaire de l'Afrique du Nord* 37, S. 377–395.
- Landau, David (2013): Constitution-Making Gone Wrong. In: *Alabama Law Review* 64 (5), S. 923–980.
- Lang, Anthony F. (2013): From Revolutions to Constitutions. The Case of Egypt. In: *International Affairs* 89 (2), S. 345–363.
- Layman, Geoffrey C.; Carsey, Thomas M.; Horowitz, Juliana Menasce (2006): Party Polarization in American Politics. Characteristics, Causes, and Consequences. In: *Annual Review of Political Science* 9 (1), S. 83–110.
- Levendusky, Matthew S. (2013): Why Do Partisan Media Polarize Viewers? In: *American Journal of Political Science* 57 (3), S. 611–623.
- Lipset, Seymour Martin (1983): Radicalism or Reformism. The Sources of Working-Class Politics. In: *The American Political Science Review* 77 (1), S. 1–18.
- Lust, Ellen; Soltan, Gamal; Wichmann, Jakob (2012): After the Arab Spring: Islamism, Secularism, and Democracy. In: *Current History* 111 (749), S. 362–364.
- Marzouki, Nadia (2014): Islamist Ideals and Governing Realities: Nahda's Project and the Constraint of Adaption in Post-Revolution Tunisia. In: Boo Teik Khoo, Yoshihiro Nakanishi und Vedi R. Hadiz (Hg.): *Between Dissent and Power. The Transformation of Islamic Politics in the Middle East and Asia*. Palgrave Macmillan, New York: S. 134–153.
- Matthes, Jörg (2007): Framing-Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten. Reinhard Fischer, München.
- McAdam, Doug; Tarrow, Sidney G.; Tilly, Charles (2001): *Dynamics of Contention*. Cambridge University Press: Cambridge/New York.
- McCaffrey, Dawn; Keys, Jennifer (2000): Competitive Framing Processes in the Abortion Debate: Polarization-Vilification, Frame Saving, and Frame Debunking. In: *The Sociological Quarterly* 41 (1), S. 41–61.
- Mehler, Andreas (1999): Verbände und Interessensgruppen im Transformationsprozeß in Afrika: Annäherungen an ein wenig erforschtes Thema. In: Wolfgang Merkel und Eberhard Sandschneider (Hg.): *Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß*. Leske + Budrich, Opladen: S. 221–243.

- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Merz, Sibille (2011): *Islam*. In: Susan Arndt und Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Unrast Verlag, Münster: S. 365–377.
- Mizouni, Najet (2012): *L'UGTT, Moteur de la Révolution Tunisienne*. In: *Tumultes* 38-39 (1), S. 71.
- Moussa Nabou, Mitra (2015): *Diskursive Interaktionsmuster des Libanonkonflikts. Legitime Interventionen und unrechtmäßige Einmischungen*. Springer VS, Wiesbaden.
- Pfeffer, Gottfried (1985): *Das fehlende Positive. Sozialdeterministische Aspekte bei Bourdieu und ihr möglicher „Aufklärungswert“*. In: *Neue Sammlung* 25 (3), S. 279–297.
- Plum, Werner (1962): *Gewerkschaften im Maghreb. UGTT - UMT - UGTA*. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover.
- Prior, Markus (2013): *Media and Political Polarization*. In: *Annual Review of Political Science* 16 (1), S. 101–127.
- Ranko, Annette (2015): *The Muslim Brotherhood and its Quest for Hegemony in Egypt. State-Discourse and Islamist Counter-Discourse*. Springer VS, Wiesbaden.
- Reckwitz, Andreas (2000): *Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms*. Velbrück Wissenschaft. Weilerswist.
- Ruedy, John (Hg.) (1994): *Islamism and Secularism in North Africa*. St. Martin's Press, New York.
- Ruf, Werner (1983): *Tunesien (TN)*. In: Siegfried Mielke (Hg.): *Internationales Gewerkschaftshandbuch*. Leske + Budrich, Opladen: S. 1119–1125.
- Sandoval, Salvador A. M. (1998): *Social Movements and Democratization: The Case of Brazil and the Latin Countries*. In: Marco Giugni, Doug McAdam und Charles Tilly (Hg.): *From Contention to Democracy*. Rowman & Littlefield Publishers, Lanham: S. 169–201.
- Schenker, David (2012): *Arab Spring or Islamist Winter?* *World Affairs*. URL: <http://www.worldaffairsjournal.org/article/arab-spring-or-islamist-winter-o>, zuletzt geprüft am 03.07.2015.
- Schmidinger, Thomas (2013): *Unionism and Revolution in the Arab World*. In: Wiebke Friedrich, Christoph H. Schwarz und Sebastian Voigt (Hg.): *Gewerkschaften im demokratischen Prozess: 10 internationale Beiträge*. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf: S. 27–52.
- Schmidt-Wellenburg, Christian (2013): *Diskursiver Wandel im Fadenkreuz von Wissenssoziologischer Diskursanalyse und Feldanalyse. Der Aufstieg der Managementberatung*. In: Reiner Keller und Inga Truschkat (Hg.): *Methodo-*

- logie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: S. 451–480.
- Schmitter, Philippe C.; Lehmbruch, Gerhard (1979): *Trends toward Corporatist Intermediation.*: Sage Publications, London/Beverly Hills.
- Schwab, Regine (2014): *De-constitutionalising the Egyptian Constitution.* In: Naoual Belakhdar, Ilka Eickhof, Abla el Khawaga, Ola el Khawaga, Amal Hamada, Cilja Harders und Serena Sandri (Hg.): *Arab Revolutions and Beyond: Change and Persistence. Proceedings of the International Conference, Tunis, 12-13 November 2013, Working Paper No. 11.* Center for North African and Middle Eastern Politics, Freie Universität Berlin; Faculty of Economics and Political Science, Cairo University, Berlin/Kairo: S. 179–192.
- Snow, David A.; Rochford, E. Burke; Worden, Steven K.; Benford, Robert D. (1986): *Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation.* In: *American Sociological Review* 51 (4), S. 464
- Swartz, David L. (2008): *Bringing Bourdieu's master concepts into organizational analysis.* In: *Theory and Society* 37 (1), S. 45–52.
- Swartz, David L. (2012): *Grundzüge einer Feldanalyse der Politik nach Bourdieu.* In: Stefan Bernhard und Christian Schmidt-Wellenburg (Hg.): *Feldanalyse als Forschungsprogramm 2.* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: S. 163–194.
- Swartz, David L. (2013): *Symbolic Power, Politics, and Intellectuals. The Political Sociology of Pierre Bourdieu.* The University of Chicago Press, Chicago/London.
- Taher, Ahmed (2013): *The New Egyptian Constitution: An Outcome of a Complex Political Process.* In: *Insight Turkey* 15 (1), S. 25–36.
- Tarrow, Sidney G. (2012): *Strangers at the gates. Movements and states in contentious politics.* Cambridge University Press, Cambridge/New York.
- Tilly, Charles (2001): *Historical Analysis of Political Processes.* In: Jonathan H. Turner (Hg.): *Handbook of Sociological Theory.* Kluwer Academic/ Plenum Publishers, New York: S. 567–588.
- Trinka, Stephan; Völker, Susanne (2014): *Reproduktion (réproduction) und Wandel.* In: Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein (Hg.): *Bourdieu-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Sonderausgabe.* Verlag J.B. Metzler, Stuttgart/Weimar: S. 210–215.
- Valenzuela, Samuel J. (1989): *Labor Movements in Transitions to Democracy: A Framework for Analysis.* In: *Comparative Politics* 21 (4), S. 445–472.
- Waterman, Peter (1993): *Social-Movement Unionism: A New Union Model for a New World Order?* In: *Review (Fernand Braudel Center)* 16 (3), S. 254–278.
- Weßels, Bernhard (2015): *Korporativakteure: Parteien, Verbände, Vereine.* In: Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wagener (Hg.): *Handbuch Transformationsforschung.* Springer VS, Wiesbaden: S. 587–592.
- Wickham, Carrie Rosefsky (2004): *Interests, Ideas, and Islamist Outreach in Egypt.* In: Quintan Wiktorowicz (Hg.): *Islamic Activism. A Social Movement Theory Approach.* Indiana University Press, Bloomington: S. 231–249.

- Wiktorowicz, Quintan (Hg.) (2004): *Islamic Activism. A Social Movement Theory Approach*. Indiana University Press, Bloomington.
- Willems, Herbert (1997): *Rahmen und Habitus. Zum theoretischen und methodischen Ansatz Erving Goffmans: Vergleiche, Anschlüsse und Anwendungen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Wolf, Anne (2014): *Can Secular Parties Lead the New Tunisia?* URL: <http://carnegie-endowment.org/2014/04/30/can-secular-parties-lead-new-tunisia>, zuletzt geprüft am 04.07.2015.
- Young, Elizabeth L. (2015): *Islam and Islamists in the 2014 Tunisian election*. URL: <http://pomeps.org/2015/03/12/islam-and-islamists-in-the-2014-tunisian-elections/>, zuletzt geprüft am 08.06.2015.
- Yousfi, Hèla (2012): *Kraftprobe in Tunesien. Gewerkschaften profilieren sich als Gegenpol zu den Islamisten*. In: *Le Monde Diplomatique*.
- Yousfi, Hèla (2013): *»UGTT at the Heart of a Troubled Political Transition«*. In: Werner Puschra und Sara Burke (Hg.): *The Future We the People Need. Voices from New Social Movements in North Africa, Middle East, Europe & North America*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin: S. 23–28.
- Yousfi, Hèla (2015a): *L'UGTT. Une passion tunisienne. Enquête sur les syndicalistes en révolution 2011-2014*. IRMC - Editions Med Ali, Tunis.
- Yousfi, Hèla (2015b): *The Tunisian Revolution. Narratives of the Tunisian General Labour Union*. In: Larbi Sadiki (Hg.): *Routledge Handbook of the Arab Spring. Rethinking Democratization*. Routledge, London/New York: S. 319–330.
- Zald, Mayer N.; Useem, Bert (1987): *Movement and Countermovement Interaction: Mobilization, Tactics, and State Involvement*. In: Mayer N. Zald und John D. McCarthy (Hg.): *Social Movements in an Organizational Society. Collected Essays*. Transaction Books, New Brunswick: S. 247–272.
- Zeghal, Malika (2013): *Competing Ways of Life: Islamism, Secularism, and Public Order in the Tunisian Transition*. In: *Constellations* 20 (2), S. 254–274.
- Zemni, Sami (2013): *From Socio-Economic Protest to National Revolt: The Labor Origins of the Tunisian Revolution*. In: Nouri Gana (Hg.): *The Making of the Tunisian Revolution. Contexts, Architects, Prospects*. Edinburgh University Press, Edinburgh: S. 127–146.
- Zemni, Sami (2015): *The Extraordinary Politics of the Tunisian Revolution: The Process of Constitution Making*. In: *Mediterranean Politics* 20 (1), S. 1–17.